

DER EISENBAHNER



Zentralorgan

des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien, V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss vier Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/2 4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweifach gefaltete Konbaretzeile oder deren Raum 40 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährig Kr. 2-88
Ganzjährig „ 5-76
Für das Deutsche Reich ganzjährig M. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährig 9 Franken.

Telephon Nr. 2325.

Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Wahlspruch:

Was wir begehren von der Zukunft Fernen:
Dass Brot und Arbeit uns gerüht seien,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Serwegh.

An das arbeitende Volk aller Nationen in Oesterreich!

Arbeiter! Wähler!

Das Parlament ist geschlossen! Die Regierung des Baron Bienerth hat die Tätigkeit des Volksparlaments unterbrochen; die frivole Störung durch eine kleine Gruppe von Leuten, bar jedes politischen Gewissens und jeder Verantwortung, hat die Regierung zum Anlaß und Vorwand genommen, um ihre eigene Unfähigkeit durch eine überflüssige und gewalttätige Maßregel zu verhüllen.

Arbeiter! Jahrzehntlang hat die Arbeiterklasse aller Nationen Oesterreichs einen opfervollen Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht geführt. Ihrem Ansturm ist das alte Privilegienparlament erlegen. In dem Volksparlament liegt für alle Völker die Gewähr und die Verheißung ihrer Zukunft. Von dem neuen Volksparlament haben die arbeitenden Volksmassen die Erfüllung ihrer dringendsten Forderungen erwartet: die Alters- und Invalidenversicherung, den Ausbau der Arbeiterschutzgesetze, wirksame Maßregeln gegen die Lebensmittelerhöhung, gegen das Wohnungselend, gegen das wucherische Treiben der Kartelle, vollständige Reformen der Steuergesetze, die Verkürzung der Militärdienstzeit. Die Regierung hat dem Drängen der Volksmassen nachgegeben und im Abgeordnetenhaus einen Gesetzesentwurf vorgelegt, durch welchen die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter ausgestaltet und die Alters- und Invalidenversicherung für die Arbeiter, Gewerbetreibenden und Bauern eingeführt werden soll. Eine Fülle von sozialen und wirtschaftlichen Reformanträgen hat das Parlament zu beraten.

Diese Arbeit hat der nationale Hader verhindert. Die frivole Obstruktion im böhmischen Landtag und die Hege gegen die deutschen Minderheiten in den tschechischen, gegen die tschechischen Minderheiten in den deutschen Städten haben den Chauvinismus von neuem entfacht. Die Weisheit der Regierung hatte keine Antwort als die Drohung mit dem Galgen. Als das Parlament zusammentrat, haben die deutschen und tschechischen Nationalisten dem Parlament mit nutzlosen Dringlichkeitsanträgen jede fruchtbare Arbeit erschwert. Eine schwere Wirtschaftskrise lastet auf unserer Volkswirtschaft, Zehntausende sind arbeitslos, Hunderttausende müssen in einer Zeit furchtbarster Teuerung mit verringertem Einkommen Weib und Kind ernähren — aber die deutschen und die tschechischen Chauvinisten haben im Parlament tagelang darüber gestritten, ob auf einer böhmischen Lokalbahn nur deutsche oder auch tschechische Inschriften angebracht werden sollen. Unsere Greise hungern, unsere Krüppel gehen betteln, Tausende bleicher Kinder erliegen den mörderischen Wirkungen kapitalistischer Ausbeutung — aber die bürgerlichen Parteien interessieren sich vor allem für die Frage, ob die Studenten in Prag das Recht haben sollen, mit bunten Klappen auf dem Graben spazieren zu gehen oder nicht.

Die Nationalisten streiten — die Staatsmacht fällt in die Hände der Regierung. Die Hänke einer Postkamilla, deren Werkzeug die christlichsoziale

Partei war, haben Herrn v. Bienerth zur Macht geführt. Sein Bankrott ist auch der Mißerfolg der christlichsozialen „Reichspartei“. Mit verschränkten Armen, unfähig und untätig, hat der Ministerpräsident dem Streite der Chauvinisten zugeesehen. Und als nun der Streit, ob die Beamten der Prager Postdirektion im Dienste sich der deutschen oder der tschechischen Sprache bedienen sollen, zu wüsten Lärmereien im Parlament geführt hatte, hat die Regierung die Gelegenheit, auf die alle Feinde des Volksparlaments so lange gelauert hatten, benützt. Statt das Scheitern seiner Mission zu bekennen, um seine Entlassung zu bitten und die Führung der Regierungsgeschäfte anderen Händen zu übergeben, hat der Ministerpräsident das Parlament geschlossen. Wieder einmal hat der nationale Hader die ganze Staatsgewalt einer volksfeindlichen und unfähigen Bürokratie ausgeliefert.

Keine Sozialversicherung, keinen Arbeiterschutz, keine wirtschaftlichen Reformen, überhaupt kein arbeitendes Parlament — sondern die Herrschaft einer bankrotteten Regierung! Das ist das Ergebnis des nationalen Streites.

Wir Sozialdemokraten aller Nationen wollen die Begründung des nationalen Friedens durch das Gesetz; wir kennen das ganze Gewicht der nationalen Frage und wollen sie nicht auf ein Nebengeleise schieben. Wir fordern für jeden Staatsbürger das gleiche Recht, seine Nationalität zu bekennen und zu betätigen, und für jede Nation das gleiche Recht der Selbstregierung. Solange das Recht der Nationen nur auf Verordnungen der Regierung, auf Entscheidungen der Gerichte, auf schwankenden Gewohnheiten beruht, ist keine Nation ihres Rechtes sicher. Die Leidensgeschichte der letzten zehn Jahre zeigt, daß die Verordnungsgewalt der Regierung die nationalen Probleme nicht lösen, sondern nur vergiften kann. Verordnungen führen von Katastrophe zu Katastrophe, nur das Gesetz kann den Frieden bringen. Darum verlangen wir die Feststellung der nationalen Rechte für alle Völker und alle Länder des Reiches durch Gesetze, deren Inhalt durch Vereinbarungen von Volksganzen zu Volksganzen festgestellt werden soll. Der Sozialdemokratische Verband hat den Weg dazu gewiesen; er hat den Antrag eingebracht, es möge ein Ausschuss eingesetzt werden, der auf Grund von Vereinbarungen zwischen den Vertretern aller Nationen die Grundlagen eines neuen Nationalitätenrechtes schaffen soll. Aber die bürgerlichen Parteien — die Deutschnationalen und die Tschechischnationalen, die Christlichsozialen und der Polenklub — haben diesen Weg nicht gehen wollen, sie haben diesen Antrag niedergestimmt. Als dann die Regierung endlich ihre freilich höchst unvollkommenen Gesetzesentwürfe über die Regelung der Sprachenfrage in Böhmen eingebracht hat, hätte die Volksvertretung diesen Anlaß benützen können und müssen, um ein Nationalitätenrecht zu schaffen, das allen Völkern ihr Recht, dem vom Sprachenstreit bedrohten Parlament seine Arbeitsfähigkeit sichert.

Aber die nationalistischen Parteien sind unfähig zu schöpferischer Tat. Ein einzelnes Wort eines Beamten haben Tschechen wie Deutsche, Deutsche wie Tschechen zum Anlaß aufgebauscht, um die nationale Machtfrage zu stellen. Sie haben aus einer parlamentarischen Etikettefrage eine Frage der nationalen Ehre gemacht. Mit Trompeten, Nebelhörnern und Ratschen wurde die Arbeit des Parlaments gestört. Mit unfruchtbarem Zank, mit wüsten Lärm- und Rauffzenen haben sie die Volksvertretung entwürdigt, so daß eine Regierung, die trotz ihrer Unfähigkeit sich an ihr Amt klammert, es wagen konnte, das Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes beiseite zu schieben.

Nur im Parlament ist der Boden für den Weg zum Frieden. Die Obstruktionisten wollen diesen Boden zertrümmern und Herr Bienerth hat sich zu ihrem Witzschuldigen gemacht. Statt selbst zu gehen, hat er das Parlament weggeschickt.

Das Parlament ist geschlossen. Nun haben die Völker selbst das Wort.

Die Völker wollen ein arbeitendes Parlament. Die Volksvertretung muß die sozialen und wirtschaftlichen Reformgesetze schaffen, die dieser Staat längst den Volksmassen schuldet. Das Parlament darf nicht in unfruchtbarem Zank seine Kraft vergeuden; in aufbauender nationaler Arbeit muß es den Nationen ihre Rechte sichern. Die freigewählte Vertretung der Völker Oesterreichs darf sich nicht von einer unfähigen Regierung beiseite schieben lassen. Das Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes darf nicht dasselbe Bild der Unfruchtbarkeit, der Unfähigkeit, der Machtlosigkeit bieten, das das unselige Privilegienparlament acht Jahre lang geboten hat.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir rufen euch auf zum Protest wider den unfruchtbaren nationalen Hader, der jede ernste soziale und nationale Arbeit unmöglich macht, zum Protest wider den Gewaltstreik einer Regierung, die die Völker büßen lassen will, was die Unfähigkeit gedankenloser Bürokraten verschuldet hat.

Wir rufen euch zum Kampfe für das Recht des Parlaments gegen die Alleinherrschaft der Bürokratie! Für den nationalen Frieden gegen die nationalistische Hege! Für die Sozialversicherung und soziale Reform gegen die Zerstörer des Parlaments!

Schuldig an dem Niedergang des Parlaments ist die Regierung, die lieber das Parlament nach Hause schickt, ehe sie ihre Unfähigkeit eingesteht. Schuldig sind die bürgerlichen Parteien, die Nationalisten hüben und drüben, deren unfruchtbares Gezänk alle ernste Arbeit hindert.

Gegen alle Feinde des Volksparlaments muß sich euer Unwille, der Zorn der enttäuschten Hoffnungen wenden. Zum reinigenden Sturm muß er werden, der gegen die banferotte Regierung Wienerth und die volksfeindlichen Parteien gerichtet ist.

Kämpfet für das Recht und die Arbeitskraft des Parlaments!

Kämpfet für euer Brot und eure Arbeit, für das Recht des Proletariats!

Der Sozialdemokratische Verband hat seine Pflicht getan. Während das Bürgertum, das diesen Staat beherrschen will, sich im Loben des nationalen Kampfes zerfleischt, stellt das Proletariat aller Nationen eine geschlossene Bilanz und damit die Hoffnung aller Völker dar. Inmitten des Lobens der Chauvinisten sind die Vertreter der Arbeiterklasse aller Nationen einig und geschlossen zusammengestanden, ernst und un-

ermüdet haben wir das Parlament zur Erfüllung seiner Pflicht gemahnt. Aber alle unsere Mahnungen sind ungehört verhallt. Nun rufen wir euch, Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, als Richter und Helfer. Nichtet über die Schuldigen! Zeiget der Regierung und den schuldigen Parteien der Völker Willen und der Völker Kraft!

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten:

- Simon Abram, Dr. Viktor Adler, Mojs Nusobsky, Ludwig Nust, August Avancini, Josef Barth, Heinrich Beer, Franz Beutel, Franz Binovec, Wenzel Bösmüller, Ludwig Bretschneider, Peter Cingr, Wilhelm Cerny, Ignaz Daszynski, Anton David, Dr. Hermann Diamond, Albin Dötsch, Matthias Eldersch, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Johann Filipinsky, Karl Folber, August Forstner, Leo Freundlich, Otto Glöckel, Georg Grigorovici, Josef Gruber, Gustav Habermann, Theodor Hadenberg, Josef Hannich, Ferdinand Hanusch, Karl Höger, Josef Holzhammer, Heinrich Hornof, Josef Hudac (Brag), Josef Hybesch, Rudolf Jarosch, Wenzel Johannis, Ignaz Klicla, Dr. Richard Kunicki, Dr. Hermann Liebermann, Dominik Löw, Julius Lukas, Franz Modracek, Andreas Moraczewski, Vinzenz Muchitsch, Rudolf Müller, Anton Nemeec, Wilhelm Nießner, Johann Oliva, Janko Ostapczuk, Silvio Pagnini, Franz Palme, Engelbert Bernstorfer, Ludwig Pil, Valentin Pittoni, Josef Pongrah, Vinzenz Pospischil, Johann Profesch, Adolf Reigner, Anton Remesch, Dr. Karl Renner, Johann Resel, Jakob Reumann, Eduard Rieger, Arnold Riese, Raimund Scabar, Anton Schäfer, Hieronymus Schloßnikel, Anton Schrammel, Franz Schuhmeier, Karl Seih, Josef Seliger, Ferdinand Skaret, Johann Smitta, Dr. Franz Soukup, Julius Spielmann, Anton Sveceny, Franz Swoboda, Franz Tomaschek, Josef Tomischik, Ludwig Tuller, Josef Tuppy, Anton Weiguny, Laurenz Widholz, Leopold Winarsky, Dr. Leo Winter, Semen Wityl, Ludwig Wutschel.

Nationale Bilanz.

Zur Schließung der Reichsratsession.

Verbogene Nebelhörner, zerrissene Röcke und im „hehren Kampf um die nationalen Rechte des Volkes“ verlorene Manschetten, die auf der parlamentarischen Walfahrt blieben: das sind vorläufig die Altküppel der nationalen chauvinistischen Politik. Im wüstesten Gassenbubenradau ist die Parlamentsmaschine des ersten Volkshauses des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewaltsam stillgesetzt worden, und nie hat sich mehr das Dichtermotiv bewahrt als angesichts dieser tollwütigen nationalen Lübereien: „Wenn sich im Kampfe wogender Parteien die Stimme der Gerechtigkeit verliert, dann ist kein Stoff zu heiteren Gefängen.“

Der ganze trostlose Jammer unseres nationalen Bürgertums ward in der Tat in diesen Tagen offenbar, wo einer leeren, inhaltslosen Fiktion wegen das Parlament zerschlagen wurde. Ein paar hohlköpfige und unwissende Schreier, die bar jedes Verantwortungsgefühls nur auf die Popularität ihrer eigenen winzigen Persönchen bedacht sind, haben mit Gassenbubeninstrumenten den Weg zu den Volksnotwendigkeiten versperrt. Draußen im Lande schreitet die Krise einher, schafft Arbeitslosigkeit und steigende Not unter dem Volke und drinnen im Volkshaus streiten sich die Vertreter des deutschen und tschechischen nationalen Bürgertums, ob es in Weckelsdorf deutsche und tschechische Bahnausschriften geben soll und ob in Prag die Couleurstudenten ihre Spaziergänge am Graben vollführen dürfen oder nicht. Und weil über diese hochwichtigen Fragen, wegen deren die „Volksseele kocht“, keine Einigung erzielt werden kann, so bleibt schließlich kein anderes Mittel als daß man das ganze Parlament zertrümmert.

Was mit in den Abgrund gerissen wurde, ist den von der chauvinistischen Trottelkrankheit befallenen parlamentarischen Halbasiaten schließlich gleichgültig. Was sieht es sie an, daß die Vorlage über die Alters- und Invaliditätsversicherung, auf die Tausende gewartet und um die jahrzehntelang gekämpft und gerungen wurde, kurzer Hand auf die lange Bank geschoben, daß die Verstaatlichung und andere dringende Notwendigkeiten einfach vernichtet werden sollen! An den speziellen Berufsinteressen der Eisenbahner allein bedeutet diese Tollkühlerpolitik ein Verbrechen. Jahrelang lebt der Wunsch und die Hoffnung auf endliche gesetzliche Regelung unseres Vertragsverhältnisses und der schleppende Gang in der Verstaatlichungsaktion hat nicht minder jenes Gefühl der Existenzunsicherheit unter den Privatbahnern erzeugt, das eine rasche Herbeiführung sicherer Verhältnisse dringend geboten erscheinen läßt.

Aber das sind Bedenken, über die von unseren nationalen Politikern mit kaltem Zynismus hinweggegangen wird. Der Verbrecher aus Leidenschaft kann für seine Tat einen Milderungsgrund haben, das aber, was von unseren Chauvinisten hüben wie drüben fortgesetzt verübt wird, ist nicht mehr das Aufblitzen einer aus gekränktem Nationalempfinden hervorgehenden Empörung, sondern kalt berechnende Demagogie. Keine Leidenschaft, die echt ist, sondern eine bis zum würgenden Ekel gesteigerte theatralische Heldenpose! Und so zeigt euch jede Tat, die dieser häßliche, von verantwortungslosen Hezern immer aufs neue geschürte Kampf hervorbringt, daß man keinen Frieden will und selbst jeden Versuch zu einem Waffenstillstand vereitelt, nur weil es das niedrigste egoistische Interesse einiger Leute, die zur physischen Arbeit zu faul und zur bescheidensten geistigen Beschäftigung zu dumm sind, so und nicht anders gebietet. Weilegung des nationalen Streites wäre für die nationalen Führer gleichbedeutend mit dem geschäftlichen Bankrott.

Für die Eisenbahner, die vor der Erledigung von für sie dringlichen Fragen stehen, ist jetzt Zeit, einmal ernstlich darüber nachzudenken, was für sie der nationale Kampf bedeutet. Sie mögen jetzt entscheiden, ob soziale Reformen oder jener häßliche

Streit wichtiger sind, der uns aus den Reihen der Kulturvölker ausschleidet. Und wo immer ein Rest von gesunder Erkenntnis und klarer Vernunft übrig geblieben ist, da muß die Entrüstung über die Frevelthat der nationalen Falschspieler jenen ehrlichen Volkszorn auslösen, der wie ein reinigendes Gewitter die verpestete nationale Atmosphäre reinigt! Lange genug hat man den Wahnsinn austoben lassen, nun ist Zeit, daß man den nationalen volksverräterischen Schmierentomödianten die Antwort gibt, die ihnen gebührt. Quo usque tandem....?

Die Demokratie im Gewerkschaftswesen.

„Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet; es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.“ (Ed. Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“, 2. Heft, 1909.)

Dieselben Leute, die bei uns als getreue Anhänger und Stützen des bürgerlichen Staates das autoritäre Regime des Klassenstaates verteidigen, lieben es bekanntlich immer wieder gegen die Organisationen der Arbeiter den Vorwurf zu richten, daß diese in wichtigen Fragen nicht selbstständig entscheiden, sondern von den sogenannten „Führern“ gelenkt werden. Gerade unter uns Eisenbahnern hat die Gilde der stets auf die Zersplitterung lauenden Gegner wiederholt diesen Vorwurf im Kampfe verwendet, wenn es sich ihnen darum handelte, zu beweisen, daß die Eisenbahner mit der passiven Resistenz mehr hätten erreichen können, wenn die Bewegung nicht von den Leitern der sozialdemokratischen Gewerkschaft beeinflusst worden wäre.

Dieses demagogische Argument analysiert nun der bekannte sozialistische Theoretiker Ed. Bernstein im jüngsten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ sehr genau und sachlich. „Die Demokratie“, sagt Genosse Bernstein, „ist ein Lebensorgan einer jeden Arbeiterbewegung.“ „Aber“, so fährt er weiter aus, „die Demokratie ist ein Prinzip und keine fertige Formel. Sie läßt verschiedene Anwendungen zu. Diese Anwendungen wechseln mit der Größe, den Lebensbedingungen und den Bewegungsumständen der in Frage kommenden Körperschaften. Eine 100 Personen und eine 100.000 Personen umfassende Verbindung können nicht in der gleichen Weise ihre Angelegenheiten demokratisch regeln, die Demokratie verstreut wohnender Bauern sieht anders aus als die Demokratie der Bewohner ein und der selben Stadt, die Demokratie im Frieden anders als die kriegsführende Demokratie. Das sind grobe, auf den ersten Blick sich offenbarende Unterschiede. Innerhalb der einzelnen Körperschaften oder Verbindungen aber gibt es wiederum eine Reihe feinerer Unterschiede oder Abtönungen in der Durchführung der Demokratie, die sich im Laufe der Zeit mit der Entwicklung der Größe und Umstände jener Körper einstellen. Zum Teil sind sie durch deren Zwecke und Lebensbedingungen vorgeschriebene Notwendigkeiten, zum Teil aber auch nur Auswüchse und Spielarten, bei deren Bildung Trägheit oder Regsamkeit, geistige und moralische Eigenschaften der Massen und Beamten als formbildende oder formzulassende Faktoren ihre Rolle spielen. Das im ersteren Sinne Notwendige von dem Zufälligen oder Auswüchse zu trennen ist als Praxis Aufgabe des demokratischen Politikers, wie die Untersuchung oder Ermittlung der Regeln dieses Verhältnisses dem Theoretiker der Demokratie anheimfällt.“

Und nun läßt Bernstein die Erfahrungstatsachen sprechen. Es handelt sich dabei zunächst um einen Konflikt im deutschen Metallarbeiterverband. Anlaß dazu gab die Frage der Fortsetzung oder des Abbruchs eines seit Monaten spielenden Streiks. Anfang Oktober 1908 hatte die Direktion der Mannheimer Strebelwerke ihren Arbeitern unter Hinweis auf die gedrückten Preise und Aenderungen in der Technik eine erhebliche Herabsetzung der Akkordlohnfüße angekündigt, worauf die Arbeiter nach einigen erfolglosen Verhandlungen am 15. Oktober die Arbeit einstellten. Nachdem der Streik einige Zeit gedauert hatte, unterbreitete die Direktion der Strebelwerke dem Fall dem Verband der organisierten Unternehmer von Mannheim und den Nachbarstädten Ludwigshafen und Frankenthal, und dieser machte am 29. November bekannt, daß die Organisation

nach eingehender Prüfung der Sachlage einstimmig beschlossen hätte, falls nicht die Arbeiter der Strebelwerke bis zum 15. Dezember an die Arbeit zurückkehrten, in allen Verbandsfabriken der gesamten Arbeiterschaft auf den 1. Jänner 1909 zu kündigen. Die Gründe dieses Entschlusses wurden in der Presse näher dargelegt. Da die Aussperrung 14.000 bis 15.000 Arbeiter mit ihren Familien getroffen hätte, rief die Ankündigung außer in der Arbeiterschaft selbst auch in der Geschäftswelt der genannten Städte, für die eine so große Stockung allerhand Verluste bedeutet, ziemlich Erregung hervor. Um es nicht zur Sperre kommen zu lassen, verlegten sich die Spitzen der städtischen Behörden aufs Vermitteln. Unter dem Vorsitz des Mannheimer Oberbürgermeisters Martin fanden im Dezember Verhandlungen der Beteiligten statt; die Direktion der Strebelwerke ließ sich zu gewissen Zugeständnissen und Zusicherungen an die Arbeiter herbei, und die Vertrauensmänner der Arbeiter zeigten sich auch geneigt, unter den gegebenen Umständen die Zugeständnisse zu akzeptieren. Die Streikenden selbst jedoch dachten anders. Entgegen dem Vorschlag ihrer Vertrauensleute, den der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Borchölzer, eingehend begründete, und den Ermahnungen des Vertreters des Hauptvorstandes der Gewerkschaft, Massatsch, beschlossen sie am 16. Dezember mit 397 von 428 Stimmen den Streik fortzusetzen, weil die Zugeständnisse ungenügend seien. Auf Massatsch's Vorhalt, daß Ablehnung die Aussperrung von 15.000 Metallarbeitern zur Folge haben könne, ertönte der Ruf aus den Reihen der Streikenden: „Wollen wir ja!“

Erneute Beratungen ergaben kein wesentlich anderes Resultat. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hielt am 21. Dezember eine Hauptversammlung ab, an der die Geschäftsführer und Bezirksleiter des Verbandes in den drei Städten teilnahmen, und einstimmig kam man zu der Ansicht, daß eine Fortsetzung des Streiks den Kollegen wie der Organisation nur Nachteile bringen könne. Die Verbandsangestellten legten dies den Streikenden dar, drangen in sie, die Dinge nicht zum Neuzerren zu treiben und veranstalteten am 23. Dezember eine erneute Abstimmung. Sie ergab indes wieder eine erdrückende Mehrheit (467 gegen 43 Stimmen bei 5 weißen Zetteln) für Fortsetzung des Streiks. Und nun erfolgte eine Maßnahme außergewöhnlicher Natur. Massatsch, der vorgenannte Vertreter des Hauptvorstandes, gab nach Verkundigung des Resultats den Streikenden bekannt, daß der Vorstand auf Grund eingehender Erwägungen beschlossen habe, den Streik von Verbands wegen für beendet zu erklären und der Bezirksleiter Borchölzer teile dies telegraphisch dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes mit. Den Streikenden, die die Ankündigung des Vorstandes mit so großem Lärm entgegengenommen hatten, daß eine Begründung mündlich nicht gegeben werden konnte, ward diese noch am gleichen Tage per Flugblatt und durch die Arbeiterpresse bekanntgegeben. Es wird in dem Schriftstück ausgeführt, daß jede Bürgerschaft für die Einhaltung der von den Strebelwerken gemachten Zugeständnisse gebend, der Gedanke, mehr zu erlangen, aber als ausichtslos erkannt sei. Dann heißt es — und dieser Satz berührt unser Thema —:

„Es kann ferner nicht in dem Willen der Streikenden allein liegen, die Entscheidung in solchen wichtigen Fragen zu treffen, sondern in solchen, die Gesamtheit der Arbeiter berührenden Fragen hat die Zentralleitung der Organisation die im Interesse der Gesamtheit absolut notwendigen Entscheidungen zu treffen.“

Nach der Ansicht der Streikenden war damit ihr Recht der freien Selbstbestimmung verletzt. Sie hielten tags darauf, am 24. Dezember, eine Versammlung ab, in der sie eine Protestresolution beschlossen, aus der folgender Satz herausgegriffen sei:

„Sie (die Versammelten) erachten vielmehr das Resultat ihrer Abstimmung allein für maßgebend und richten das Ersuchen an die übrigen Metallarbeiter des Industriebezirktes Mannheimer-Ludwigshafen, auch ihrerseits ein Urteil darüber zu fällen.“

Letzteres ist am 10. Jänner in Mannheim und Ludwigshafen in Versammlungen der dortigen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes geschehen. In beiden Versammlungen wurden mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit Resolutionen angenommen, die das Vorgehen des Hauptvorstandes und der Ortsleiter des Verbandes scharf verurteilten. In Mannheim wurde außerdem die Kündigung des Beamten der Ortsleitung, Schneider, beschlossen und das Bedauern ausgesprochen, daß man kein Mittel habe, gegen Massatsch und Borchölzer in gleicher Weise vorzugehen. Die Versammlung erwartete jedoch das

digst in einer Bezirkskonferenz in dieser Sache Stellung nehmen zu können und verspreche, auf die kommende Generalversammlung des Verbandes „nur solche Vertreter zu entsenden, die willens seien, solche Auswüchse ernsthaft zu bekämpfen“.

Inzwischen haben im Anschluß an die Erklärung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes die Unternehmer ihre Ankündigung betreffs Massenausperrung zurückgezogen und die Leitung der Streikwerke hat an die Streikenden Einladungen verschickt, an die Arbeit zurückzukehren. Ein Teil der Streikenden hat ihnen Folge gegeben, andere streiken noch.

Treffend zieht aus solchen Erscheinungen Bernstein folgende Schlüsse: „Eine langjährige und teuer erkaufte praktische Erfahrung hat zu der Erkenntnis geführt, daß sich in Gewerkschaftskampf die Demokratie oft gar nicht anders verwirklichen läßt als durch Uebertragung der Vollmachten. Bei der Aufstellung oder Abänderung von Statuten, bei der Niederlegung von allgemeinen Richtlinien der Politik und ähnlichen Fragen ist die Urabstimmung sicher am Platz, sie wird auch oft vor Einleitung einer großen allgemeinen Aktion nützlich sein, aber sie hat sich wiederholt als zweifelhaftes Mittel erwiesen, wo die Beendigung einer Aktion in Frage kam. Denn um hier den rechten Moment zu wählen, dazu gehört ein lebendiger Blick, den von den einzelnen aus der Masse stets nur wenige haben, während die Mehrheit momentanen Eindrücken und Gefühlsregungen folgt. Ein begrenzter Körper von Beamten und Vertrauensleuten, die in geschlossener Sitzung beraten, wo sie der Einwirkung gefährlicher Presseberichte entzogen sind und wo jeder sprechen kann, ohne die Kolportierung seiner Aeußerung ins Lager des Gegners befürchten zu müssen, hat als Kollegium die Wahrscheinlichkeit eines objektiven Urteils für sich. Temperamentsunterschiede und sonstige Verschiedenheiten der Anlage gleichen sich hier aus, während das Verantwortlichkeitsgefühl sich nicht in dem Maße zersplittert wie bei der Ueberweisung der Entscheidung an einen vielköpfigen Körper.“

Man wird einwenden, daß das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten durch ein gewisses Ruhebedürfnis, durch Rücksichten auf die Gewerkschaftskasse und dergleichen sehr leicht vereinsamt oder getrübt wird, und daß in Einzelfällen so etwas vorkommt, wird kein Kenner der Dinge bestreiten. Aber so wenig in der großen Mehrheit der Fälle der Gewerkschaftsbeamte der ewig zum Streik gehende Aufwieglers ist, als den ihn die Scharfmacherpresse der Unternehmer malt, so wenig trifft auf die große Mehrheit das Bild des auf dem Geldsack sitzenden und seinen Bauch streichenden ewigen Abwieglers zu. Es ist beiderseitige Schuld, wenn zwischen Beamten und Masse die Fühlung verloren geht.“

Ein ähnlich trauriges Ergebnis lieferte im Vorjahr ein Streik der englischen Maschinenbauer. Ein Kompromißvorschlag wurde gegen den Willen der Organisationsleitung verworfen, diese selbst beschimpft und verleumdet, bis die Arbeit nach sechsmonatlichem Kampf ohne größere Resultate als die bereits zugestandenen ausgenommen werden mußte. Und die Folgen, die aus verantwortungslosem Handeln erwachsen? Darauf sagt Bernstein:

„Die Kosten des absolut zwecklosen Streiks für die Organisationen belaufen sich auf über zwei Millionen Mark. Ueber zwei Millionen Mark um ein nichts verpulvert. Stünde der Fall einzig da, so könnte man ihn mit der Redensart abtun, die Ausnahme bestätige die Regel. Aber er hat sich in den letzten Jahren auffällig oft wiederholt und fast immer mit dem gleichen Ergebnis: Der in der Erregung beschlossene Kampf brachte weniger als die verworfenen Verhandlungen. Wenn die Arbeiter den besser als je gerüsteten Unternehmern im Kampf gewachsen sein sollten, dann muß in ihren Organisationen die Demokratie so beschaffen sein, daß das Gefühl als motorische Kraft sein Recht behält, ohne daß dem überlegenden Verstand das Steuer aus der Hand gerissen wird.“

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.“

Der Nationalitätenkampf und die Eisenbahner.

Seit vierzig Jahren tobt in Oesterreich der Nationalitätenkampf und verlegt dem Staate und den Völkern die freie Bahn der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Die Tatsache, daß die Arbeiterschaft von 1867 bis 1906 im Parlament unvertreten war und auch nach dem fargen Wahlrecht in der fünften Kurie wenig ins Gewicht fiel, hat es bewirkt, daß die bürgerlichen Parteien, anstatt nach einer Lösung des Streites zu streben, die Beziehungen zwischen den österreichischen Nationen immer nur vergifteten und verwirrten. Die Regierungen halfen ihnen bei diesem Zerstückelungswerk dadurch, daß sie, anstatt die Führung zur Lösung des Streites zu übernehmen und den Streit durch ein Reichsgesetz zu lösen, durch unpraktische Verordnungen die Nationalitäten nur noch mehr gegeneinanderbrachten. Der Weg wurde bereits 1849 den Regierungen und Parteien gezeigt, indem der kaiserliche Reichstag über Initiative der damaligen Regierung einen Beschluß faßte, die nationale Autonomie gesetzlich festzulegen. Der Reichstag wurde an der Ausführung dieses Beschlusses gehindert, denn die Reaktion gewann wieder die Oberhand und trieb den Reichstag auseinander. Hätte man jedoch nach dem Zusammenbruch der feudalen Herrschaft nach dem Kriege von 1866, nach welchem endlich wieder eine, wenn auch beschränkte und un-demokratische Volksvertretung in Geltung trat, den Beschluß des kaiserlichen Reichstages wieder aufgegriffen, so wäre es zu der vierzigjährigen Schmach des Nationalitätenkampfes nicht gekommen. Das Kurienparlament zeigte sich jedoch nicht als Ausdruck des Volkswillens, dem es in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen nur entgegenhandelte und in nationalen Fragen falschte. Ohne auch nur einen Augenblick tiefer in das Nationalitätenproblem einzugehen, machten die bürgerlichen Abgeordneten haben und drüben nur politische Geschäfte mit ihrem nationalen Demagogentum. Sie spielten sich als die einzig echten Vertreter ihres Volkstums auf, versteiften sich auf längst vergilbte Forderungen aus der feudalen Zeit und trugen den wirtschaftlichen Ummäzungen, die eine ununterbrochene Siedlungsbewegung in die industriellen Gebiete

brachte, keine Rechnung. Die Tschechen verlangten das böhmische Staatsrecht und beriefen sich dabei auf alte Pergamente. Die Deutschen verlangten die Hegemonie der deutschen Sprache auf Grund der historischen Bedeutung des Deutschthums. Da keine Nation den tatsächlichen Entwicklungsverhältnissen entsprechend vorging, mußten die nationalen Streitfragen immer hitziger werden, die Gegensätze bis zu Gewalttätigkeiten in- und außerhalb der Landtage und des Reichsrates aneinandergeraten, die Verwirrung und Hilflosigkeit immer größer werden. Wohl kam inzwischen auch die Arbeiterschaft zu Bedeutung und gab den streitenden Parteien ein Vorbild, indem sie die Arbeiter aller Nationen im Kampfe gegen das internationale Kapital vereinigte und in dieser Vereinigung die segensreichsten Werke schuf. Doch die Arbeiterschaft konnte an der Festschließung nicht teilnehmen und mußte mit gebundenen Händen zusehen, wie die Regierungen durch eine ungeschickte Verwaltungspraxis den nationalen Kampf noch mehr verwirrten. Die bürgerlichen Parteien, durch ihre Privilegien zu reaktionärer und arbeitserfindlicher Haltung gegenüber der Arbeiterschaft erzogen, standen den Massen ihres Volkes, für das sie angeblich so heiß kämpften, verständnislos gegenüber. Sie hatten nicht die geringste Fühlung mit den Arbeitenden und waren ihnen viel fremder und gehässiger als die arbeitende Bevölkerung fremder Nationen.

Als sich die Arbeiter endlich das Wahlrecht erkämpft hatten, kamen diese bürgerlichen Nationalitätenverhänger in eine unangenehme Lage. Sie, welche als Vertreter der kapitalistischen Interessen, als die Todfeinde der Arbeiter, bekannt waren, fanden diese von ihnen vierzig Jahre ignorierten Volksgenossen nun auf einmal als politisch begehrte Ausbeutungssubjekte sah.

Wie sollten sie es anfangen, sich ihm zu nähern, dem sie nichts zu geben hatten, als höchstens die Auslieferung an die Kapitalisten? Nun, sie wendeten auch dem Arbeiter gegenüber ihren vierzigjährigen Programmplan an, den Nationalitätenhader Unter dem Deckmantel nationaler Fürsorge mußte der Arbeiter dem Kapitalisten ausgeliefert werden durch sogenannte nationale, in Wirklichkeit aber gelbe Gewerkschaften.

Der Sozialismus, der jahrzehntlang der natürliche Führer der Arbeiter war, mußte als antinational verdächtigt, durch giftige Verleumdungen den Arbeitern verleidet werden, man mußte die Arbeiterschaft mit der chauvinistischen Gedankenlosigkeit infizieren, um sie zum Werkzeug jener politischen Parteien zu machen, die ihr eigenes Kurienparlament durch einen vierzigjährigen unfruchtbaren und für Staat und Nationen geradezu lähmenden Streit zerfurcht hatten und nun auch noch den einzig vernünftig gebliebenen Stand, die Arbeiter, durch das chauvinistische Fieber den Zwecken dieser schmachbeladenen Bourgeoisie dienstbar zu machen.

Die ersten und die begehrtesten Spekulationsobjekte waren die Eisenbahner. Da ein großer Prozentsatz von Beamten zu wenig Rückgrat gezeigt hat, um die Interessen des Beamtenstandes durch einen energischen, unwilligen Kampf und durch eine stramme Organisation zu vertreten, die sie im vorhinein in eine Linie mit den sozialdemokratischen Eisenbahnern gebracht hätte, verfiel dieser Teil der Beamten der nationalen Spielerei. Mit ihnen schlossen sich die Streber und Protektionskinder unter den Bediensteten zusammen, in der Hoffnung, durch eine Fäl-

Heuiletton.

Die amerikanischen Eisenbahnen und ihr Personal.

Von Franz Bill.

Fast ununterbrochen waren die letzten Jahre hindurch die Blicke der volkswirtschaftlichen Beobachter des europäischen Festlandes auf die Vorgänge und Zustände über der „großen Platte“ gerichtet. Das hatte auch seine guten Gründe. Außer England, dem eigentlichen Mutterlande des modernen Industrialismus und des großangelegten Verkehrs, gibt es wohl nur noch die Vereinigten Staaten, die ungeheuer viel an dem bieten, was für das gesamte volkswirtschaftliche und soziale Leben von weittragendem Interesse ist. Die Früchte, die uns alle diese Amerika-Beobachtungen verschiedener Fachleute und Sozialpolitiker gebracht haben, liegen heute in einer recht ansehnlichen Zahl von Publikationen vor, aus denen fast allen in mehr oder minder von einander abweichenden Variationen uns der Ruf entgegenläutet: „Vernet von Amerika!“

Es mag ja sein, daß den Leuten, die in der Absicht ausziehen, das „gelobte Land“ zu entdecken, manche einseitige Ueberreibung und manches Stück an Optimismus mit unterlaufen ist. Allein, die Tatsache wird wohl trotz alledem nicht aus der Welt zu schaffen sein, daß uns Amerika in so manchem, was volkswirtschaftliche Einrichtungen anbelangt, über ist, und daß sich insbesondere diese Ueberlegenheit auf dem Gebiete der Industrie und des Verkehrswezens ausdrückt. Deshalb auch erheischt ein vor einigen Wochen im Verlag von Jul. Springer in Berlin erschienenes Buch, das dieser Frage in Bezug auf das Eisenbahnwesen näher tritt, in allen Fachkreisen Beachtung.

Mit sorgfältigem Fleiß haben die beiden Verfasser des ansehnlichen Werkes*) W. Hoff, geheimer Oberregierungsrat und F. Schwabach, geheimer Regierungsrat all das reiche Material zusammengetragen, das nötig war, einen umfassenden Einblick in das amerikanische Eisenbahnwesen zu ermöglichen. Interessant ist da wohl zunächst die ungeheure Zahl von Bediensteten und Arbeitern, die im amerikanischen Bahnbetrieb beschäftigt sind, da sie die Summe von 1,400,000 Personen ausmachen. In dem bemerkenswerten Kapitel, das dem Arbeiterwesen und dem Beamtenum gewidmet wird, ist vor allem die Feststellung von Interesse, daß der Verkehr zwischen Bediensteten und Vorgesetzten auf den amerikanischen Bahnen sich viel freier und ungezwungener abwickelt als dies anderwärts der Fall ist. Von der in Deutschland vielfach hervorretenden formellen Unterordnung weiß man nichts. Zeigt sich dies schon beim dienstlichen Zusammensein, so verschwindet beim dienstlichen Verkehr jeder Unterschied. Die Ar-

sachen für diese Erscheinung klären die Verfasser kurz folgendermaßen auf:

„Abgesehen von der in Amerika überall herrschenden größeren Freiheit, man könnte sagen Natürlichkeit in den äußeren Formen des Verkehrs, ist diese Erscheinung zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß verschiedene abgestufte Beamtenlaufbahnen in dem Sinne, daß ein Amväter mit Umgehung der unteren, sogleich in eine höhere Dienstklasse eintreten kann, nicht bekannt sind. Der Anfang muß — das ist die Regel — ohne Rücksicht auf seine allgemeine Vorbildung, auf der untersten Stufe der Dienstleistung beginnen; es finden sich daher in allen Stufen des Dienstes Personen, die einen höheren allgemeinen Bildungsgrad besitzen, als er für das jeweilige bekleidete Amt erforderlich ist. Darauf ist es auch zweifellos zurückzuführen, daß das Beamtenum im allgemeinen einen intelligenten Eindruck macht.“

Aber ebenso steht auch in Amerika jedem Bediensteten, in welcher Kategorie auf der Eisenbahn er immer auch seine Laufbahn beginnt, die Möglichkeit frei, bis zu den höchsten technischen und kommerziellen Rängen vorrücken zu können, da man lediglich auf die praktisch erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten Wert legt. „Bei der Besetzung von Stellen“, sagen die Verfasser wörtlich, „die an sich eine fachtechnische Vorbildung wünschenswert erscheinen lassen und sie nach unseren Anschauungen erfordern, setzt man sich oft über den Mangel einer solchen hinweg, wie dies bei einer ganzen Reihe von Superintendenten zutage tritt.“ Mit einem Wort wird in Amerika auch auf der Eisenbahn nicht der dokumentarische Nachweis den einer über irgend welche theoretisch gewonnene Fachbildung erbringen kann, sondern lediglich die vollwertige Persönlichkeit eingeschätzt und hat Aussicht nach vorwärts zu kommen. Das hat, wie die Verfasser selbst freimütig eingestehen, seine guten Seiten, aber auch seine Nachteile, weil dem egoistischen Strebertum für und Tor geöffnet wird, das, wie wir uns zu bemerken erlauben, freilich auch bei uns auf seine Rechnung kommt.

Die Formalitäten, die bei der Aufnahme in den Bahndienst erfüllt werden müssen, sowie die Bedingungen, die an die körperliche Eignung des Bewerbers gestellt werden, sind mit jenen, wie sie bei uns bestehen, ziemlich gleich. Was die Dauer und die Regelung der Dienstzeit für das Personal betrifft, so fällt uns der Mangel von wirklich feststehenden Normen auf. Man sieht hier auf dem Standpunkt, daß der Arbeitgeber die größte Freiheit eingeräumt erhält und schreibt ihm lediglich vor, die Dienstdauer unter der Ueberwachung der maßgebenden Behörden nach folgenden Grundsätzen zu regeln:

- 1. Die Wichtigkeit der zu leistenden Arbeit, ihre größeren oder geringeren Unterbrechungen und die mit ihr verbundenen Anstrengungen sind in Betracht zu ziehen, um die Zahl der Dienststunden jeder Klasse richtig festzusetzen.
- 2. Die Zahl der Stunden ist nach einem Durchschnitt für einen genügend langen Zeitraum zu berechnen; dieser zer-

fällt in Dienstschichten, die durch angemessene Ruhezeiten getrennt sind.

3. Die durchschnittliche Dauer des Dienstes ist der Art der Arbeit und dem Grad der damit verbundenen Verantwortlichkeit anzupassen.

Das ganze Wesen des amerikanischen Kapitalismus brückt sich eben darin aus, daß er bindende Vorschriften weder für sich noch für den Arbeiter kennt. Das Prinzip der schrankenlosen Entfaltung der individuellen Kräfte hat eben solche Erscheinungen gezeitigt, in die wir uns allerdings nicht hineinfinden können.

Diesen Freiheiten des Kapitals auf der einen Seite entsprechend, genießt natürlich auch andererseits der Angestellte das volle Ungebundensein, das ihm allerdings nicht viel nützen kann. So findet man auf den Bahnen nichts von Strafbestimmungen und Disziplinarvorschriften in unserem Sinne, denn die Freiheit auf beiden Seiten, zu entlassen und selbst ohne jede Kündigung seinen Dienstposten verlassen zu können, schließt jedes Strafmittel, als eben das der Entlassung, aus. Welche Strafen, abgesehen von der Entlassung, auferlegt werden, ist schwer zu erkennen. Nur für die geprüften Feizer der Baltimore- und Ohio-Bahn ist die Bestimmung getroffen, daß ihnen im Disziplinarwege die durch die Prüfung nachgewiesene Befähigung ab-erkannt werden kann.

Aber auch die Gehaltsbemessung ist fast vollständig in die Hände der vorgesetzten Organe gegeben. Daher kommt es wohl auch, daß mit Rücksicht auf eben diese Schwankungen, denen die Gehälter unterliegen, das Werk nur sehr wenige und unvollständige Angaben über die Gehälter und Löhne enthält, aus denen aber immerhin ersichtlich ist, daß die Einkommensverhältnisse jenen, die bei uns herrschen, beträchtlich voraus sind.

Auch über die Organisationen unter dem amerikanischen Personal gibt das Buch Auskunft. Nirgends ist darnach das Vereinswesen so stark ausgebildet wie in Amerika. Den Brotherrhoods (Gewerkschaften oder Bruderschaften) gehört in der Hauptsache das Betriebswesen in seinen verschiedenen Zweigen an. Es gibt solche für Lokomotivführer, Lokomotivfeizer, Zugführer und Schaffner. Die Arbeiter gehören mit Ausnahme der auf der Strecke verteilten Bahnerhaltungsarbeiter, die noch zu keiner eigenen Vereinigung gelangt sind, ganz allgemein den Unions an, sei es allgemein oder Eisenbahnerunions. Sehr interessant und bemerkenswert ist es, was über die Betätigung und den Einfluß aller dieser Organisationen gesagt wird. Trotz der Vielgestaltigkeit herrscht ein ausgezeichnetes einheitliches Vorgehen in beruflichen Interessenfragen, von denen die Verfasser sagen:

„Alle diese Veretnungen, setzen es die Brotherrhoods oder Unions, vertreten den Standpunkt, daß es Sache der Eisenbahnverwaltungen ist, mit ihren Vertretern alle Verhandlungen zu führen, die ihre Mitglieder im

*) „Nordamerikanische Eisenbahnen.“ Ihre Verwaltung und Wirtschaftsgebarung.

schung des Klassenkampfes nach oben materiell zu gewinnen. Sie hatten sich nicht getäuscht, denn die kapitalistischen Verwaltungen, die im Vorkampf die strammste internationale Ausbeutung betätigten, waren sofort bereit, den gelben Werkzeugen ihr größtmögliches Wohlwollen entgegenzubringen, solange sich dieselben zum Verrat der Gesamtinteressen der Bediensteten hergaben. So entstand der Reichsbund der deutschen Eisenbahner, der es aber dank der Festigkeit und Zielklarheit des deutschen Eisenbahnerpersonals zu keiner großen Bedeutung brachte.

Die tschechischen Bediensteten zeigten sich allerdings vorübergehend dem Chauvinismus der bürgerlichen Parteien willfähriger, obwohl bei den Wahlen die bürgerlichen Parteien sich auch in ihnen gründlich verrechneten. Wenn der bürgerliche Chauvinismus auch unter den Eisenbahnern niemals zu einer dauernden Bedeutung und numerischer Stärke kommen wird, so schädigt er uns doch vorübergehend und schwächt die wirtschaftliche Geschlossenheit und Widerstandskraft des Gesamtpersonals. Deshalb müssen die Eisenbahner, wie alle sozialdemokratischen Arbeiter, dem nationalen Problem näher treten und ihren Kollegen über die Schmach und die ungeheure Gefahr des bürgerlichen Chauvinismus die Augen öffnen. Unser Staat stand in den letzten Obstruktionsjahren des Kurienparlamentes am Rand des Abgrundes und die bürgerlichen Parteien verurteilten auch im neuen Volksparlament jeden sozialen Fortschritt durch den Nationalitätenstreit zu verhindern.

Große soziale Aufgaben hat das Volkshaus zu erledigen und das in den großen Industriezentren wütet die Arbeitslosigkeit und Zehntausende von Arbeitern stehen vor der Auswanderung. Die Chauvinisten aber streiten sich. Sie streiten um die Beamtenstellen, um die Minoritätsschulen, um den Prager Bummel und um deutschtschechische Aufschriften. Mögen Hunderttausende ihres Volkstums zugrunde gehen und himmelstumm umherirren, was kümmert dies die Patentdeutschen oder die Patenttschechen?

Ihre Sorgen gehen ins Oberflächliche, die Tiefen des eigenen Volkes lassen sie unberührt. Welche Stellung nehmen wir nun als Sozialdemokraten dagegen ein?

Wir haben uns bereits vor vielen Jahren ein klares nationales Programm gegeben. Dasselbe heißt nationale Selbstregierung, Schaffung eines nationalen Bundesstaates, in welchem nach Reichsgesetzen die sprachlichen Rechte der Nationen gesichert und die Streitfragen auf unbedeutende Details eingeschränkt werden. Nachdem Staat und Nationen nur im Frieden die wirtschaftliche Wohlfahrt und den politischen und geistigen Fortschritt lösen können, muß sich die Arbeiterenschaft zwischen die streitenden Teile stellen und durch Herbeiführung von ruhigen gründlichen Verhandlungen die Lösung des vierzigjährigen Nationalitätenstreites erzwingen.

Der Streit führt zu keinem Ziel, er verschlingt Staat und Nationen und macht uns alle wirtschaftlich arm und politisch rechtlos. Nur ein Narr oder ein Verbrecher kann wollen, daß diese Prügelei, dieser Streit ohne Zweck und Erfolg, der die Landtage lähmt, die Regierungen sprengt, dem Parlament die Hände bindet, die Menschen zu prügeln und plündernden Bestien macht, schwindelhaften Politikern die Führung in die Hand spielt, bis in die Ewigkeit fort dauert. Deshalb haben die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, daß ein Mitgliedriger Ausschuss eingesetzt werde, der über die Beilegung des Sprachenstreites verhandeln soll. Die Reden der Abgeordneten Seliger, Dr. Soukup

ganzen betreffen, wie Gehalts- oder Lohnbemessung und sonstige Entschädigungen, Regelung und Festsetzung der Arbeits- und Ruhezeiten, Straf- und Disziplinarmaßnahmen u. s. w. und daß die Eisenbahnen verpflichtet sind, die Stellen mit den den Vereinigungen angehörnden Personen zu besetzen. Die von der Gesamtheit aller dieser Vereinigungen gebildete Kette hat sich schließlich wie eine eiserne Klammer um die Eisenbahnverwaltungen gelegt, die zu lockern ihnen sehr schwer wird. So sehen wir bei den amerikanischen Eisenbahnen die merkwürdige Erscheinung, daß während der höheren und schließlich jeder für sich allein dastehende Beamte gegenüber der vorgeordneten Verwaltung, die ihn jederzeit und ohne jedweden Entschädigungsanspruch entlassen kann, nichts vermag, das Verhältnis der großen Mehrheit des unteren Beamtenstums und der Arbeiter zu den Eisenbahnverwaltungen sich in der entgegengesetzten Richtung entwickelt hat, indem sie diesen ihren Willen aufzwingen.

Keine der verschiedenen Bahnverwaltungen hat es noch vermocht, die Disziplin dieser Organisationen zu brechen, und so muß man sich eben gern oder ungern dazwischenfügen, mit ihnen als einem maßgebenden Faktor zu verhandeln, sobald eine Frage spruchreif wird. Wie ein eisernes Band schlingt sich die Disziplin um alle Mitglieder und ermöglicht jederzeit, Großes zu erreichen. Wie stark der auf die Bahnverwaltungen geübte Druck ist, heißt es weiter, "sieht man aus den Zugeländnissen, die ihnen abgerungen wurden. Denn gern und freiwillig wird keine Eisenbahnverwaltung zu Vereinbarungen wie die nachfolgende ihre Zustimmung geben: Geldstrafen dürfen nicht verhängt werden. Der Lokomotivführer soll nicht wegen kleiner Vergehen gemeldet werden."

„Wegen Beschädigung und Zerstörung des der Verwaltung gehörigen Gebrauchsmaterials soll weder Bestrafung eintreten, noch Ersatzanspruch geleistet werden.“

Wer aber glaubt, daß eine derartige Macht, die die Fachverbände ausüben, zur Untergrabung der Disziplin führt, der täuscht sich. Denn obwohl die beiden Verfasser der Tätigkeit dieser Bände nicht gerade sympathisch gegenüberstehen (was bei ihnen als reichsdeutsche Regierungsräte begreiflich ist), so müssen sie dennoch erklären, daß die Ordnung und das Verhalten unter dem Personal als mustergültig bezeichnet werden muß.

Es beweist also das Ganze das, was wir immer behaupteten: Die wachsende Macht der Bediensteten ist keineswegs eine Gefahr für ihre Disziplin, denn jede Selbstständigkeit, die durch die Macht einer Organisation erzwungen wird, bringt selbstverständlich auch das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit mit sich, das immer veredelnd und moralisch klärend wirkt.

und Dr. Kemner anlässlich der Verhandlung dieses Antrages sollten keinem Eisenbahner entgehen. Jeder, der Klarheit in dieser großen Streitfrage haben will, sollte sie vom ersten bis zum letzten Wort lesen. Er wird dann finden, daß sich die bürgerlichen Chauvinisten vergeblich bemühen, auch die Arbeiterchaft in das Verderben ihres unfruchtbareren Chauvinismus hineinzuziehen, die Arbeiterchaft wird ihnen auch in dieser Frage den Meister zeigen. Sie ist durchaus nicht als blinde Zuseherin im großen Kampf um nationale Selbstständigkeit zu betrachten, sie will aber, daß wir dabei nicht die Vernunft verlieren und den Kampf so austragen, wie es unter zivilisierten Menschen notwendig ist.

Auf unserer Seite stehen Zielklarheit und Gerechtigkeit, mit uns gehen alle vernünftigen Menschen, die im Ziehbewußt des Hasses noch nicht ihre Besinnung gelassen haben, wie das treffliche Urteil des Heimatsdichters Rossegger beweist.

Mit uns wird auch in dieser Frage der Sieg sein.

Die Regelung des Stundengeldes bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen.

In letzter Zeit hatten sich die Gegner der von uns geforderten Gleichstellung des Stundengeldes zu rühren begonnen und es ist nicht uninteressant, ihre — allerdings sehr ungeschickte — Abwehr zu studieren, um daraus die richtigen Schlüsse ziehen zu können.

Notwendig ist es aber vorher, da die Herren die Entstehung unserer Anträge nicht zu kennen scheinen, deren Entwicklung noch einmal vor Augen zu führen.

In ungezählten Versammlungen und Konferenzen, in Eingaben, bei jeder sich ergebenden Gelegenheit haben unsere Vertrauensmänner im ganzen Reiche die Pauschalierung, und als Uebergang die Regelung des Stundengeldes nach den von uns vorgeschlagenen Normen verlangt. Als besonders bezeichnend für die Loyalität der Gegner wollen wir noch hinzufügen, daß unseres Wissens keine einzige Stimme sich dagegen erhob und Friede ward — solange kein Geld zur Verfügung stand. Alle politischen Richtungen unter den Zugbegleitern waren in dieser Frage einig; ja noch mehr, die Indifferentesten erkannten die Gleichstellung als etwas sehr Gutes und Gerechtes. Nun vergegenwärtigen wir uns die Situation der Vertrauensmänner: Der Wille der erdrückenden Majorität befehlt Gleichstellung, das Eisenbahnministerium gibt drei Millionen zur Aufbesserung, beziehungsweise Regelung des Stundengeldes und gibt — und das muß hier mit aller Entschiedenheit ausgedrückt werden — vorläufig bis zur endgültigen Regelung, 30 Prozent.

Was hätten nun die Vertreter aus den Reihen unserer politischen Gegner gemacht? Etwa in Pausch und Bogen die 30 Prozent akzeptiert? Oder hätten sie es gewagt, den heute in ihren Blättern zu lesenden Stumpfsinn, den Personenzüglern 30 Prozent, den Lastzüglern Gleichstellung, beantragt? Bei ihrer Klugheit wäre dies schon möglich. Aber was hätte die Majorität, was hätten alle vernünftig denkenden Zugbegleiter der Personenzüge zu diesem Antrag gesagt?

Man sieht also daraus, daß die Herren aus gegnerischen Kreisen sehr schlecht beraten sind, daß sie von einem Fehler in den anderen fallen und aus dem Dilemma nicht herauskommen. Eine Entschuldigung haben sie zwar für sich, daß ihre Vertrauensmänner in stetem Kampf mit der Klugheit stehen und solche Informationen geeignet erscheinen, auch die Schriftleiter solcher „Fachblätter“ zu infizieren. Zur Ehre der Personenzugsbegleiter sei es gesagt, daß nur eine verschwindende Anzahl gegen, dafür aber die Mehrheit ist die Gleichstellung ist nun an sich eine rein demokratische — und nicht wie die Herren von der Gegenseite behaupten, demagogische — Forderung und selbst die intransigentesten Gegner mußten mit ihren Schmähungen vor der Unantastbarkeit dieser Forderung Halt machen.

Die Argumente der Gegner, daß die Personenzüglern älter seien, denselben Hunger haben wie das Güterzugpersonal und dergleichen mehr, sind wirklich altes Klutzzeug und nicht geeignet, den Vorkämpfern der Gleichstellung oder der Gleichstellung selbst Schaden zuzufügen. Daß die Personenzüglern älter sind ist — mit Ausnahme von Wien — wohl wahr, dagegen haben sie aber wohl andere Vorzüge, die im Rang, im Gehalt und so fort zum Ausdruck kommen; dagegen haben die Lastzüglern schwere, sehr schwere, verantwortungsvolle, lebensgefährliche Arbeit zu verrichten, mehr Nächte und schlechte Bremsen, stärkere Turnusse und bedeutend mehr Barauslagen, so daß immer der Personenzug trotz Gleichstellung besser und begehrenswerter erscheinen wird als der Lastzug. Und da erinnern wir an ein gutes Sprichwort: „Der schlechteste Personenzug ist noch immer besser als der beste Lastzug.“ Um auf das Argument der christlichsozialen Gegner zurückzukommen: „Die Personenzugskondukteure haben dieselben Bedürfnisse, denselben Hunger wie die Lastzüglern“, wollen wir noch mit aller Seelenruhe erwidern: „Aber deshalb, weil die Personenzugskondukteure auch denselben Hunger haben wie die Lastzugskondukteure, wollen die letzteren die Gleichstellung, damit beide Teile gleich viel, oder gleich wenig hungern.“ Wenn wir nun vor der Alternative stehen, entweder eine Reform, die niemanden befriedigen kann, zu nehmen wie sie ist, oder aus dieser Reform eine Sache zugunsten der Allgemeinheit dadurch zu machen, daß man dem Wünsche aller Rechnung trägt, so muß jeder Denkende freimütig erklären, daß die von uns ausgearbeiteten Anträge ein Kompromiß darstellen, an das jeder Zugbegleiter mit Freude sich erinnern wird.

Was macht die Gleichstellung eigentlich so populär? Doch nur das, daß jeder daran partizipiert; der eine gleich, dann später weniger; der andere später alles und jetzt weniger. Der Lastzugskondukteur und Zugführer jetzt viel und dann bei Vorrückung zum Personenzug weniger, im umgekehrten Verhältnis der Personenzugskondukteur. Es hat niemand Ursache zu triumphieren, kein Sieger und kein Besiegter, in Zukunft aber zufriedene Zugbegleiter.

So find denn unsere Gegner trotz aller mühsam hervorgezerrten Argumente nicht in der Lage, gegen das Prinzip der Gleichstellung irgend etwas Nennenswertes zu schreiben und sie verlegen sich — ihrem Charakter entsprechend — aufs Verleumben.

Während diesmal die Christlichsozialen heftig zum Rückzug blasen und ihrem Artikelschreiber der Nummer 1

vom 1. Jänner 1909 vollständig den Rücken kehren, ist der Schreiber im „Deutschen Eisenbahner“ wütend über einige Zeilen der Nummer 2 des „Eisenbahners“ vom 10. Jänner 1909, in der ein Genosse P. B. eine, allerdings sehr heikle Frage anschnitt. Wir erklären hier in aller Form, daß wir uns nicht mit den in dem besagten Artikel geschriebenen Sagen bezüglich Maßzeit und Trinkgeldnehmen identifizieren und es am allermeisten bedauern, daß diese Worte eine solche Deutung erfuhren; es liegt uns fern, in diesem Kampfe mit unlauteren Mitteln zu kämpfen oder gar eine ganze Branche zu beleidigen. Aber die Entrüstung der „Deutschen“ verdient, entsprechend hoch gehängt zu werden, die doch nichts anderes ist, als eine der durchsichtigsten Komödien, an der diese „Vertreter“ ziemlich reich sind.

Wir brauchen die Herren nur an die schmähliche Haltung ihrer Vertreter im Parlament, anlässlich der Beratung des Kapitel XIII des Staatsvoranschlags erinnern, in dem gerade ihre Abgeordneten in den Reihen der verbittertesten Gegner zu finden waren, und an jene demwürdige Versammlung im Hotel Fuchs, in der Weidenhoser den ex-offo-Verteidiger der Regierung mit sehr wenig Geschick spielte und in der die anwesenden Genossen denselben Vertreter der Lüge ziehen, ohne auch nur im mindesten zur Verantwortung gezogen zu werden. Wollen die Herren noch einige der vielen Beispiele ihrer Vertretungskunst?

Daß die Zugbegleiter sie vollständig mit ihren treuen Verbündeten erkannt haben, beweisen ja zur Genüge die Wahlergebnisse gerade beim Zugpersonal.

Welche Wirkung der Lokalpatriotismus in diesem Falle bei dem Gegner haben wird, davon wird später noch geschrieben werden.

So mögen denn die Gegner was immer für Argumente gegen die Gleichstellung und gegen unser Blatt, gegen unsere Taktik aufmarschieren lassen, mögen sie mit dummblöder Bosheit jedes Wort verdrehen, mögen sie glauben, uns durch einen nicht schlecht gemeinten Satz in Verlegenheit zu bringen und auf solch hinterhältige Art den Kampf auf ein falsches Geleise zu schieben. Wir sind uns bewußt, nun ein Ziel verfolgt und erreicht zu haben, das ist die Gleichstellung im Interesse des Zugpersonals im allgemeinen, aber auch im Interesse jener Berufskollegen, die vermeinen, daß ihnen unrecht geschieht.

Und wenn die Herren erklären, „mit der Gleichstellung ist's und wird nichts“, so arbeiten wir ruhig weiter und wollen sehen, ob der Wille von Tausenden Zugbegleitern nicht mehr gilt, als die Zickzackpolitik von einigen 50 Querulanten.

Ehrlich denkende Zugbegleiter gehen mit uns, ob sie beim Last- und Personenzug sind, und die übrigen, die so wenig Klugheit und Voraussetzung ihr eigen nennen, daß sie diese Reform nicht verstehen, die müssen abseits stehen und über sie wird zur Tagesordnung übergegangen.

Will man Ruhe haben, dann kann sie nur werden, wenn jeder Zugbegleiter freudig rufen kann: „Die Gleichstellung ist erreicht trotz Tschulik und Gihula, trotz aller gemeinen Winkeltzüge unserer Gegner.“ Heraus mit der Gleichstellung!

W. K.

Die Ausrede auf die Frau.

Unter den vielen Ausreden, die von den Unorganisierten und auch von Organisierten gebraucht werden, wenn sie gefragt werden, warum sie sich gar nicht oder so wenig an der Organisation und an der Arbeiterbewegung überhaupt beteiligen, hören wir die Ausrede auf die Frau am häufigsten. „Mein Weib will das nicht haben“ oder „meine Frau schimpft, wenn ich in die Organisation gehe und dort Geld anbringe.“ So oder ähnlich lauten die Ausreden und um des lieben Friedens willen bleibt der Mann von der Organisation ganz fern oder läßt sich nur alle heiligen Zeiten einmal sehen.

Es fällt uns nicht ein, zu behaupten, daß in allen diesen Fällen die Ausrede auf die Frau eben nur eine Ausrede ist. Es gibt schon Frauen, die meinen, der Mann begehe ein Verbrechen, wenn er der Organisation angehört und dort seine Pflichten erfüllt. Aber man muß auch die Frage aufwerfen, wessen Schuld ist es, daß die Frau kein Verständnis für die Organisation, für die Arbeiterbewegung hat? In den meisten Fällen wird man ruhig sagen können, die Schuld des Mannes ist es, weil er es unterlassen hat, sein Weib ordentlich aufzuklären, was die Organisation ist und welche Ziele die Arbeiterbewegung verfolgt. Der Mann hält sich für zu erhaben, über solche Dinge mit seinem Weibe zu sprechen, und nicht selten kommt es vor, daß auf die Frage des Weibes, was er denn schon wieder in der Organisation zu tun habe, die Antwort kommt: „Dumme Koden, das verstehst du nicht.“ Das Weib ist durch diesen weisen Ausspruch zwar um kein Jota klüger geworden, aber der Haß gegen die Organisation hat sich gesteigert. Es mag schon Frauen geben, die nicht oder wenigstens nicht leicht zu belehren sind, aber das ist sicherlich nur ein kleiner Teil, die große Mehrzahl steht der Organisation und der Arbeiterbewegung nur deshalb feindlich gegenüber, weil es die Männer an der richtigen Aufklärung fehlen lassen und noch dazu manchen dummen Streich der Organisation zuschieben.

Es gibt mehr Männer, als man glauben sollte, die jede Bummellei der Organisation anhängen. Fragt die Frau: „Wo warst du denn wieder so lange?“ so redet sich der Mann darauf aus, daß die Sitzung oder die Versammlung so lange gedauert habe. Es ist dann kein Wunder, wenn sich die Gardinenpredigt nicht nur gegen den Mann, sondern auch gegen die Organisation richtet. Wird bei einer Kumperei viel Geld vertan, so redet sich der Mann auch auf die Organisation aus. Daß dann das unaufgeklärte Weib auf die Organisation nicht gut zu sprechen ist und den Mann davon abhält, ist unter diesen Umständen begreiflich. Der Mann hat dann seine billige Ausrede, seine Frau leidet es nicht und darum könne er seine Pflicht als Arbeiter nicht oder nur mangelhaft erfüllen. Dasselbe gilt auch für viele junge, noch unbeweibte Arbeiter, die aus dem gleichen Grunde vom unverständigen Vater oder von der unaufgeklärten Mutter von der Organisation ferngehalten werden.

Jeder einzelne Arbeiter, ob ledig oder beweibt, ist verpflichtet, seiner Organisation anzugehören, jeder hat als Arbeiter an der Arbeiterbewegung tätigen Anteil zu nehmen,

Die Organisation hält ihre Mitglieder auf und ist bestrebt, für alle Berufsangehörigen bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Die Arbeiterbewegung überhaupt strebt dem Ziele zu, die Arbeiterschaft insgesamt von der Rechtlosigkeit und der wirtschaftlichen Abhängigkeit zu befreien. Der Mann hat die Verpflichtung, darüber sein Weib aufzuklären, er darf die Organisation und die Arbeiterbewegung nicht zum Deckmantel für seine Leidenschaften und Lumpereien gebrauchen. Nach der Sitzung oder Versammlung gehe man nach Hause, anstatt in Gast-, Kaffee- oder Schnapshäusern herumzusitzen; statt Kegelschieben oder Kartenspielen kläre man sein Weib, seine Eltern über die Organisation und die Arbeiterbewegung auf. Wenn es angeht, schicke man das Weib oder die Eltern in eine Versammlung oder nehme sie dahin mit. Wenn der Mann nur will, dann geht dies schon ab und zu. Geschieht dies, dann werden viele Frauen anstatt Gegner Anhänger der Organisation und Mitkämpfer in der Arbeiterbewegung werden.

Es ist nicht gleichgültig, wie die Frau der Organisation gegenübersteht. Mancher Streik wurde nur deshalb verloren, weil die Frauen ihren Männern die Wohnung zur Hölle machten und sie in die Arbeit trieben. Vielen Männern wird das Leben vergällt, weil sie es nicht verstehen, ihre Lebensgefährtin ordentlich aufzuklären. Mit der „Aufklärung“, indem er ihr eine dumme Notiz oder eine blöde Gans an den Kopf wirft, geht das freilich nicht. Der Mann muß sich das Vertrauen seiner Frau erwerben, darum darf er sie weder beleidigen noch belügen, denn die Lüge wird als solch: entdeckt und die Frau glaubt ihrem Mann nichts mehr, sie bleibt mißtrauisch. Wegen der Organisation braucht doch keiner seine Familie zu vernachlässigen. Die wenigen Stunden, die der Mann der Organisation zu opfern hat, werden ihm keine Gardinenpredigt eintragen. Allerdings muß er sich das abgewöhnen, seinem Weibe weismachen zu wollen, daß er tags- und nächtelang für die Organisation arbeiten mußte. Und ist er einmal entgleist, dann soll er auch den Mut haben, dies einzugestehen, anstatt die Organisation vorzuschieben.

In den Händen der Frau liegt die Erziehung der Kinder. Auf den Nachwuchs setzen wir große Hoffnungen. Jeder verständige Mann wird und muß wünschen, daß die Nachkommen im Geiste der Arbeiterbewegung erzogen werden. Es ist daher etwas Selbstverständliches, daß die Mutter als Erzieherin der Kinder nicht vom Hasse gegen die Arbeiterbewegung erfüllt sein darf, weil sich dieser auf das Kind überträgt. Und schon darum ist es ein Gebot der Notwendigkeit, daß die Frau mit uns und nicht gegen uns ist. Die Frau kann uns auch beim Ausbau der Organisation viele gute Dienste leisten. Wir haben, um nur ein Beispiel anzuführen, erkannt, daß die Hauskassierung eine notwendige Einrichtung in der Organisation ist. Hat die Frau für die Organisation Verständnis, wird sie dem Hauskassierer freundlich entgegenkommen und ihm seinen schweren Dienst erleichtern; ist sie aber aufgebracht gegen die Organisation, so wird sie dem Hauskassierer die Tür weisen.

All das sind Gründe, die uns dazu bestimmen müssen, die Frau für die Organisation, für die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Kläre daher jeder, der es noch nicht getan hat, sein Weib gründlich auf, dann wird uns aus dem Gegner ein Anhänger, aus dem Hinderer ein Förderer der Organisation und der Arbeiterbewegung erstehen.

Die Verhältnisse der Stationsaufseher der Südbahn im Lichte der Kritik.

Wie unlogisch die Südbahn vorgeht, wenn es sich ihr darum handelt, eine Kategorie in ihrem Vorrangkommen zu unterdrücken, beweist sie in eklatanter Weise an den Stationsaufsehern.

Dieselben versehen in Mittelstationen sowohl auf den Haupt- als auch auf den Lokalbahnen den exekutiven Verkehrsdienst sowie den gesamten Beamtendienst. In vielen Stationen gibt es überhaupt nur Stationsaufseher, wovon dann ebenfalls ein Stationsaufseher als Stationsleiter fungiert.

Mit Zirkular 385 A ex 1907 wurde die Lage der verschiedenen Aufseherkategorien in der Weise geregelt, daß die Bahn-, Telegraphen- und Zentralweichenmeister aus der Dienerkategorie eliminiert wurden, die Maschinen-, Verschub- und Magazin-aufseher rüden mit 1200 Kr. und die Wagen-aufseher mit 1400 Kr. automatisch in die Unterbeamtenkategorie vor; den Stationsaufsehern aber — den Stiefkindern der Gesellschaft — wurde „gnädigst“ gestattet, falls sie im hohen Räte der Direktion für würdig befunden werden, nochmals die Fachprüfungen als: Telegraphen-, Verkehrs- und Transportprüfung abzulegen und nachdem sie durch das laubiniische Joch der Prüfungen glücklich hindurchgekommen sind, mit 1200 Kr. als Stationsmeister in den Unterbeamtenstatus aufgenommen zu werden.

Warum verlangt nun die Direktion der Südbahn gerade von den Stationsaufsehern als Bedingung für die Aufnahme in den Unterbeamtenstatus die nochmalige Ablegung der Fachprüfungen? Haben die Stationsaufseher etwa keine gültigen Prüfungen? Wenn dem so ist, warum werden sie dann unter eigener Verantwortung zur selbständigen Ausübung des exekutiven Verkehrsdienstes zugelassen? Dies wäre ja geradezu eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und wäre es schon an der Zeit, wenn sich einmal der Staatsanwalt um diese eigenartigen Verhältnisse bei der Südbahn interessieren würde. Wieso kann sich denn die Südbahn erlauben, einem Personal, welches angeblich keine gültigen Prüfungen hat, Tausende von Menschenleben und Millionen an Werten anzuvertrauen? Wer trägt im Falle eines Unglücks die Verantwortung; übernimmt dieselbe die Südbahndirektion oder wird sie auf den Stationsaufseher mit den „ungültigen“ Prüfungen abgewälzt?

In keinem Dienstzweige der ganzen Welt kommt es vor, daß Bedienstete jahrelang zur Ausübung des Dienstes verwendet werden und hernach durch eine Prüfung erst den Beweis erbringen sollen, daß sie zu diesem Dienst, welchen sie solange schon ausgeübt haben, auch wirklich befähigt sind. Die Südbahn allein genießt den traurigen Ruhm, daß sie Stationsaufseher bis zu 20 Jahren zum

Beamtendienst verwendet und hintennach sollen diese Leute die Prüfungen machen, um den gleichen Dienst, den sie als Stationsaufseher gemacht haben, als Stationsmeister weiter ausüben zu können. O Logik der Südbahn, wie wunderbar bist du geartet!

Es ist dies geradezu absurd, wie wenn ein Orgelbauer, nachdem er eine Orgel tadellos aufgestellt hat, die Orgelbauerei zu lernen anfänge.

Die Südbahndirektion stellt sich auf den Standpunkt, sie könne es vor der Generalinspektion nicht verantworten, daß die Stationsaufseher ohne nochmalige Ablegung der Fachprüfungen als Stationsmeister in den Unterbeamtenstatus übernommen werden.

Wenn sie es aber vor der Generalinspektion verantworten kann, daß der Stationsaufseher durch viele Jahre hindurch zur selbständigen Ausübung des exekutiven Verkehrsdienstes verwendet wird, so muß sie es ebenso auch verantworten können, daß dann derselbe Stationsaufseher mit denselben Prüfungen, auf Grund deren ihn die Direktion zur Ausübung des exekutiven Verkehrsdienstes zuließ, den gleichen Dienst auch als Stationsmeister ausübt. Oder verwendet die Südbahn wirklich ein ungeschultes Personal beim verantwortungsvollen Verkehrsdienst?

In was unterscheidet sich denn der Stationsmeister vom Stationsaufseher? Betreffs der dienstlichen Anforderungen besteht gar kein Unterschied; der Stationsmeister macht den gleichen Dienst unter derselben Verantwortung wie der Stationsaufseher. Nur in finanzieller Hinsicht ist ein Unterschied, denn der Stationsmeister erreicht in 28 Jahren einen Endgehalt von 2600 Kr., der Stationsaufseher in 24 Jahren aber nur einen Endgehalt von 1800 Kr.

Und darin liegt nun des Pudels Kern, das heißt der Grund, warum die Südbahn den Stationsaufseher nicht gleichwertig wie die anderen Aufseherkategorien behandelt und ihnen nicht dasselbe Recht einräumt.

Diese ungleiche Behandlung stellt sich somit als brutaler, nackter Egoismus dar. Die Südbahn schämt sich also nicht, wegen einiger hundert Kronen zu den faden-scheinigsten Argumenten Zuflucht zu nehmen, um ein aller Vernunft und Logik hohnsprechendes Vorgehen zu bemänteln und sich so vor aller Welt lächerlich zu machen. Sapienti sat.

Der „Reichsverband“ als Retter der Stationsaufseher.

Aus Kreisen der Stationsaufseher schreibt man uns: Die jüngste Mißgeburt des faßsam bekannnten Dr. Weisner, der sogenannte „Reichsverband“, will sich bemerkbar machen. Da ihm das aber infolge seiner Mitgliederzahl und seiner Tätigkeit nicht gelingen will, so versuchen es ein paar Leute, diejenigen Eisenbahner, welche diesem Ausschereim nicht beitreten wollen sowie auch deren Organisationen anzuschließen. So wie ein kleiner Hund, der jeden größeren Gegenstand beschmuppert und seinem Gefühl Ausdruck verleiht, so wollen diese kleinen Gernegroße alles, was ihnen in den Weg kommt, besudeln. Besonders der Rechtschutzverein und der „Eisenbahner“ sind ihnen ein Dorn im Auge.

Wo nur möglich, springt er seine Galle im „Südbahner“, ein unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinendes Blatt, gegen unsere Organisation aus. So enthält auch genannter „Südbahner“ vom 10. Jänner l. J. einen Artikel, der nur so von Haß und Lügen gegen uns trieft.

Wenn er nicht gar so dumm und ungeschickt geschrieben wäre, so könnte man sich über die vielen bewussten Lügen, die er enthält, ärgern. Die Widersprüche aber, die jede Zeile dieses Artikels enthält, können in uns nur ein Lächeln des Mitleides erwecken.

Wir haben nämlich im „Eisenbahner“ wieder einen Artikel über die Lage der Stationsaufseher der Südbahn gebracht. Diese Kategorie führt seit der Herausgabe des Zirkulares 385 A einen Kampf um die Gleichstellung mit den übrigen Aufseherkategorien gegen die Südbahndirektion. Es wurden Versammlungen abgehalten, in unserer Blatte wurden die Verhältnisse und die Forderungen dieser Kategorie wiederholt besprochen und im April v. J. ging dann eine Deputation aus unserer Organisation zur Direktion, um dort ihre Forderungen zu vertreten. Die Bewilligung dieser Forderungen wurde teilweise zugesagt und der Deputation bedeutet, daß im Laufe des Jahres 1908 in der Stationsaufseherkategorie Ordnung gemacht werde.

Daraufhin nahmen wir eine zuwartende Haltung ein, sammelten aber inzwischen Material, um damit der Direktion im gegebenen Falle neuerlich aufwarten zu können.

Doch während dieser Zeit kam die überraschende Kunde, daß Dr. Weisner einen Verein erfunden habe, der ihm die schon so lange erträumte Stelle eines „Präsidenten“ verliehen habe.

Der Herr „Präsident“ des sogenannten Reichsverbandes stellte es sich als erste Aufgabe, die Stationsaufseher zu retten. Und wie jedes gute Werk (?) Unterstützung findet, so fand auch der Herr „Präsident“ einige Stationsaufseher, welche früher bei unserer Organisation Erpresserpolitik betrieben wollten. Und nun konnte es losgehen. Die Vernichtung der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation wurde proklamiert und die Rettung der Stationsaufseher beschlossen.

Und schon Ende Dezember standen diese Herren ebenfalls bei der Direktion — also am selben Fleck, wo wir schon acht Monate früher standen. Auch ihnen wurde so ziemlich dasselbe versprochen wie uns. Darauf großer Siegesjubel im Reichsverband.

Wir sind durchaus nicht eigensinnig veranlagt und nehmen jede Hilfe, komme sie von wem immer, dankbar an, aber diese Leute konnten unseren erwählten Artikel im „Eisenbahner“ nicht vertragen und beschuldigen uns so quasi des Diebstahls ihres Erfolges, der eigentlich gar nicht vorhanden ist. In ihrem „Südbahner“ schreiben sie ungefähr: „Obwohl der „Eisenbahner“ schon 16 Jahre besteht, hat er erst jetzt sein Herz für die Stationsaufseher entdeckt und schreibt einen Artikel für sie. Und warum gerade jetzt? Weil der „Südbahner“ bereits seit Monaten die Forderungen der Stationsaufseher behandelt, und jetzt ein Erfolg winkt. Armer „Eisenbahner“, hier bist du zu spät gekommen! Die Lage der Stationsaufseher haben wir ausverollt und den Erfolg schreiben wir auf unsere Fahne.“ Wer soll da nicht lachen? Erstens gehört eine große Portion Größenwahn dazu und dann müssen diese Leute doch die ganze Zeit verschlafen haben, um so einen Unsinn schreiben zu können.

Denn ehe noch ein sogenannter Reichsverband und mit ihm ein „Südbahner“ eri-

stiert hat, brachte der „Eisenbahner“ schon wiederholt Artikel über die Lage der Stationsaufseher und deren Forderungen und wird auch in Zukunft mit oder ohne Erlaubnis des sogenannten Reichsverbandes solche veröffentlichen. Was war denn das für eine Deputation, die in dem Memorandum, welches der „Südbahner“ abgedruckt hat, angeführt ist? Wer hat denn eigentlich diese Forderungen, die in diesem Memorandum enthalten sind, fixiert? Und wer hat damit die Lage der Stationsaufseher aufgerollt? Mein lieber Reichsverband, über diese Fragen kommst du nicht hinweg, ohne an deinen Lügen zu ersticken. Den Erfolg ihrer Deputation aber überlassen wir ihnen sehr gerne.

Das Vorgehen dieser Deputation, respektive deren Behauptungen kann nur dazu führen, daß einige junge Stationsaufseher, wie schon uns versprochen, zu Stationsmeistern ernannt werden und die älteren Diener, welche die am meisten benachteiligten armen Teufel sind, bleiben sitzen. Auf einen solchen Erfolg haben wir verzichtet und werden wir auch in Zukunft verzichten. Die Südbahndirektion aber könnte die Stationsaufseherfrage sofort lösen, indem sie den Herren vom Reichsverband den Titel und die Uniform eines Unterbeamten mit Rücksicht der damit verbundenen Bezüge verleiht. Und der „Südbahner“ könnte dann ausruhen: Es ist erreicht! Denn bei diesen Herren kann es doch nicht auf den Gehalt ankommen, wo doch einer ihrer hervorragendsten Kämpfer erklärte, daß der Gehalt infolge seines Privatvermögens für ihn nur Zigarettegelb sei. Des weiteren will der „Südbahner“ der Gewerkschaft noch Vorwürfe über die Lohnbewegungen im Jahre 1907 und 1908 machen.

Dieser Reichsverband, der erst seinen Lebensbefähigungsnachweis erbringen muß, will der Gewerkschaft, die schon mehr erfolgreiche Lohnkämpfe geführt hat als der ganze sogenannte Reichsverband Mitglieder hat, eine Lektion erteilen. Es ist leicht, sogar sehr leicht, um mit dem „Südbahner“ zu reden, sich von anderen die Kasianen aus dem Feuer holen zu lassen und hinterher darüber zu schimpfen. Oder haben vielleicht die Herren des Reichsverbandes auf die von der Gewerkschaft erungenen Mehrbezüge verzichtet? Was diese Leute ferner unter Proletarisierung verstehen, ist nicht recht klar. Wenn aber die materielle Besserstellung der ganzen Südbahner in den letzten Jahren um 15 bis 25 Prozent und die erzieherische Arbeit durch die Gewerkschaft in Bezug auf die Rechte der Eisenbahner eine Proletarisierung bedeuten, dann haben wir keine Ursache, uns darüber zu entziehen. Das wären so ein paar Beispiele, wie genau es diese Weisnerleute mit der Wahrheit nehmen. Aber daß sie selbst nicht davon zurückschrecken, ihre eigenen Kollegen persönlich anzugreifen, beweist ein Artikel im „Südbahner“, worin sie Genossen Kiener, der sich schon viel Mühe um die Sache der Stationsaufseher gegeben hat, verdächtigen wollen.

Es wird ihm darin Wankelmüt und Unsicherheit vorgeworfen, weil er in einer Versammlung beauftragt, es sollen sich alle Stationsaufseher zur Stationsmeisterprüfung melden, obwohl früher die Parole ausgegeben wurde, daß sich zu dieser Prüfung niemand melden soll.

Genosse Kiener hat diesen Antrag auf Grund der Verhandlungen mit der Direktion aus tatsächlichen Gründen gestellt, und zwar einerseits, weil die Direktion eine direkt ablehnende Haltung gegen die Ernennung der älteren Stationsaufseher zu Stationsmeistern ohne weitere Prüfung eingenommen hat und dadurch zu befürchten sei, daß sich diese alten Diener durch längere Zeit materiell schaden, wenn sie sich zur Prüfung nicht melden; andererseits aber, um zu sehen, ob die Direktion ihr Versprechen: „daß jeder zur Prüfung zugelassen wird“, auch halten wird. Jeder vernünftige Kollege wird einsehen, daß dieser Antrag wirklich im Interesse der Stationsaufseher, besonders der älteren gestellt wurde. Solche Leute, die sich schriftlich und unter Ehrenwort verpflichten, dem Gewerkschaftsverein beizutreten, ein paar Monate später aber für den Weisnerverein agitieren, wollen diesem Genossen Wankelmüt und Unsicherheit vorwerfen. Da hört sich doch alles auf. Aus alledem kann man ersehen, daß es diese Weisnerleute im Verdächtigen und Berleumiden schon herlich weit gebracht haben, so daß sie sich würdig an die Seite der Christlichsozialen stellen können.

Die Stationsaufseher der Südbahn aber ersuchen wir, in ihrem eigenen Interesse genau zwischen Freund und Feind zu unterscheiden und sich jener Organisation anzuschließen, die ihnen durch ihre Macht Gewähr bietet, durch sie zu ihrem Rechte gelangen zu können. Jede Besserstellung der Südbahner ist bis jetzt nur durch die Gewerkschaft herbeigeführt worden. Auch die Einführung der Nachdienstzulage ist nur ein Verdienst der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation. Wo hingegen sich jeder fragen muß: ob eine Organisation, wie der sogenannte Reichsverband als Kampforganisation in Betracht kommen kann, die sich ihre Mitgliedsbeiträge von jener Bahndirektion einheben läßt, die sie angeblich bekämpfen will.

Hätten sich die Stationsaufseher gleich den anderen Kategorien schon früher um die Organisation gekümmert und ihre Forderungen rechtzeitig fixiert und vertreten, so hätte man ihnen das Prüfungs-kampfe nicht anhängen können.

Inland.

Aus den Unternehmerorganisationen. Der Oesterreichische Arbeitgeberverband hatte sich vor einigen Tagen den Sekretär des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller Dr. Johannes Schellwein zu einem Vortrag verschrieben, der im Festsaale des Niederösterreichischen Gewerbevereines stattfand. Schellwein gab den österreichischen Unternehmern die Erfahrungen des deutschen Unternehmerverbandes und seiner Organisation zum besten, indem er ausführte:

Die deutsche Arbeiterbewegung ist nunmehr 40 Jahre alt. Einen ganz besonders lebhaften Aufschwung nahmen die deutschen Arbeitgeberverbände im Jahre 1904 nach dem großen Textilarbeiterstreik in Rrimtschau. In diesem Jahre wurde die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein deutscher Arbeitgeberverbände gegründet. Heute zählen diese beiden kartellierten

Verbände 900.000, beziehungsweise 1 1/2 Millionen Arbeiter. Der Vortragende erörterte nun die Ziele und die Mittel zu deren Erreichung. In erster Linie kommt als gebrauchlichstes Mittel die Sperre der streikenden Arbeiter in Betracht. Wenn diese Maßregel nicht genügt, so greift man zu schärferen Maßnahmen, wie Aussperrung größerer Arbeitermassen, um auf die Gesamtheit der Arbeiter einen stärkeren Druck auszuüben. Von ganz besonderem Wert als Waffe der Arbeitgeber haben sich die von den Arbeitgebern errichteten Arbeitsnachweise gezeigt. Durch diese Nachweise wird die zuverlässigste Kontrolle der Streikenden gewährleistet. Eine weitere sehr wichtige Einrichtung der Arbeitgeberverbände ist die Streikversicherung (Streikentschädigung). Die großen Arbeitgeberverbände (Metallindustrie, Holzindustrie, Bäcker u. s. w.) haben eigene Streikentschädigungsgesellschaften gegründet. Von sonstigen Mitteln, die den Arbeitgeberverbänden zur Erreichung ihrer Ziele zur Verfügung stehen, ist noch die sogenannte Materialsperrung zu nennen. Diese Maßregel ist hauptsächlich im Handwerk üblich. Weiter ist zu erwähnen, daß die Verbände bestrebt sind, die sogenannte Streik Klausel in die Lieferungsverträge aufzunehmen. Nachdem der Vortragende noch in eingehender Weise über die Beziehungen der Arbeitgeberverbände zu den Gewerkschaften und über die Tarifverträge gesprochen hatte, bemerkte er, daß den Arbeitgeberverbänden noch die Tätigkeit zufalle, zu den jeweiligen sozialpolitischen Gesetzgebungsvorlagen Stellung zu nehmen, so daß die Tätigkeit der deutschen Arbeitgeberverbände eine überaus reichhaltige ist.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1908. Die Gewerkschaftskommission hat einen vorläufigen Bericht über den Stand der Gewerkschaften im Vorjahre erstattet. Die niedergehende Konjunktur hat auch den österreichischen Gewerkschaften große finanzielle Belastungen aufgebürdet, ein wesentlicher Rückgang von Mitgliedern ist jedoch nach dem Bericht nicht zu verzeichnen gewesen. Der Verlust an Mitgliedern infolge der Arbeitslosigkeit wird auf 25.000 geschätzt. Diefem stehen aber 17.000 Neuaufnahmen gegenüber, so daß der Verlust nur 8000 Mitglieder betragen dürfte. An Arbeitslosenunterstützung zahlten die österreichischen Gewerkschaften rund zwei Millionen Kronen. Es ist das 1/2 Million mehr als im Jahre 1907 ausgegeben wurde. Wir werden auf den Bericht noch ausführlich zurückkommen.

Der Sessionsabschluss des Reichsrates. Unter dem gewaltsamen Obstruktionsummel der Tschechischradikalen ist am letzten Freitag den 5. d. M. die Session des Parlaments geschlossen worden, womit alle bisher geleistete Arbeit vernichtet ist. Die Wirkung des Sessionschlusses besteht vor allem darin, daß mit dem Beginne der neuen Session die Wahl eines neuen Präsidiums stattfinden muß. Dies ist ausdrücklich in der Geschäftsordnung vorgesehen, mit dem Beifügen, daß zu Beginn der Legislaturperiode der Präsident zunächst nur auf die Dauer von vier Wochen und erst dann für den Rest der Session gewählt wird, während er zu Beginn jeder folgenden Session sofort für die Dauer der Session gewählt wird.

Eine weitere Folge ist, daß die Ausschüsse mit der Schließung der Session ihr Mandat verlieren und zu Beginn der neuen Session neu bestellt werden müssen.

Eine fernere Wirkung ist, daß das Ganze in den beiden Häusern des Reichsrates in Vorarbeit befindliche Material, soweit nicht bereits übereinstimmende Beschlüsse beider Häuser über ein Gesetz oder über einen Antrag vorliegen, vollständig wertlos wird. Regierungsvorlagen, Initiativanträge, Dringlichkeitsanträge, Interpellationen, Entwürfe und Ausschussberichte werden in gleichem Maße zu „schätzbarem Material“ und fallen in den Papierkorb. Insbesondere müssen sämtliche Regierungsvorlagen, wenn sie wieder in Verhandlung gezogen werden sollen, in der nächsten Session neu eingebracht werden. Die Situation gestaltet sich für die neue Session somit dermaßen, daß zwar sämtliche Regierungsvorlagen, aber auch sämtliche Dringlichkeitsanträge in Wegfall gekommen sind, und daß es in der neuen Session möglich sein würde, unmittelbar nach Wiedereinberufung des Reichsrates im Wege von Dringlichkeitsanträgen den neu einzureichenden Regierungsvorlagen die Priorität der Verhandlung zu sichern.

Die wichtigsten Gegenstände, welche das Abgeordnetenhaus in der geschlossenen Session zu verhandeln hatte und die sofort in der neuen Session wieder eingebracht werden müssen, sind das Budget, das Rekrutengesetz, das Gesetz über die Annexion Bosniens, das Gesetz über die Sozialversicherung, die Verstaatlichungsgesetze, die Handelsverträge mit den Balkanstaaten, das Sprachengesetz, das Gesetz über die Kreisregierungen, das Gesetz wegen Ausprägung von Zweikronenstücken. Im Herrenhaus stehen die Gesetze über die Handlungsgehilfen und über den Versicherungsvertrag in Beratung.

Mit der Schließung der Session erlischt die Immunität der Abgeordneten hinsichtlich ihrer Handlungen, die nach der Schließung stattfinden.

Erster christlicher Gewerkschaftskongress Oesterreichs. Mit den bekannten Zeremonien wurde am Montag den 2. M. in Wien der Kongress der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs eröffnet. Ab und zu muß man doch wieder einmal so tun, als ob man auch eine Arbeiterpartei wäre, ansonsten die guten Schäflein mißtrauisch würden und bei Wahlen ihre eigenen Wege gingen. So machen ihnen halt die christlichsozialen „Arbeiterführer“ ein Blimblam vor, das sich recht schön ansieht, aber keinen festen Kern hat. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt über diesen „Kongress“: In Wien tagt ein christlicher Gewerkschaftskongress, über dessen Verlauf nicht viel zu berichten ist. Es wird auf Grund einer sehr angreifbaren Statistik behauptet, daß 89.710 Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften organisiert sind. Den Delegierten wird erzählt, daß die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften von 1907 auf 1908 um 45,2 Prozent zugenommen habe. 14 christlichsoziale „Gewerkschaftsblätter“ bestehen, darunter ein tschechisches und ein polnisches. Aus der Resolution über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften heben wir die nachstehenden Sätze hervor: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist unpolitisch und ist deshalb jede parteipolitische Propaganda von derselben streng fernzuhalten.“ Die christliche Gewerkschaftsbewegung verwirft den Klassen-

kampf, fordert aber mit allem Nachdruck die volle Anerkennung der Rechte der Arbeiterschaft. Als letztes Mittel, wenn alle friedlichen Versuche fehlschlagen, benützt die christlichsoziale Gewerkschaftsbewegung den Streik, um die gerechten Forderungen der Arbeiter zu erzwingen. Das Ziel aller Kämpfe muß auf den Abschluß von Tarifverträgen gerichtet sein, da diese einen dauernden Frieden im wirtschaftlichen Leben garantieren, welcher im Interesse der Industrie, der Unternehmer und der Arbeiter liegt. Dringend notwendig ist die Bildung und Erziehung der Arbeiterschaft durch soziale Unterrichtskurse, Herausgabe von Fachzeitschriften, Anlegung passender Bibliotheken u. s. w. Die mögliche Beteiligung an den sozialen Wahlen in den Gewerbebezirken, Krankenkassen u. s. w. wird jedem christlichen Gewerkschaftler zur Pflicht gemacht. Durch die Entsendung von christlichen Arbeitervertretern in diese Körperschaften wird man imstande sein, die in diesen Körperschaften herrschende sozialdemokratische Korruption zu beseitigen und sie zu wirklichen Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter zu gestalten.“ — Von 107 Delegierten sind bloß 77 erschienen. Am zweiten Tage wurden die Verhandlungen der frommen und sorgsamten Schäfchen geschlossen.

Die Wohnungsnot. Abgeordneter Genosse Freundlich hat im Abgeordnetenhaus folgenden Antrag eingebracht: Die k. k. Staatsbahnverwaltung hat im verfloffenen Jahre eine größere Anzahl von Staatsbahnbediensteten des Nahdienstes, die früher in der Station Hannsdorf ihren Wohnsitz hatten, aus Anlaß einer Neuorganisation des Zugbegleitungsdienstes nach Mährisch-Schönberg versetzt. In dieser Stadt bestand schon vorher eine arge Wohnungsnot. Durch den plötzlichen Zuzug von zweiunddreißig Eisenbahnerfamilien wurde diese Wohnungsnot noch verschärft. Die Verschlebung des normalen Verhältnisses von Wohnungsnachfrage und Angebot hatte auch eine starke Verteuerung der Wohnungsmieten zur Folge. Unter dieser hat nun die gesamte Bevölkerung, insbesondere aber die Arbeiterschaft, schwer zu leiden. Dieser Skandalität zu steuern, läge in der Hand der Eisenbahnverwaltung. Gerade so wie in vielen anderen Orten könnte die Staatsbahnverwaltung auch hier Wohnungen für die Bequartierung der Eisenbahnbediensteten herstellen lassen. Der Unterfertigte stellt daher den Antrag: Das hohe Haus wolle beschließen:

„Das Eisenbahnministerium wird aufgefordert, in Mährisch-Schönberg ehebaldigst Wohnhäuser für die daselbst stationierten Eisenbahnbediensteten errichten zu lassen.“ Es wird beantragt, diesen Antrag ohne erste Lesung dem Eisenbahnausschuß zuzuwenden.

Ausland.

Die ausschließliche Vergabe staatlicher Eisenbahnarbeiten an tarifstreue Unternehmer hat der oldenburgische Landtag für empfehlenswert erklärt. Bei der Beratung des Eisenbahnbauetats hatten nämlich die sozialdemokratischen Abgeordneten den Antrag gestellt, die Vergabe zu erlauben, Arbeiten für die Eisenbahnverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, die in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben. Zwar fand der Antrag in dieser Form keine Annahme, jedoch wurde er nach lebhafter Aussprache mit 24 gegen 15 Stimmen der Regierung zur Prüfung überwiesen mit der Forderung, dem Landtag im nächsten Jahre das Ergebnis dieser Prüfung mitzuteilen.

Ziegenzucht statt Klassenkampf bei den Christlichsozialen. Die christlichen Arbeiter verwerfen bekanntlich den Klassenkampf, die christlichen Gewerkschaften wenigstens in der Theorie, wenn sie ihn praktisch in gewissem Maße auch ausüben. Die katholischen Fachabteilungen, wie sie im Deutschen Reiche bestehen, dagegen lehnen ihn auch praktisch ab, indem sie vom Streik nichts wissen wollen. Indessen wäre es verkehrt, anzunehmen, daß die katholischen Arbeitervereine der Berliner Richtung, in denen diese Fachabteilungen zu Hause sind, nichts für die Arbeiter täten. Ihr Organ, der „Arbeiter“, bringt in seiner letzten Nummer einen Artikel über die Bedeutung der Ziege für den Arbeiterhaushalt und die Nachricht, daß in Erkenntnis dessen im katholischen Arbeiterverein Marienwerder ein Vortrag über die Bedeutung, die Pflege und Wartung der Ziege und im Anschluß daran die Gründung einer Ziegenzuchtgenossenschaft durch den Vorsitzenden der dortigen Fachabteilung erfolgt sei. Ueber den weiteren Verlauf dieser für die Arbeiterbewegung wichtigen Angelegenheit berichtet das Blatt:

„Im September v. J. trat die hiesige Genossenschaft dem westpreussischen Ziegenzuchtverein bei und erhielt sogleich einen raffechten Votus zugesandt. Ein wie großes Bedürfnis die Errichtung einer solchen Station für die hiesigen Arbeiter war, zeigt klar der Erfolg. Vor einigen Tagen brachte mir der Vorsitzende freudstrahlend die Liste der Ziegenbesitzer, die die Station während der verfloffenen drei Monate mit ihren Tieren in Anspruch genommen hatten: Es sind 89 (neunundachtzig) Arbeiter, Eigentümer oder Handwerker aufgeführt, ein Erfolg, an den wir kaum denken konnten. Damit ist gleichzeitig die höchste Ziegenzahl, die für eine Station zulässig ist, erreicht. Im nächsten Jahr werden wir uns noch ein weiteres Zuchttier kommen lassen müssen.“

Alle Achtung vor der Leistungsfähigkeit eines westpreussischen „raffechten Votus“, wie vor den Erfolgen der Ziegenzuchtgenossenschaft einer katholischen Fachabteilung — doch hegen wir einige Zweifel, daß derartige Bemühungen, selbst wenn sie den Segen der Bischöfe haben, geeignet sind, die Lage der Arbeiter wesentlich zu bessern. Vor der Ziegenmisch der frommen Denkart kapitulieren die Unternehmer nicht.

Aus dem Gerichtssaal.

Die eigenmächtige Umstellung der Weiche. Gelegentlich einer am 23. Oktober 1908 in Kriegsborn vorgenommenen Verschiebung hat der Weichenwächter Moiss k. in einem Augenblick, als eine Lokomotive außerhalb der Station war und auch ein Personenzug einfahren sollte, wodurch eine Gefahr eines Zusammenstoßes desselben mit dem Verschiebuzug nahe war, die Weiche für den Verschiebuzug umgestellt, ohne die Verschiebung selbst einzustellen.

Der Zug passierte die umgestellten Weiche und fuhr weiter etwa 40 Meter an den Pressbock, den er durchfuhr und Beschädigungen verursachte. Wegen der eigenmächtigen Umstellung der Weiche, ohne die Verschiebung einzustellen, wurde der Weichenwächter wegen Uebertretung nach § 432 angeklagt.

Das Bezirksgericht Römersdorf sprach den von Doktor Ambros aus Olmütz vertretenen Angeklagten frei mit der

Begründung, daß das Anfahren an den von der Weiche 40 Meter entfernten Pressbock eine Handlung für sich sei, die mit dem eigenmächtigen Umstellen der Weichen in keinem kausalen Zusammenhang stehe. Denn nicht jedes formelle Unrichtige Handeln unterliege dem Strafgesetze, da im Eisenbahnwesen Entscheidungen oft nur von Augenblicken abhängen, sondern nur ein solches, wo der Handlende den bösen Erfolg voraussehen muß, jedoch mit Rechtigen etwas tut oder unterläßt, woraus der Erfolg entsteht. Die Wahrheit dieser Gründe ist für die Eisenbahnangestellten von großer Wichtigkeit.

Zusammenstoß beim Verschieben. Am 9. Oktober v. J. nachmittags sollte in der Station Br.-Neustadt mit der Maschine des Zuges Nr. 256 ein vom Personenzug Nr. 38 auf ein Nebengleise abgestellter Postambulanzwagen an den ersten Zug angehoben werden, wonach die Fahrt nach Wien fortgesetzt werden sollte. Beim Anfahren der Maschine an den Postambulanzwagen es jedoch einen derart starken Anprall, daß drei Postbeamte leicht verletzt und die Gepäckstücke durcheinandergeworfen wurden.

Am 21. Jänner d. J. standen wegen dieses Vorfalles der Lokomotivführer Heinrich Kofka, der Heizer Lewolt und der Verschieber Windbichler vor dem Bezirksgerichte Br.-Neustadt unter Anklage der Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit. Heinrich Kofka, verteidigt durch Dr. Leopold Kay aus Wien, verantwortete sich dahin, daß das Gleise vor der Stelle, wo der Postambulanzwagen stand, eine starke Krümmung habe, daß er insbesondere wegen der eigenartigen Bauart des an der ritardaris fahrenden Maschine befindlichen Dienstwagens das Signal des Verschiebers nicht gesehen habe und den Postwagen erst im letzten Momente erblickte, als der Anprall nicht mehr zu vermeiden war.

Der Heizer Lewolt behauptete, aus dem gleichen Grunde den Postwagen nicht gesehen zu haben.

Der Verschieber Windbichler behauptete, die Signale dem Lokomotivführer sehr deutlich und rechtzeitig gegeben zu haben.

Die Verhandlung wurde von dem Bezirksrichter Dr. Golschmidt behufs Vornahme eines Lokalausgesehenes auf der Station Br.-Neustadt unterbrochen. Dieser Augenzeuge hatte kein greifbares Resultat, da ein Dienstwagen von der Type, wie sie am Unfalltage voran, nicht vorhanden war. Die durch die Gleiskrümmung gestörte Fernsicht wurde konstatiert. Nach dem Augenzeuge, bei welchem der Bezirksrichter das Versuchen der drei beschuldigten Eisenbahner mit großer Sorgfalt festzustellen bestrbt war, wurde die Verhandlung beim Bezirksgericht fortgesetzt, wobei der Sachverständige kaiserlich Rat Viehl trotz der vielfachen vom Bezirksrichter erhobenen Einwände ein den Beschuldigten günstiges Gutachten abgab.

Der Verteidiger Dr. Leopold Kay führte aus, daß der Zusammenstoß nur durch eine unglückliche Verkettung von Umständen erfolgte, für welche jedoch weder der Lokomotivführer noch die beiden anderen Beschuldigten verantwortlich seien.

Nach eingehender Uebertretung fielte der Bezirksrichter schließlich das Urteil, womit sämtliche Beschuldigten freigesprochen wurden.

Ein angeflagter Weichenwächter. Am 13. August v. J. um 2 Uhr 28 Minuten nachmittags fuhr eine Lokomotive vom Hauptbahnhof in Wartburg in das Heizhaus auf dem Rärntner Bahnhof. Auf der Maschine befand sich ein Herr mit einer Attentatsche. Die Maschine blieb auf der Ueberführung in der Triebstrasse stehen und der Herr stieg ab. Der dort befindliche Weichenwächter Franz Kobar hielt den Herrn mit der Attentatsche für einen Ingenieur, war durch das plötzliche Stehenbleiben der Lokomotive erschrocken, öffnete dem Herrn die Schranken und vergaß sie in seiner Aufregung wieder zu schließen. Kaum hatte sich die Maschine, welche den Herrn mit der Attentatsche gebracht hatte, wieder in Bewegung gesetzt, so kam die Lokomotive Nr. 113 mit einer angepöppelten Maschine vom Heizhaus, um auf den Hauptbahnhof zu fahren. Da die Schranke offen stand, fuhr ein Wagen mit zwei Fusaren im schnellen Laufe über das Gleise und stieß mit der Lokomotive Nr. 113 zusammen, wodurch ein Pferd getötet, einem Fusaren ein Arm gebrochen und ein Fusar leicht verletzt wurde. Kobar gibt an, daß er auch deswegen verwirrt wurde, weil er vorher eine Frau auf der Strecke Graspujen gesehen und sie nach dem Weiterfahren der ersten Maschine nicht mehr gesehen habe und der Meinung war, es sei bereits ein Unglück geschehen. Aus dem Zeugenvorhör geht hervor, daß die Dienstvorschriften an dem Unfall mitshuldig sind. Auch der übergroße Respekt Kobars vor den Ingenieuren war schuld an dessen Aufregung und der Meinung, er müsse die Schranken öffnen. Kobar, der sehr gut beleumundet ist und als ein gewissenhafter und verlässlicher Weichenwächter geschildert ist, jedoch vor Herren mit Attentatschen allzugroße Achtung hat, wird des Vergehens nach §§ 335 und 337 St.-G. schuldig erkannt und zu drei Wochen strengen Arrestes, verschärft mit einem Fasttage jede Woche, verurteilt.

Linj a. d. Donau. (Verurteilter Berleumder.) Der Verschieber Anton Kümmele hatte aus Nachsicht den Oberverschieber Genossen Plöckinger beschuldigt, Eisenbestände und dergleichen von der Bahn entwendet zu haben. Bei der am 14. Jänner d. J. beim k. k. Bezirksgericht in Linz stattgefundenen Verhandlung wurde der Verschieber Anton Kümmele wegen Verumdung zu acht Tagen strengen Arrestes verurteilt. Gleichzeitig wurde Kümmele auch aus dem Dienste der k. k. Staatsbahnen entlassen.

Streiflichter.

Eine gelbe Eisenbahnergewerkschaft. In der letzten Zeit wird das Streben der Unternehmer immer offenkundiger, als Mittel gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften sogenannte „gelbe“ Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Aus Frankreich importiert, wo diese auch gewerkschaften ein Sammelpunkt von Streikbrechern sind, die den Unternehmern in ihrer Not hilfreich zur Seite stehen, haben sie zunächst im Deutschen Reich Wurzel zu fassen versucht. So gründete bei den Eisenbahnen, um allen oppositionellen Regungen unter dem Personal entgegenzuwirken, 1897 der kasseler Direktionschef Ulrich einen „allgemeinen Eisenbahnverein“, der hauptsächlich Unterstützungszielen und geselligen Unterhaltungen gewidmet ist. Ähnliche Vereine wurden dann unter der Leitung der Direktoren in fast allen Direktionsbezirken ins Leben gerufen und die Bediensteten und Arbeiter zum Eintritt einfach kommandiert! Diese Vereine, die anfangs bereits 170.000 Mitglieder zählten, vereinigten sich im Jahre 1904 zu einem Bunde preussischer Eisenbahnvereine und umfassen heute die respektable Zahl von 400.000 Mitgliedern. Dieser Verband ist die Stütze der Eisenbahnverwaltung und erhielt vor nicht langer Zeit über einen Antrag des Eisenbahnministers im preussischen Landtag ein Geschenk von drei Millionen Mark aus Staatsmitteln als Lohn für „gute politische Gesinnung“. Wie es mit der Interessenvertretung des Personals in einer unter der Führung der Eisenbahndirektoren stehenden Vereinigung naturgemäß aussieht, braucht wohl nicht erst auseinandergelegt zu werden.

Ein Geschenk, welches sehr lebhaft an das genannte Entgegenkommen der preussischen Eisenbahnverwaltung dem gelben „allgemeinen Eisenbahnverein“ gegenüber erinnert, hat nun auch die Südbahnverwaltung dem sogenannten Weixner-Verein gegenüber beklundet. Ein Drei-Millionen-Geschenk ist es natürlich nicht, so splendid ist die Südbahn nicht — aber immerhin verdient der fol-

gende Erlaß im Amtsblatt der Generaldirektion der Südbahn, daß man darüber reiflich nachdenkt. Er lautet: Nr. 11.046/8.

In alle Herren Dienstabteilungen, Betriebsinspektors- und Lokalvorstände der österreichischen Linien der Südbahn samt Nebenlinien.

Personalangelegenheiten.

Einhebung der Mitgliedsbeiträge für den Reichsverband österreichischer Eisenbahner in Wien.

Dem Reichsverband österreichischer Eisenbahner in Wien wurde für seine an unseren österreichischen Linien gelegenen Ortsgruppen vom 1. Februar l. J. ab die Einhebung der Mitgliedsbeiträge durch Anrechnung mittelst Gilgutfahrten unter der Bedingung zugestanden, daß dieser Verband die Verpflichtung übernimmt, die von den Stationskassen als Wertpapiere zu führenden Coupons unter allen Umständen mit Schluß des betreffenden Rechnungsmonats zu ordnen, bennach etwa uneinbringlich gewesene Beträge durch die Bevollmächtigten seiner Ortsgruppe zur Bereinigung der Stationskassen zuverlässig mit Ende eines Rechnungsmonats zu berichtigen.

Die Vorstände jener Stationen, in welchen sich eine Ortsgruppe des genannten Verbandes befindet, haben an deren Bevollmächtigten gegebenenfalls gegen Empfangnahme der Konfirmation samt Coupons die in der Konfirmation ausgewiesenen Beträge auszuführen und diese Beträge unter Anschluß der Konfirmation samt Coupon mittelst Gilgutfahrten jenen Stationen zurechnen zu lassen, in welchen die Einhebung zu erfolgen hat.

Sollte ein derartig zugerechneter Betrag von dem betreffenden Bediensteten uneinbringlich sein, so ist dieser Betrag jener Station, von welcher er zugerechnet wurde, zuzurechnen und hat letztere den Bevollmächtigten der Ortsgruppe des genannten Verbandes anzufragen, diesen Betrag zu erlegen. Der oben erwähnte Verband hat endlich den einzelnen Stationen das Domizil seiner Ortsgruppen, beziehungsweise die Namen der Bevollmächtigten bekanntzugeben.

Hierzu wollen Sie das Ihnen unterstehende Personal entsprechend verständigen.

Wien, am 11. Jänner 1909.

Die administrative Direktion: Kaiserl. m. p.

Jedenfalls schätzt die Südbahnverwaltung den so marktschreierisch zur Schau getragenen Radikalismus der „Weißnerianer“ richtig ein, wenn sie den „Reichsverband“ so liebevoll bemutternd unter ihre Fittiche nimmt. Damit der „Reichsverband“ Eisenbahnerinteressen gegen die Interessen der Aktionäre vertreten kann, fordert die Südbahnverwaltung in einer offiziellen Kundgebung alle Vorstände auf, hierfür das Geld einzuheben zu helfen. So ungefährlich also sieht die Sache aus, wie wenn die österreichische Regierung einen Erlaß herausgibt, daß alle Kanonen an Serbien auszuliefern sind. Hoffentlich zeigen sich die Herren Weißnerianer durch „braves Verhalten“ auch in der Zukunft der „guten Sittennot“ für würdig. Interessant wäre es aber immerhin, zu wissen, ob die Südbahnverwaltung auch für einen sozialdemokratischen Verein „von Amts wegen“ die Beiträge einheben würde? Sollte da nicht der römische Rechtsgrundsatz gelten: Quod licet jovi, non licet bovi.

Offener Brief an die k. k. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen. Die k. k. Generalinspektion hat in Wien bei der privilegierten österreichisch-ungarischen Staatsbahn-Gesellschaft unter anderem auch alle Räumlichkeiten inspiziert und der Staatsbahn-Gesellschaft nebst anderem auch den Auftrag erteilt, alle Räumlichkeiten, in denen Schreibarbeiten verrichtet werden, mit Heizung einzurichten. Seit dieser Inspektion sind mehr als zwei Jahre verstrichen und noch hat sich die Staatsbahn-Gesellschaft nicht veranlaßt gefühlt, dem Auftrag der k. k. Generalinspektion überall nachzukommen, so daß im Frachtmagazin in Stadlau die Schreibarbeiten genötigten Organe diese Arbeiten bei der gegenwärtig herrschenden Kälte bis zu 12 Grad in einem ungeheizten Raum verrichten müssen.

Nachdem die k. k. Generalinspektion gewiß Gewicht darauf legen wird, daß ihren Aufträgen auch nachgekommen wird, die Staatsbahn-Gesellschaft gewiß nicht mehr daran denkt, diesem Auftrag auch in Stadlau nachzukommen, wird die k. k. Generalinspektion höchlichst erjuchet, die Staatsbahn-Gesellschaft zur endlichen Durchführung des Auftrages nachdrücklich zu bewegen. Das Personal in Stadlau.

Aus Wagenausschereisen der Staatsbahn-Gesellschaft schreibt man uns: Wie zutreffend der Artikel in der Nr. 2 des „Eisenbahner“ über Herrn Inspektor Zezula war, beweist, daß der Herr nun doch Oberinspektor geworden ist. Die Wagenausschereisen der St. E. G., speziell die der III. Sektion, hoffen nun, daß der Herr Oberinspektor Zezula die ihm verliehene Macht für die Wagenausschereisen im günstigen Sinne anwendet, denn, wenn er schon als Inspektor einen Direktionserlaß (Bewilligung der Prämierung bei den fremden Wagen) außer Kraft setzen konnte, wie leicht muß es ihm dann als Zugförderungschef erst sein, für die Wagenausschereisen etwas Gutes zu tun. In einer Zeit, wo der gesteigerte Verkehr an einen jeden die größten Anforderungen stellt und wo man in Erkenntnis dessen schon vielen Kategorien 12 Stunden Dienst und 24 Stunden frei gegeben, hat man auf die Wagenausschereisen ganz vergessen. Und doch ist der Dienst der Wagenausschereisen kein leichter, bei jeder Witterung, bei Tag und Nacht muß er am Posten sein und wehe ihm, wenn er etwas übersieht; über das kleinste Vergehen kommen dann ellenlange Recherchen, Techniker und Ingenieure folgen zu Gericht. Während nun bei der k. k. Staatsbahn die Wagenausschereisen, deren Fortkommen durch die Einreihung in eine höhere Dienstklasse sich gebessert hat und außerdem noch eine Nachdienstzulage im Betrage von 1 Kr. gewährt wurde, denkt bei uns niemand auf die Wagenausschereisen. Hier, Herr Oberinspektor Zezula, wäre ein Feld für Ihre Tätigkeit, um zu zeigen, welche Macht Sie besitzen und wenn Sie dieser schon so lange zurückgesetzten Kategorie zu ihrem Rechte verhelfen, so würden die gesamten Wagenausschereisen der St. E. G. und speziell der III. Sektion dankbar zu Ihnen aufblicken, als zu einem Manne, der auch ein Verständnis für die Leiden dieser Kategorie hat. Daß unsere Kategorie gegenüber allen anderen zurückgesetzt ist, liegt wohl an den Wagenausschereisen selbst. Anstatt sich der einzig richtigen Organisation, dem Allgemeinen Rechtsschutz anzuschließen, laufen sie lieber den Christlichsozialen nach und gründen Klubs, denen die Abhaltung eines Balles wichtiger ist als die Erlämpfung erster Forderungen. Darum rufen wir allen Wagenausschereisen der St. E. G. zu: Organisiert euch, Mann für Mann, dann werden wir auch umstande sein, das zu erlangen, was uns schon lange gebührt.

„Die blutigen Eisenbahnerkreuzer“ machen Schule. Nicht nur mehr die bösen Sozialdemokraten nehmen den armen Eisenbahnbediensteten ihre „blutigen Kreuzer“ ab, sondern auch die deutschen Medien bemühen sich im Schweiße ihres Angesichts so viel als möglich „herauszupressen“. Freilich muß es den Eisenbahnbediensteten selbst überlassen bleiben, zu erwägen, wo man ihre Beiträge mehr in ihrem Interesse verwendet, welche Organisation für sie mehr bedeutet und da muß man schon sagen, daß sie der sozialdemokratischen Organisation mehr Vertrauen entgegenbringen und sie freiwillig das leisten, das sie braucht, um ihre Interessen zu wahren, um den Kampf für Verbesserung ihrer Lage zu führen und sie von den Uebergriffen der Bahnverwaltungen sowie vor verschiedenen Unannehmlichkeiten zu schützen und ihre Rechte zu wahren.

Die Herren Deutschen, die bei jeder Gelegenheit immer so viel über den Terrorismus der Sozialdemokraten schreiben, sind es selbst, die die Bediensteten mit allen unerlaubten Mitteln, ihre überordnete Stellung mißbrauchend, zum Beitritt zum „Reichsbund“ pressen und nach dem Grundsatz: „Folgst du nicht willig, so brauche ich Gewalt!“ die Mitgliedsbeiträge dadurch eintreiben, daß sie dieselben bei den Lohn- und Gehaltsauszahlungen durch den Kassier einfach in Abzug bringen lassen.

Vor uns liegt ein Lohnzettel der De. N. W. B. und da sehen wir zu unserem Erstaunen, daß unten nach der Rubrik „Zahlungsbetrag laut Lohnliste“, dem noch die Abzüge für die Sterbekasse und Lebensmittelmagazin folgen, die Rubrik: „Auszahlender Betrag“ mit einem Klebezettel überklebt ist, welcher folgenden Ausdruck trägt:

Table with 2 columns: Description and Amount. Row 1: Verein Reichsbund der Eisenbahner Mitgliedsbeitrag 1. Row 2: Auszahlender Betrag: (blank)

Man sieht, daß sich die Herren Reichsbändler die Eintreibung der Mitglieder sehr bequem machen. Diese Methode muß als sehr sicher genannt werden, die jedenfalls berechtigte Frage ist es aber, ob diese amtlichen Abzüge mit Wissen und Bewilligung der Verwaltung der De. N. W. B. geschehen.

Es wäre sehr interessant zu erfahren, ob Herr Sektionschef Dr. Zehetner ebenfalls solche Vorliebe für den „Reichsbund“ an den Tag legt, wie Herr Hofrat Dr. v. Eger für den „Weißner Reichsverband“, dem jüngst die Einhebung der Mitgliedsbeiträge durch Zufartierung bewilligt wurden.

Jedenfalls ist diese Art der Einhebung der Mitgliedsbeiträge für die guten Beziehungen der „Reichsbändler“ mit der Verwaltung sehr bezeichnend. Oder handeln die Herren Beamten und Gönner des „Reichsbundes“ auf eigene Faust?

Aus dem Reiche Drathschnid. Die k. k. Staatsbahndirektion J n n s b r u d scheint es sich zur Aufgabe zu machen, den Oberbauarbeitern und allen im Taglohn Stehenden das bisherige Patriotismus, das durch verschiedene Hoffnungen auf das Jubeljahr künstlich eingepreßt wurde, gründlich auszureiben. Die Staatsbahndirektion J n n s b r u d, von jeher bekannt durch große Versprechen, die nie durchgeführt werden, fängt mit jeder Gehaltsaufbesserung von oben an und hört nach unten mit Versprechen auf. Doch weder mit Versprechungen noch mit Jubiläumsmedaillen kann dem knurrenden Magen des Arbeiters geholfen werden, im Gegenteil. Durch Nichtberücksichtigung seiner schlechten Lage wird selbst der bravste Arbeiter erbittert, um so mehr, da infolge der allgemeinen Teuerung der Taglohn von Kr. 2.40 zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse für seine Familie nicht ausreicht. Um die Aufregung dieser Bahnflaven zu begreifen, lassen wir ein Beispiel folgen. Ein Bahnarbeiter hat Kr. 2.40 Taglohn und soll damit seine fünfköpfige Familie erhalten.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include: Wohnung (1 Zimmer, 1 Küche) monatlicher Zins, Heizung und Beleuchtung monatlich, Milch monatlich, Lebensmittel aus dem Konsumverein monatlich, Brot per Monat, 15 Laib à 40 H., monatlich, Fleisch und Fette monatlich, Abzug für Provisionsfonds und Krankenkasse, Für 30 Arbeitstage à Kr. 2.40, Defizit.

Dabei ist weder für Schuhe, Kleidung, Wäsche, Schulrequisiten noch dergleichen eine Post eingeseht. Muß nun ein Kleidungsstück für ein Familienmitglied angekauft werden, so muß dies selbstredend durch die übrigen Tischgenossen erhungert werden.

Kein rechtlich denkender und fühlender Mensch wird sich darüber wundern, wenn so ein darben der Familienvater aus Verzweiflung sich in derben Worten gegen seine Unterdrücker wendet und das sogenannte Jubeljahr mit samt der angelegentlichsten Gehaltsaufbesserung als infamen Schwindel bezeichnet.

Oder sollen sich die Leute beruhigen, wenn von zirka 100 Arbeitern nur einzelne der sogenannten ständigen Arbeiter eine kleine Lohnerhöhung erhielten, während die anderen, die so und so viele Jahre bereits im Dienste der Bahn sind, leer ausgehen? Die Herren bei der J n n s b r u d Direktion, die oft manchen Tag mehr für Zigarren ausgeben als wir Taglohn haben, werden auch bei dieser Gehaltsregulierung gut abgeschnitten haben, doch für die Taglohnarbeiter ist nichts übrig geblieben, wir sollen wieder warten, bis wir vor Hoffen und Warten grau werden und mit unseren Familien vor Not und Elend zugrundegehen.

Welch großes Unrecht wird da unter dem Regime des allerchristlichen Herrn v. Drathschnid an den Arbeitern der Staatsbahndirektion J n n s b r u d verübt.

Zur Wahl der Personalkommission auf der Südbahn. Die Personalkommission bei der Südbahn ist wieder neu gewählt und nun werden sich die Bediensteten aller Kategorien von ihren Vertretern die glänzendsten Versprechungen machen, daß endlich die in dem Zirkulare 385 enthaltenen Forderungen sowie die übrigen versprochenen Reformen bei einzelnen Dienstabteilungen ihrer Erledigung zugeführt werden. In diesem Sinne und so ähnlich hört man jetzt schon sprechen. Aber die Genossen der Südbahn sollen sich nicht einseitig in diesem Jubel wiegen, sondern sollen sich nicht ihren frohen Hoffnungen auch damit befassen, auf welche Art es ihren Vertretern möglich sein wird, den Anforderungen und Wünschen gerecht werden zu können. Zudem müssen wir in allererster Linie sagen: „Die gesamte Eisenbahnerschaft wird mit allem Ernst und zwar stramm zu ihrer Organisation halten müssen, ja sogar noch viel ernster als je, denn schon machen sich in letzterer Zeit Anzeichen bemerkbar, daß die Herren Lokalvorstände gar nicht gewillt sind, soziale Reformen einzuführen. So zum Beispiel spreizen sich die Herren Stationsvorstände bis zur Stunde mit Haut und Haar, den 24stündigen

Dienst bei den Magazinsarbeitern abzuschaffen, weiters hat die Bahndirektion in letzter Zeit ein förmliches Scheinmandat aufgeführt mit der Regelung der Dienstzeit bei den Wächtern und Ablöswächtern. Prognostisch hat die Direktion das Gesicht der Mürtzaler Oberbauarbeiter um Erlangung der Lebensmittel-freigabe abgewiesen, trotzdem diese armen Leute mit ihren Hungerlöhnen in einer Gegend leben, wo alles teurer ist als wie in Wien. Die Maschinenabteilung betreibt bei den Lokomotiv-auspugern in den Zwischenstationen teilweise noch den 24stündigen Dienst und bei dem Lokomotivpersonal versuchen die Inspektorspersonen auf Grund oberster Direktiven Dienstturnusse mit bedeutend mehr Dienst einzuführen. Bei einzelnen uns vorliegenden Dienstturnussen machen Leute sogar 60 und nahezu 70 Prozent Dienst. Nebenbei gehen einzelne Herren daran, an den Lokomotiv-führern und Lokomotivführeramwärttern wegen jeder Kleinigkeit, ja sogar wegen Vorurteilen voran diese Herren, Koffer gegen die Verhältnisse selbst mitschuldig find, mit Strafen und Schikanen vorzugehen. Alles das scheint darauf hinzuzuführen, den einen oder den anderen Bediensteten diese wenigen Heller, welche er zugebeißert bekam oder durch die Regulierung zu erwarten hat, mit übertriebenen Strafen wiederum wegzunehmen. Auch die Behandlungsweise von einzelnen Vorgesetzten nehmen einen Charakter an, welches jeder Moral spottet, und entnehme wir heute schon aus den Ausdrücken einzelner Vorgesetzter, daß sie auch die gewählten Vertreter der Bediensteten ganz einfach ignorieren wollen. So zum Beispiel soll anlässlich einer dienstlichen Aussprache eines Lokomotivführers in Neustadt, wo auf eine Intervention unserer Personalkommission verwiesen wurde, der Herr L u h i gesagt haben: Was geht mich der Beer an, der kann mich gern haben. Das ist der Bildungsgrad eines Herrn Heizhauschefs. Die Namen dieser einzelnen Herren hier zu nennen glauben wir, daß es auf Grund ihres Bekanntheitskreises nicht nötig ist, werden uns aber im Erfordernisfall damit befassen. Das Maschinenpersonal hat in letzter Zeit schon ziemlich harte geschluckt und dürfte auch die Zeit zur Abrechnung kommen. Bei unserer heutigen Kritik können wir auch die Verkehrsabteilung mit ihren in allen Winkeln aufgestellten Verkehrskontrollen nicht außer acht lassen und fragen an, wie lange sie noch die 24stündige Dienstzeit bei den Lampisten aufrecht zu erhalten gedenkt. Die diversen vorliegenden Berichte und Beschwerden veranlassen uns die Genossen aufzufordern, alle Vorurteile sowie ungerechtfertigten Strafen und brutalen Behandlungsweisen uns zu berichten, eventuell ihren Vertretern mitzuteilen, um dagegen das Gelegentlichste veranlassen zu können. Halten Sie fest zu ihrer Organisation, den alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir eher einen Krieg als wie den Frieden zu erwarten haben.

Von den Streckenwächtern Briinn-Lundenburg. Auf dieser Hauptstrecke verkehren täglich außer den Erfordernis- und Materialzügen noch 26 reguläre Züge in kurzen Intervallen. Der Dienst der Wächter und Aushilfs-wächter ist ein 16stündiger, mit darauffolgender achttün-diger Ruhezeit und täglich einmaliger Streckenbegehung. Die Ruhezeit der Aushilfsstreckenwächter wird noch durch den oft bis zu einer Stunde weit entfernten Wohnort zweimal täglich um je eine Stunde gefürt. In seinem Heim angekommen, sind wiederum häusliche Arbeiten zu verrichten, so daß nur wenige Stunden auf die so not-wendige Ruhe entfallen. Der Streckenwächter in seinem Wächterhaus darf selbst in der dienstfreien Zeit seine Wohnung ohne Erlaubnis nicht verlassen, nicht einmal ins nächste Dorf gehen, um vielleicht notwendige Einkäufe für die Familie zu besorgen. Der reine Kettenhund. Sollte sich ein Wächter gar unterstellen, während der Dienstzeit kleine häusliche Arbeiten zu verrichten und wird er dabei vom Bahnmeister oder dem Aspiranten erwischt, dann folgt Strafe. Infolge dessen kommen die Strecken- und Ablöswächter nur halb ausgeruht und noch müde an den Dienstort, um den aufreibenden Dienst anzutreten. Kaum dort angekommen, muß er die 1000 bis 1800 Meter lange Strecke begehren. Unterwegs hört er das Signal eines avisierten Zuges, der zwar in der Fahrordnung enthalten ist, doch nur nach Erfordernis verkehrt. Schnell zurück auf seinen Posten. Nachdem der Zug vorüber ist, wieder hinaus auf die Strecke, hier und dort Schrauben und Nägel an-ziehen, bis das nächste Signal den Streckenwächter zum Posten zurückruft. Ein ewiges Hasten und Jagen. Unter solchen Umständen darf es keinen Menschen, der solchen Dienst kennt, wundern, wenn der abgehegte Wächter sich auf eine Bank zur Ruhe setzt und vor Müdigkeit ein-schlüft. In dieser Zeit kann der Zug kommen und das Un-glück ist geschehen. Der Wächter wandert in den Arrest, seine Familie ist brotlos. Wenn ein vernünftiger Mensch, sei er nun Eisenbahner oder nicht, die Fahrordnung sowie die Diensterteilung und die Streckenbegehung der Strecken-wächter auf der Strecke Briinn-Lundenburg mit Sorgfalt durchlesen wird, so muß er sich sagen, daß hier Leistungen verlangt werden, die bereits die Grenze der Möglich-keit überschreiten.

Das reisende Publikum wäre in erster Linie dazu berufen, schon im Interesse der persönlichen Sicherheit, hier ein ernstes Wort zu reden und zu fordern, daß nur wirklich ausgeruhte und dienstfähige Wächter den be-schwerlichen Dienst versehen dürfen. Die Strecken- und Ablöswächter werden aber ins solange keine Verbesserung ihrer dienstlichen Angelegenheiten erreichen können, bis sie sich endlich ermannen und durch eine feste Organisation das erreichen, was man dem einzelnen trotz aller Bitten und Versprechen nicht geben will.

Korrespondenzen.

Reichenberg. Die Dienstkommandierung und Abisierung durch den Verkehrsabjunkten Müller in der Station Reichen-berg läßt viel zu wünschen übrig. Kaum daß die Zugsparte zu Hause angekommen und im Bett liegt, kommt ein Türsteher mit einem Aviso für den nächsten Tag. Nach einigen Stunden trommelt es wiederum an Fenster und Türen, der Türsteher ist nochmals gekommen und verständig sämtliche in allen Rich-tungen der Stadt wohnende Bedienstete, daß die Zugsparte nicht zu kommen braucht.

Beil kein Glöckenzug vorhanden ist, muß das ganze Haus alarmiert werden. Nach vielem Klopfen und Suchen ist endlich die Wohnung des Gesuchten gefunden, doch ist der Mann schon lang im Dienst und wird von seinen Angehörigen stündlich erwartet. Gereizt durch die unliebsame Störung, wird oft der Sendbote mit nicht gerade schmeichelhaften Worten für seinen Auftrag-geber Herrn Müller reichlich bebadet. Ueberhaupt scheinen die Türsteher in der Station als Wächter für alles verwendet zu werden. Trafen wir doch vor kurzem einen Türsteher in einem Geschäft, wo er für die Manipulantin Fräulein H e l l i g e r um 4 S. Hefe, 6 S. geriebenen Mohr und 6 S. Pfefferluchen unter dem spöttischen Gesicht der anwesenden Frauen einkaufte. Ob dieser Bahnbediensete für dieses Fräulein auch noch das Köchen und Geschirrabwaschen besorgen muß, wissen wir nicht. Zimmer-lin ist es bedenklich, wenn alte Bedienstete zu solchen Gängen herangezogen werden.

Jägerndorf. Die Bediensteten und Arbeiter in der Station Jägerndorf wissen gar nicht, wie fürsorglich der dortige Bahnbetriebsamtsvorstand Herr Otto G i s m a n n ist, was fol-gendes Schreiben, welches in der Station Jägerndorf affiziert war, beweist. Dasselbe lautet:

P. T.

Der Oberbauarbeiter Josef Bernad ist vor Jahresfrist an einem unheilbaren Leiden erkrankt, er verliert nun auch die Krankenkaufunterstützungen und ist mit seinen vier unterforzten Kindern der größten Not preisgegeben, weil er für immer arbeitsunfähig und dem Provisionsfonds nicht angehört.

Mit kurzen Unterbrechungen ist er 18 Jahre als Ausführlingsbremser gefahren und alle älteren Bediensteten des Bahndienstes werden gewiß dieses schlichten, braven Mannes gedenken, der stets getreu seinen Berufspflichten nachgekommen ist.

Wohl hat der Geringste bei unserem Herrn Hofrat, beziehungsweise Direktor persönlich Schritte unternommen, damit ihm eine jährliche Grabadengabe ausbezahlt wird, doch ist bis zur Erledigung für den Kermis eine Unterstützung allerdingens nötig.

Ich bitte deshalb alle Bediensteten, und sei es die kleinste Spende, am Altar der werktätigen Nächstenliebe zu opfern, um uns so in Förderung dieser edlen Sache zu eilen.

Geldspenden werden vom Kassisten Herrn Waldemann bis zum 5. d. M. entgegengenommen und in einem aufgelegten Vogen vertragen. Das Spendenverzeichnis nebst Bestätigung des Empfängers wird seinerzeit im Kurendenbuch veröffentlicht.

Jägerndorf, am 12. Jänner 1909.
Dito Gismann.

Wir wollen nur loben, wenn ein Beamter, und speziell ein Vorstand, um die ihm untergebenen Bediensteten besorgt ist, was Herr Gismann auch durch seine Fürbitte dokumentieren wollte.

Doch, Herr Gismann, legen Sie die Hand aufs Herz und fragen Sie sich selbst, wer an der Not des Arbeiters Bernad samt dessen Familie die Schuld trägt und da werden Sie selbst zugeben müssen, daß es sonst niemand als der Herr Vorstand der Station Jägerndorf ist.

Da der Herr Vorstand in dem Schreiben selbst zugibt, daß der Arbeiter Bernad ein schlächter, braver Mann war und derselbe bereits 18 Jahre als Ausführlingsbremser gefahren ist und mühen dem Herrn Vorstand direkt unterstellt gewesen ist, wenn da nur ein Funke Fürsorge für das Personal in Herrn Vorstand gemeint hätte, so hätten Sie denselben sogleich nach einjähriger Dienzeit dem Provisionsfonds zuführen müssen und dem Arbeiter samt seiner Familie blieb heute das größte Elend erspart. Die begangenen Fehler zeigen sich immer und überall.

Teischn. (Oesterreichische Nordwestbahn.) Wir haben in unserer Nr. 1 vom 1. Jänner 1909 uns mit dem deutschnationalen Agitator Herrn Maschinenmeister Porstorferturz befaßt, in der Erwartung, daß dessen Umgangsformen mit der Zeit sich ändern werden. Herr Porstorferturz scheint ganz vergessen zu haben, daß er selbst an seiner eigenen Person empfinden mußte, was ein rachsüchtiger und bösariger Vorgesetzter arrangierte, um ihn das Leben und den Dienst ja recht schwer zu machen. Also hören wir.

Vor Jahren herrschten im Weizhaus Reichenberg schreckliche Zustände, die auch zu jener Zeit im „Eisenbahner“ kritisiert wurden. Der Verdacht, den Artikel damals an den „Eisenbahner“ geendet zu haben, richtete sich gegen den damaligen Lokomotivführer Porstorferturz und die Witwe des Lokomotivführers Walfitz war einfach grenzenlos. Nicht nur, daß man Porstorferturz damals die schlechteste Maschine gab, für alle vorgefundenen Mängel verantwortlich machte, man beschuldigte auch ihn und seine Frau mehrerer Verbrechen.

Die Folge davon war die strafweise Verlegung nach Groß-Wosfel. Seiner Frau, einer Tischlerin von Geburt, war diese Verlegung erträglich, nicht aber Herrn Porstorferturz. Er ging zum Weizhausleiter Streizig, dieser schickte Porstorferturz zum Inspektor, der unter anderem sagte: „Wenn Sie sich zwei Jahre in Wosfel brav aufführen, vor allem aber Ihren aufbrauenden Charakter beherrschen lernen, dann können Sie wieder um Verlegung ansuchen.“ Herr Porstorferturz wurde brav, denn als er nach Teischn kam, war er deutschnational. Auch in Teischn war nicht alles in Ordnung. Man munkelte von einer Frau, die jenseits der deutschen Sprachgrenze das edle Gewerbe der Gänsezucht betrieben habe und durch anonyme Briefe wurde angedeutet, daß ein Maschinenführer zu wiederholtenmalen einige Prachtexemplare dieser Geflügelart an den Maschinenführer spendiert haben sollte. Diese und andere Epiloben, von denen wir vordem ganz schweigen wollen, dürften auf das Gemüt des Herrn Porstorferturz sehr stark eingewirkt haben, deshalb die beständige Aufregung.

Krems an der Donau. Eine sonderbare Auffassung von allgemeiner Volksbildung und sachlicher Ausbildung haben einige Bahnbedienstete in Krems, die durch das Lesen von Tratschbüchern à la „Gyrablat“, „Arbeiter-Zeitung“ und dergleichen ihr allgemeines Wissen zu bereichern suchen. Ist es nicht eine Schmach, wenn der indifferente Arbeiter, also ein Mensch, der fern von dem wirtschaftlichen und politischen Kampfe steht, derartige arbeiterfeindliche Blätter liest und unterwirft, so ist es eines organisierten Eisenbahners geradezu unwürdig, direkt gegenwärtige Zeitungen zu kaufen oder zu unterstützen. Wir glauben, daß die Anzahl der Arbeiterblätter ausreicht, um eine entsprechende Auswahl zu treffen; überdies verfügen wir heute schon über eine reichhaltige Literatur in unseren Bibliotheken, deren eifrige Benutzung jedem organisierten Eisenbahner bestens empfohlen wird. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse.

Bad Ischl. (Zu alt!) Nicht leicht ein Wort wirkt so entnützend auf die Arbeiter als dieses „zu alt“. Eine Anzahl von Wächtersubstituten der k. k. Staatsbahnen verrichtet heute den Dienst ohne jede Aussicht, jemals Wächter werden zu können, weil sie bereits die Altersgrenze überschritten haben. Wir wollen die Gründe hierfür nicht näher untersuchen, doch das schreiende Unrecht, das an diesen armen Teufeln begangen wird, den Lesern zur Beurteilung übergeben.

Sind nicht jene Arbeiter, welche den Dienst schon Jahre hindurch versehen, die Beschäftigten, um so mehr, da doch erfahrenere Substituten die beste Gewähr für die Sicherheit des Betriebes bieten. Wenn nun diese Leute zu alt sind und dadurch angeblich die Sicherheit gefährdet erscheint, warum läßt man trotzdem diese zu alten Substituten zum Dienst zu? Hier liegt eben das Unrecht. Erst läßt man diese Leute jahrelang auf der Staatsbahn arbeiten, mit der Hoffnung, später einmal definitiv zu werden, nach Jahren sagt man: er ist zu alt. Woher sollen junge Leute, die bei der Bahn eintreten, den Dienstleister berechnen, wenn sie sehen, daß die alten Arbeiter keine Aussicht haben? Was soll die Arbeiter antworten, wenn dieselben von der Anstellung ausgeschlossen werden? Hier eine gerechte Regel zu finden, ist eine notwendige Pflicht der k. k. Staatsbahnverwaltung, hierfür einzutreten, eine Pflicht der Arbeiterausschüsse.

Friedel-Mistel. Von unserer Station möchte man glauben, daß alles in bester Ordnung ist, da selten etwas in die Öffentlichkeit gelangt. Doch ist es anders. Sogleich im neuen Jahre wurde nämlich in allen Stationen wie gewöhnlich das Fahrgehalt für Monat Dezember 1908 am 4., 5. oder 6. Jänner für das Fahrpersonal ausgezahlt. Unser Herr Stellvertreter Emil Guzeil stellte sich dagegen und traf die Verfügung, das Fahrgehalt erst am 15. Jänner 1909 auszuzahlen. Als das Personal am 15. Jänner zu der Fahrgehaltsauszahlung erschien, mußte es die bittere Enttäuschung erfahren, daß keine Auszahlung stattfindet, indem die Listen, welche zur Direktion abgegangen, noch nicht zurückgeliefert waren, folgedessen auch nicht ausgezahlt wurde.

Auf diese Antwort wurde selbiges Personal beim hiesigen Stationsvorstand Herrn Pavlik vorstellig, um eventuell einen Vorstoß zu erbitten; doch erhielt dasselbe die Antwort, er könne keinen Vorstoß geben.

Auf diese Weise war das Personal gezwungen, eine Depesche an die löbliche Nordbahndirektion zu schicken. Und tatsächlich erhielt das Fahrpersonal am 16. Jänner 1909 vormittags einen

Vorstoß, welcher nach der Höhe des verdienten Fahrgehaltes bemessen wurde.

Nachdem Herrn Stellvertreter Guzeil von einigen Zugbegleitern bemerkt wurde, daß in anderen Stationen am 2., 5. oder 6. Jänner schon die Auszahlung stattgefunden hat, gab derselbe die Antwort: „Was geht mich die anderen Stationen an; ich mache, was ich will.“

Daß die Fahrgehaltsauszahlung in der hiesigen Station so spät und in Form eines Vorstoßes vollzogen wurde, ist Schuld der hiesigen Stationsleitung, da der Herr Stationsvorstand, welcher auch zugleich Bürgermeister ist, eben mehr in der Gemeindefürsorge als am Bahnhof sich aufhält und Herrn Stellvertreter Emil Guzeil schalten und walten läßt, wie er will.

Wir treten daher mit der Bitte an eine löbliche Nordbahndirektion heran, dem Stationsleiter den Auftrag zu geben, pünktlich und an einem bestimmten Tage auszuzahlen, damit sich das Personal am Bahnhof nicht herumschlagen muß.

Der größte Teil des Personals aber hegt den Wunsch, daß Herr Vorstand Pavlik in seine wohlverdiente Pension geht!

Lienz. (Endlich erfüllt!) Mit diesem angenehmen Gefühl haben die hiesigen Magazinmeister aufgetaucht, als ihr Vorgesetzter, der bei dem Stationspersonal zur Genüge bekannte Magazinmeister am vorigen Samstag den längst verdienten Lohn bekam. Einige Jahre war es dem Manne vergönnt, hier seine geradezu staunenswerte Unfähigkeit auszuüben und dabei seinen Untergebenen kein höchst ungemütlicher Vorgesetzter zu sein. Die zahlreichen Charaktereigenschaften dieses Mannes brachte schon dessen Wäbelwagen bei seiner Verlegung nach Lienz außen angeschlagen mit. Es war keine bloße Verleumdung, was damals unbekannte Eisenbahner mit großen Lettern an den Wagen schrieben. Die Magazinmeister konnten sich bald und nur zu oft von der Wahrheit dieses seltsamen Wais überzeugen. Hansmann, der sich bei der kleinsten schriftlichen Arbeit schon nicht mehr zu helfen wußte, verfiel aber dafür seine Untergebenen nicht bloß ausgiebig und grundlos zu schimpfen, sondern auch mit den kühnsten Steuereinnahmen anzuschreiben. Auch die Tugenden, Arbeiter bravlos zu machen, soll ihm eigen gewesen sein. Unter diesem Magazinmeister hatte auch der Bretterverleger Arbeitsteil in viel zu leiden. Hansmann, der, soviel wir wissen, kinderlos ist und nebst seinem Gehalt in Steiermark ein Ansehen besitzt, vergönnte dem armen Teufel nicht einmal die blutigen Kreuzer für die schwere Arbeit des Bretterverlegers. Und wo es nur ging, trachtete er, dessen sauren Verdienst zu schmälern. Auch bei Wärtinnen, wo oft viel Vieh verladen wird, verstand es der würdige Patron, seine Stellung für den eigenen, unerfülllichen Geldbeutel gehörig auszunutzen. Ja selbst für das Verarbeiten und Ausfüllen der Frachtbriefe ließ er sich, wie Augenzeugen beweisen können, oft von den unwissenden Baurerleuten 1 Kr. und noch mehr bezahlen. Dieses Treiben ging so jahrelang ungestraft dahin, doch schließlich schlug auch diesem scheußlichen Immen Erdenskind die letzte Dienstestunde, als er sich soweit erfreute, die Magazinbeamten Lausbuben zu betiteln. Diese unerhörte Kühnheit brach dann rasch das faule Boden und Herr Bahnhofinspektor Kubin tat wirklich ein gutes Werk, daß er dem Menschen ohne Zögern den Abschied gab.

Marienbad. (Bahnrichter der Buschtiehrader Eisenbahn Geger-Karlsbad.) Vorüber ist nun das Jahr des Jubels und der Hoffnung. Auch die Bahnrichter der k. k. Staatsbahnen hatten an dieses Jahr gewisse Hoffnungen geknüpft. Nicht etwa weil es das Jubiläumsjahr war, sondern weil eben in diesem Jahre der im Jahre 1905 vom Eisenbahnministerium ausgegebene Wechsel fällig war. Wenn es auch heute noch Bedienstete geben mag, deren Wünsche keine vollkommen Befriedigung gefunden haben, so ist doch keine Kategorie so tiefmitleidig behandelt worden, als die Bahnrichter. Laut Almanach stehen gegenwärtig

22 Bahnrichter in der Gehaltsstufe von 1300 Kr.

190	"	"	"	"	1200
185	"	"	"	"	1100
121	"	"	"	"	1000
43	"	"	"	"	900
78	"	"	"	"	800

Da durch den für die Bahnrichter so unglückseligen Ministerialerlaß vom Jahre 1906 kein Provisorischer mehr definitiv werden konnte, so haben wir heute Kollegen unter uns, die noch nach acht Jahren in der Gehaltsstufe von 800 und 900 Kr. stehen und für die auch die Regelung des Anfangsgehältes außer Betracht kommt. Wir geben zu, daß ein Teil der Bahnrichter durch die Verbesserung der Automatik profitierte, ebenso diejenigen, die bereits in höherem Gehalt standen. Für die weitaus größere Anzahl der Bahnrichter ist nichts geschehen und so mancher Familienvater, der eine Verbesserung seiner Verhältnisse erwartet hatte, ist bitter enttäuscht worden.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß auch das Eisenbahnministerium unseren gerechten Wünschen Rechnung tragen wird. Aber auch den Bahnrichtern rufen wir zu, die Organisation besser auszugestalten und mitzuarbeiten, denn gerade unsere Kategorie hat den besten Beweis, wie die Bahnverwaltungen die Zufriedenen belohnt und wie das Wohlwollen uns gegenüber geübt wird.

Alles muß erkämpft werden durch die Macht der Organisation und da der einzelne keine Macht repräsentiert, so müssen wir dem Beispiel der organisierten Arbeiter folgen und durch den Anschluß an den Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsberein unsere Solidarität bekunden.

Marburg. (Werktätte.) Durch die Sparmut unserer Werkstättenleitung hätte am 21. Jänner d. J. eine Katastrophe herbeigeführt werden können, und ist es nur dem entschlossenen Handeln des Maschineninspektors als Verdienst anzurechnen, wenn die Sache so gut ausgegangen ist. Im großen Maschinenhause ist die Dampfmaschine schon durch längere Zeit fehlerhaft gewesen und wurde dies Herr Ingenieur Engel zu wiederholtenmalen gemeldet. Am Vormittag des 21. Jänner d. J. ist nun bei dieser Dampfmaschine die fehlerhafte Leistung abgebrochen und drückte den Zylinderdeckel weg. Wie leicht hätte da eine Explosion stattfinden können oder zumindest die dort anwesenden Werkmeister und Maschinenwärter durch den austretenden Dampf verbrüht werden, wenn nicht im kritischen Moment der Maschine durch seine Geistesgegenwart den Dampf noch rechtzeitig abgelenkt hätte. Da nun Herr Engel von dem Zustand dieser defekten Maschine unterrichtet war, so wäre es als technischer Beamter seine Pflicht gewesen, die Maschine reparieren zu lassen. So eine Reparatur kostet Geld und Zeit, hier muß nun gespart werden. An Wochentagen hat man hierzu keine Zeit und an Sonntagen kostet es zu viel Geld. Aber noch eine weit wichtigere Frage kommt hier in Betracht, und zwar folgende: Hat Herr Engel, nachdem er den Zustand dieser Maschine erfahren, in seiner Eigenschaft als technischer Leiter die Fehler untersucht oder untersucht lassen, und wenn ja, warum hat er diese defekte Maschine nicht außer Betrieb gesetzt?

Wir hoffen, daß eine löbliche Generalinspektion sich für derartige Zustände in der Werkstätte Marburg etwas mehr interessieren möge, um diesem frevelhaften Spiel mit Menschenleben ein Ende zu machen.

Gmünd. (Werkstätte.) Als wir in einer unserer letzten Nummern das verächtliche Treiben des Werkmeisters Hoffmann beleuchteten, setzten wir voraus, daß diesem Treiben ein Ende bereitet werde. Daß bis heute nichts geschehen, bestätigt unsere Vermutung, daß Herr Hoffmann einen mächtigen Protektor in der Person des Herrn Oberkommissars Winter haben muß. Infolgedessen wurstelt Hoffmann weiter.

So ließ dieser fachkundige Werkmeister Wagen im Hofe bei der größten Kälte laden und sodann mit Spiritus arbeiten. Ferner ließ er einen fast neuen ABA-Schnellzugswagen mit Zapeten überziehen und sodann gleich zweimal überstreichen. Jeder fachkundige und gelehrte Arbeiter, der nicht solchen Wahn sinn lobt oder gar darüber lachen würde, wird sofort als

roter Hengler hingestellt. Trotzdem dieser Werkmeister sehr oft auf die Ratsschläge der Noten angewiesen ist!

Herr Hoffmann hat gleichzeitig noch ein zweites Ressort. Er hat in Gmünd die Führerrolle des Reichsbundes deutscher Eisenbahner übernommen und sucht seine Untergebenen zum Beitritt dadurch zu bewegen, daß er denselben Werkmeisterstellen beschaffen will. Welch ein ehrenfeindlicher und strammdeutscher Führer Herr Hoffmann ist, beweist folgender Vorfall: In der Kanzlei der Werkstättenleitung erklärte Hoffmann, daß er im Falle der Arbeitsverweigerung der Deutschen über genügend tüchtige Arbeitskräfte um Nr. 180 Tagelohn verfügen würde. Wir gratulieren dem Reichsbund zu diesem deutschen Führer. Zum Schluß fragen wir freundlich, ob und wie viele neue Posten freier werden für jene Arbeiter der k. k. Staatsbahnen, die beim Bau des Hauses mitgewirkt haben und immer noch auf Anerkennung ihrer Tüchtigkeit warten. Diese so billigen Zeiten, wo man willige Arbeitskräfte für Verprechungen erhielt, sind nun auch bei Herrn Hoffmann vorüber.

Birnbaum. (Rai.) Sonntag den 31. Jänner ereignete sich auf der Strecke Karawantunnel-Asling ein größlicher Unglücksfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Am genannten Tage erstattete der Lokomotivführer des Schnellzuges Nr. 2 in der Station Asling die Anzeige, daß er beim Kilometer 58 1/2 einen Schienenbruch bemerkt habe. Auf diese Meldung hin verständigte das Bahnamt telephonisch den Portalarbeiter, welcher im Begriffe war auf die Strecke zu gehen, um nach dem von der Streckenbegehung nicht zurückgekehrten Oberbauarbeiter und Wächtersubstituten nachschau zu halten; ebenfalls wurde der Bahnmeister Herr Wernsberger verständigt. Als der Portalarbeiter zu dem genannten Kilometer kam, fand er den Wächtersubstituten zu einem Knäuel zusammengekauert mitten im Geleise liegen. Der arme Teufel, namens Alois Kleindienst, wurde vom Schnellzug überfahren und war bereits tot. Die am Tatort erschienene Kommission, ordnete die Ueberführung der Leiche in die Totenkammer in Asling an. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und drei unmündige Kinder.

Es wüßte sich die Frage auf, wer an diesem Unglücksfall schuldtragend ist und wir sind dessen sicher, daß die Antwort, wie immer bei solchen Fällen, auf Selbstverschulden lauten wird.

Das ist aber in diesem Fall nicht richtig, denn die Schuldtragende ist hier die verbrecherische Sparmut und der sträfliche Leichtsinns der Leitung der Bahnerhaltungssektion Klagenfurt. Der Leiter dieser Sektion, um billige Wächtersubstituten zu bekommen, die er auf offener Strecke mit Nr. 220 bis 230, im Tunnel mit Nr. 260 bis 270 begab, und die in unzulänglicher Anzahl vorhanden sind (in der Bahnmeistersektion des Herrn Wernsberger sind gegenwärtig 14 definitive Bedienstete und nur drei Substituten in Verwendung), benützt die Oberbauarbeiter, die er wohl beedien, aber nicht prüfen läßt und sie mit Instruktionen überhaupt nicht beteiligt, als Wächtersubstituten. Der seine Herr erparat eine Menge Geld; daß aber die angeschundenen Leute, in Folge ihrer Unkenntnis der Vorschriften, in den Tod gejagt werden oder um ihre geraden Glieder kommen, das kümmert den großmüthigen Herrn einen blauen Teufel.

Wir wären sehr neugierig, was zu einer solchen Schlammei, die eine Gefahr für das Leben der Bediensteten und die Sicherheit des Betriebes bedeutet, die Staatsbahndirektion, das Eisenbahnministerium und die k. k. Generalinspektion sagt.

Eine strenge Untersuchung und die sofortige Entfernung dieses unfähigen Beamten wäre hier wohl am Platze. —

Salzburg. (An das k. k. Eisenbahnministerium.) Das k. k. Eisenbahnministerium wird ersucht, im Interesse der öffentlichen Meinung folgende Fälle beim Bahnbetriebsamt Salzburg zu untersuchen und aufzuklären.

1. Mit welchem Recht hat der hiesige Bahnbetriebsamtsvorstand Herr Inspektor Gella vor der allgemeinen Agitation der Fundgegenstände im August 1908 seine Frau telephonisch aufgefordert, sich Brauchbares davon zu nehmen?

2. Am 9. September 1908 wurde ein Wagen Geschirr im hierortigen Gültmagazin verijiziert. Bei dieser Gelegenheit ließ der Herr Inspektor ebenfalls vor der Freibietung seine Frau rufen und Brauchbares aussuchen; einerlei, gegen welche Bezahlung, ist dieser Vorgang nicht ordnungsgemäß?

3. Das Bahnbetriebsamt Salzburg bekommt seit Bestehen des Inspektorats ein bedeutend erhöhtes Reinigungs-pauschale. Dessenungeachtet werden der Inspektor und die übrigen Räumlichkeiten am Inspektorat ständig von Magazinarbeitern gereinigt. Für welchen Zweck wird das Reinigungs-pauschale verwendet?

4. Für die verschiedenen Kanäle werden weder Tinte, noch Kopfpapier, noch sonst etwas hergestellt. Die Kanäle stellen fragen an, welche Verwendung das monatliche Schreibpauschale von zirka 45 Kr. findet.

Nachdem besonders die ersten zwei Punkte selbst schon im Privatverkehr besprochen werden und dadurch die öffentliche Meinung über die Eisenbahnerverwaltung gefährdet wird, wird um baldige Aufklärung dieser Fälle ersucht.

Judenburg. Trodem in Judenburg ein sehr starker Stützpunktverkehr herrscht, weiters noch das Stahlwerk, Senfwerk und das Blechwerk „Styria“ eine große Güterauf- und Abgabe bewerkstelligen, ist für so viel Arbeit nicht die nötige Anzahl Arbeiter vorhanden. Und was die Dienstzeit der Arbeiter anbelangt, so dürfte eine solche nur in Judenburg zu finden sein. Nach 24 Stunden im Dienst nur sechs Stunden Ruhe! Dann wieder schinden von mittags bis abends halb 7 Uhr oder auch länger, wie überhaupt Ueberstunden auf der Tagesordnung sind (ohne Bezahlung), aber wehe, wenn die Arbeiter zu spät kommen. Und diese Dienstleistung traf die Arbeiter bis vor kurzem jede zweite Nacht. Jeder Vorstellung um Ueberänderung eines solchen Dienstes stand der Herr Vorstand bis heute taub gegenüber.

Ebenso werden die Arbeiter durch die Sonntagsarbeit ausgebeutet. Sämtliche Eisenwagen, die Samstag und in der Nacht für das „Styriawerk“ einlangen, müssen am Sonntag entladen werden. Gewöhnlich sind es bis zu sechs Waggons, auch mehr. Hierbei wird auf keinen so hohen Sonn- oder Feiertag Rücksicht genommen.

Nachdem in keiner einzigen Station der Staatsbahn Wagenladungen für Privatparteien von Seiten der Bahn an Sonntagen entladen werden, so wäre es sehr wünschenswert, zu wissen, wieso gerade die Judenburger Arbeiter hierzu gezwungen sind.

Es wäre so manches zu ändern bei einigem guten Willen des Herrn Vorstandes, doch die Arbeiter wären schon froh, wenn diese beiden Uebelstände abge schafft würden. Hierzu könnte auch der Magazininspektor sehr viel beitragen, aber sollten wir uns getrauen haben? Diese Zeiten wurden zu dem Zweck veröffentlicht, um die Direktion auf diese Uebelstände aufmerksam zu machen und um deren Abstellung dringens gebeten wird.

Wels. (Das Welscher Volksfest und die Tantiemenwirtschaft.) Seit einer langen Reihe von Jahren ist es in Wels eingeführt, daß nach Beendigung des Volksfestes an das Stations- und Betriebspersonal Prämien ausgezahlt werden als Entschädigung für den anstrengenden Dienst während der Dauer des Volksfestes.

Auch heuer kam eine solche Prämie zur Verteilung, aber nicht in gleicher Weise wie früher, wo alle gleich beteiligt wurden, sondern es wurden vom Betriebspersonal nur die Platzmeister, einige Oberverschieber und ein Verschieber beteiligt. Den übrigen Bediensteten kam jedoch die Sache nicht recht gelegen vor und es verfügte sich infolgedessen ein Mann zur k. k. Staatsbahndirektion, um sich über diese sonderbare Verteilung Aufklärung zu verschaffen. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß jedenfalls die übrigen Bediensteten zur Zeit des Volksfestes nicht im Dienste standen, denn sonst hätten sie auch etwas bekommen. Nachdem

mun dem I. I. Bahnbetriebsamte sowie den von der I. I. Staatsbahndirektion entsendeten Aufsichtsorganen das Fehlen von 20 Verschiebern hätte auffallen müssen, entbehrt eine solche Aussage jeder Grundlage.

Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, wird wissen, wie unter normalen Verhältnissen das Verschiebpersonal ausgenutzt wird. Umformiert erst zur Zeit eines Volksfestes. Es verkehren zirka 30 Züge, welche eigens für den Volksfestverkehr eingeleitet werden. Das Personal ist infolgedessen sehr angestrengt.

Nam das ein Zug eingeehrt ist, kommt das Signal für einen folgenden und einer wartet schon wieder beim Einfahrtssignal. So geht die Jagd den ganzen Tag und die Nacht hindurch, ohne daß das Personal genug Zeit findet, die Waghzeiten ordentlich einnehmen zu können.

Gerecht und billig wäre es infolgedessen gewesen, bei Verteilung der Prämie gleichmäßig vorzugehen. Pflicht des Bahnbetriebsamtes wäre es gewesen, auf die gerechte Verteilung Einfluß zu nehmen.

Obwohl dem jetzigen Vorstand des I. I. Bahnbetriebsamtes von seinem früheren Domizil Selthal ein guter Ruf als gerechter und unparteiischer Vorgesetzter vorausging, sprechen seit letzterer Zeit dessen Taten das Gegenteil. Es werden Dienstleistungen getroffen, wo ältere Bedienstete zugunsten jüngerer zurücktreten müssen. Es mag ja sein, daß ein Bediensteter mehr praktischen Verständnis hat als der andere, aber das ist noch immer kein Grund, einen anderen zu übergehen. Kommt ein Bediensteter mit einer Bitte, sei es um Urlaub oder bei Krankmeldungen und dergleichen, so wird ein Ton angeschlagen, als wenn der Mensch wirklich erst beim Inspektor anfangen würde.

Salzburg. Als Herr Gella, so heißt nämlich der jetzige Bahnamtsvorstand, den Dienst in der hiesigen Station antrat, gab er ein Bützelar an alle Beamten, Unterbeamten und Diener heraus, worin er alle begrüßte und die Versicherung gab, sich seinem unterstellten Personal gegenüber nur von Recht, Billigkeit und Wohlwollen leiten zu lassen. Skeptisch stand das Personal dieser Selbstverpflanzung gegenüber, von dem Grundgedanke ausgehend, daß das Gute solcher marthysischer Anpreisung nicht bedarf. Tatsächlich säumte Herr Gella nicht lange, seine Untergebenen über die Dualität seiner guten Eigenschaften im Unklaren zu lassen. Ende November 1907 bescherte uns ein tüchtiges Geschick diesen Herrn und schon im Jänner nächsten Jahres entdeckte er, daß die Stationsarbeiter Dienstkleider erhalten, welche ihnen nicht gebühren. Sofort dekretierte er, daß selbe abgeführt werden müssen, obwohl sie dieselben durch 15 Jahre bezogen. Man beachte: Mitten im strengsten Winter! Ist dies nicht ein Wohlwollen ganz sonderbarer Art?

Wir wollen nicht unterfragen, mit welchem Rechte die früheren Herren Vorstände Dienstkleider an die genannten Bediensteten ausfolgten, aber das eine kam jedem zum Bewußtsein, daß die früheren Herren Vorstände, obwohl sie sich solche guten Eigenschaften nicht rühmten, ganz andere Begriffe von Recht und Billigkeit hatten, daß sie diese Eigenschaften in viel höherem Maße befehlen als Herr Gella, bei dem sie nur Phrasen sind.

Weiters dekretierte er: Erholungsurlaube werden in den Sommermonaten nicht mehr gewährt. Seit Einführung des Erholungsurlaubes stand es dem Personal das ganze Jahr hindurch frei, wann es sich den Erholungsurlaub nehmen wollte, und erhielt denselben auch, selbstverständlich nach Dienstzulässigkeit. Daß auch diese Maßregel wohl von ganz anderen Eigenschaften diktiert war, nur nicht von denen, deren er sich rühmte, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Kurze Urlaube und Freikarten für Schnellzüge, welche früher dem Personal in dringenden Fällen anstandslos gewährt wurden, weist er kurzerhand zurück, da es für ihn, außer Sterbefälle von Familienangehörigen, keine dringenden Fälle gibt. Mag irgend jemand einen kranken Vater oder Mutter haben, das ist wahr, ehe dieselben nicht gestorben, gibt es keinen Urlaub. Auch Todesfälle von Verwandten sind bei ihm keine dringenden Fälle, daher gibt es auch keine Schnellzugsfreikarten. Erst kürzlich mußte ein Bediensteter über Anraten des Arztes sein Kind in das Spital nach Oberndorf bringen, zu welchem Zwecke er einen Urlaub benötigte, da auch seine Frau krank war. Derselbe wurde ihm nur unter der Bedingung gewährt, daß er sich zwei Tage von seinem Erholungsurlaub abziehen lasse, trotzdem drei Tage Urlaub vom Erholungsurlaub nicht abgezogen werden dürfen.

Seit zirka 30 Jahren war das Heizhaus- und Werkstätten- sowie das Magazinpersonal, welches in den gegenüberliegenden Orten wohnt, genötigt, die Geseleisanlagen zu überschreiten, weil die Bahnverwaltung während dieser langen Zeit für einen Uebergang nicht vorgeplant hat. Herr Gella provozierte einen Entschluß der I. I. Staatsbahndirektion Innsbruck, wohl wissend, daß dieselbe einen anderen Entschluß nicht fällen konnte, und seit Neujahr ist es den genannten Bediensteten streng verboten, die Geseleise zu betreten und sind diese nun gezwungen, einen weiten Umweg zu machen, um ihre Wohnungen zu erreichen. Wenn schon Herr Gella den Werkstättenbediensteten die anbehaltsfähige Mittagspause mißgönnt und sie diesen auf solche Art kürzen zu müssen glaubt, so soll er bedenken, daß das Heizhaus- und Maschinenpersonal nur eine einstündige Mittagspause hat und viele, obwohl sie in der nächsten Nähe wohnen, zu mittag nicht nach Hause essen gehen können. Die meisten nahmen sich nur deshalb in der Nähe des Bahnhofes eine Wohnung, müssen enormen Zins dafür zahlen und heute ist ihnen die Möglichkeit genommen, zu mittag zum Essen nach Hause zu gehen. Eine Wohnung in der unmittelbaren Nähe des Dienstortes zu erhalten, ist bei der heutigen allseits bekannten Wohnungsnot jedoch sehr schwer möglich.

Recht mag Herr Gella mit dieser Verfügung allerdings haben, aber mit Wohlwollen dem Personal gegenüber hat es wohl nichts zu tun. Ein Vorgesetzter, welcher sich von Wohlwollen leiten läßt, hätte unserer Ansicht nach die Erbauung eines Ueberganges zuerst betreiben und dann erst ein solches Verbot herausgeben sollen. Dann würde wohl jedermann an die guten Eigenschaften, welche sich Herr Gella unbedenklicherweise beilegt, glauben müssen. Infolange er sich jedoch bei solchen Anlässen ausschließlich von den Sicherheitsvorschriften und Instruktionen leiten läßt, wird er immer in Widerspruch mit den sich beilegenden guten Eigenschaften kommen.

Sein Stedenpferd, welches er geradezu zu Tode reitet, ist die Instruktion. Alles soll genau nach Vorschrift gemacht werden und wehe dem Bediensteten, welchen er bei einer vorschriftswidrigen Manipulation ertappt. Eine Klage ist das mindeste, Geldstrafen die häufigsten Folgen, ja sogar Entlassungen. Beim Verschieben jedoch sieht dieser mit Instruktionen vollgepfropfte Herr die vorschriftswidrigen Manipulationen nicht, was uns recht wundert, da sich dieselben förmlich vor seinen Augen abspielen. Sollen wir dieselben aufzählen? Doch nein, in die Öffentlichkeit treten wir erst dann damit, wenn Herr Gella nicht aufhört, das Personal mit Kleinigkeiten zu quälen. An dieser Stelle sei diesem Herrn jedoch gesagt, wenn dies nicht aufhört, sich das Personal an ihm ein Muster nehmen und die Verschiebmanipulationen strikte nach Vorschrift durchzuführen wird. Ob dann die Züge von der Station auch vorschriftsmäßig abfahren werden, möge Herr Gella gefälligst studieren. Charakteristisch für Herrn Gella ist wohl, daß er der einzige von den vielen Vorständen ist, welche in Salzburg amtieren, gegen dessen Behandlung das Personal gezwungen ist, in die Öffentlichkeit zu flüchten.

Mancher wird vielleicht meinen, daß das Personal seinen Dienstverrichtungen nicht nachkommt. Das wäre falsch, das Salzburger Personal ist seinen Verpflichtungen jederzeit und unter den schwierigsten Verhältnissen voll und ganz nachgekommen und um so freudiger, wenn es in Ruhe gelassen und mit kleinen Dingen nicht maltätigert wurde. Daß bei einem so komplizierten Betriebe Fehler gemacht werden, ist selbstverständlich, daß sich manchmal ein Bediensteter einen Fehler zuschulden kommen läßt, natürlich. Herr Gella sollte als erfahrener Eisenbahner, als welcher er gelten will, auch wissen, daß dies nicht anders möglich ist, um so mehr, als auch er nicht fehlerfrei ist. Will Herr Gella

eine klägliche Abwicklung des Verkehrs, so möge er, wir können ihm das nicht oft genug wiederholen, das Personal in Ruhe lassen, er wird sehen, daß es auch dann geht, wenn er seine Geschäftshuberei aufgibt.

Wöllersdorf. Der Stationsmeister Tannenberg fängt bereits an, durch seine widerwilligen Dispositionen beim Zugverkehr in der Station Wöllersdorf betriebgefährlich zu werden. Am 29. Jänner 1909 bei Zug 2073 mußte der verschiebende Kondukturwagen vom Magazinsgeleise holen und das Geleise für den vorfahrenden Personenzug 2017 frei machen. Dabei kam er über das Ausfahrtsgeleise, verständigte jedoch den Wächter, daß er wieder auf das Geleise II fahre. Mittlerweile hatte Tannenberg dem Zugführer von Zug 312 angeordnet, einen Wagen mitzunehmen. Nur durch die Vorsicht des Lokomotivführers, der die Kurse und Haltsignale noch rechtzeitig wahrnahm, wurde ein Zusammenstoß verhindert. Statt sich ruhig zu brüden und froh zu sein, daß durch seine unsinnige Disposition kein weiterer Schaden entstand, brüllte dieser kenntnisarme Stationsmeister den Verschieber und den Wächter an und wollte durch Schreien und Drohen seine bewiesene Unfähigkeit bemängeln. Der bereits gleiche Fall ereignete sich bei Zug 2088, wo nach vielem Hin- und Herverschieben die Wagen in derselben Unordnung standen wie der Gedankengang des Herrn Stationsmeisters. Wir empfehlen den Herren, um in Zukunft derartige gefährliche Manipulationen zu verhüten, die hierzu einschlägigen Vorschriften über den Verkehr und Verschieb, die Stellung der Wechsellörper und Signale und die Dienstordnung eifrig zu studieren. Die I. I. Staatsbahndirektion ersuchen wir, auf diesen Stationsmeister ein wachsames Auge zu haben, denselben einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, da wir nicht länger unsere Haut für andere auf den Markt tragen werden.

Bodenbach. (I. I. Staatsbahnwerkstätte.) In den Räumen der Wagenwerkstätte treibt ein Werkmeister, welcher vor gar nicht so langer Zeit ein „Ausharbeiter“ war, sein Unwesen und man muß wirklich bedauern, daß im 20. Jahrhundert die Presse noch benötigt werden muß, um einem Menschen, welcher sich in Privatgesellschaft genötigt immer auf eine höhere Stufe der Intelligenz stellt, Lehren und Anhaltspunkte, wie man sich gegen seine untergebenen Arbeiter zu benehmen hat, auseinanderzusetzen. Uns kommt es vor, als ob solche Herren dies nur aus dem Grunde tun, um wieder gegen ihre früheren Vorgesetzten die Unkenntnis und sonstigen Fehler zu verdecken. Der Herr mit dem Namen M e l o u n, vulgo „Gefreiter Galina“, Werkmeister, welcher auch nicht der Erfinder der Arbeit war, jedoch das Meißerfein von den Leuten verlangt, schlägt einen fürchterlichen Strahl, wenn irgend ein Arbeiter mit der ihm zugewiesenen Arbeit nicht fertig ist. Vernünftig sprechen kann dieser Gernegroß nicht, bei jeder geringsten Angelegenheit läßt er seinen Geseleitenhumor hören, daß ein Fremder gewiß glauben müßte, er befände sich in einem Meierhofe. Nun sind wir der Meinung, daß es sehr ungeschön ist, wenn ein Vorgesetzter, der einen ziemlichen Reichtum von Unkenntnissen besitzt, mit diesen sein Unwesen treibt. Es ist schon einmal nicht anders; der dümmste Bauer hat die größten Erdäpfel. Herrn M e l o u n raten wir weiter an, daß er bei irgendwelcher besseren Arbeitervergebung immer geschicktere Schloffer zu Rate ziehen möchte, damit nicht so viel Arbeit verpufft wird.

Daß Herr M e l o u n nicht durch reiche Kenntnisse zum Werkmeister wurde, ist sicher. Tatsache ist aber, daß er durch sein brutales und vorwitziges Treiben es so weit brachte. Es wurde auch schon der Herr Inspektor K o h l aufmerksam gemacht, auf diesen „anständigen“ Vorgesetzten betreffs der Feiung der Werkstättenräume einzuwirken.

M e l o u n ließ nämlich über die ganzen Feiertage nicht heigen. Als Montag den 28. Dezember 1908 die Arbeiter die Werkstätte betraten, fanden sie alles eingekoren und ein Arbeiten war unmöglich. Würde sich der Herr Inspektor gegenüber diesem kleinen „Gernegroß“ getraut haben, müßte er diesen Herrn ganz energisch in seine Schranken gewiesen haben. Traut sich ein Arbeiter sein Recht zu vertreten und gibt seiner Meinung Ausdruck, so wird demselben das Reden verboten; eßt rufsch. Läßt sich dies aber einer nicht bieten, so rennt der kleine Gernegroß sofort wie ein Schulbulb zum Lehrer klatschen, zum Herrn Ingenieur F a s s e, welcher auch als treuer Verbündeter sofort die Verhandlung einleitet, aber ja den Angeklagten nicht hören will. Herr F a s s e! Wenn Sie auch Reservelieutenant sind, so dürfen Sie nicht glauben, daß wir uns wie Rekruten von einem „Gefreiten Galina“ verdonnern lassen. Es stehen schon noch höhere Stellen offen und jene Zeiten, wo die Arbeiter mundtot gemacht wurden, sind vorüber. Es könnten auch die Arbeiter manchen Vorgesetzten gefährlich werden, wenn sie nicht einen jeden Schritt, den sie tun, sich erst sehr gut überlegen würden. Wissen Sie vielleicht nicht, wer M e l o u n einst war und in unseren Augen heute noch ist? M e l o u n war vor sechs Jahren auch noch Arbeiter, wo er mit seinem Futtertroß vor 12 Uhr bei seinem Schranke in der alten Werkstätte um den großen Rauchfang tänzte, trotzdem auch Vorgesetzte zur Schloßerei hereinlamen. Können Sie sich noch erinnern, Herr M e l o u n, oder haben Sie es schon vergessen? Was Herr M e l o u n noch kann, können wir auch gleich klarlegen. Dieser Herr ist Kommandant der Werkstättenfeuerwehr und ist sehr beliebt, die vor zwei Jahren übernommene Arme reichlicher ausgestaltet. Nun wird man sich fragen, auf welche Art und Weise dies geschieht. Es ist sehr einfach, aber für einen Vorgesetzten nicht passend. Nachdem er von den alten Arbeitern verschont ist, so wendet er sein Augenmerk nur jenen zu, welche neu eintreten. Nun ist es gewiß für einen Reuling schwer, „nein“ zu sagen. Er sagt „ja“ und denkt doch dabei, das eine erreicht zu haben, daß er in den Augen seines Vorgesetzten als ein besserer Arbeiter betrachtet wird u. s. w.

Wenn die Arbeiter den ganzen Tag geschunden und geradert haben und um 6 Uhr nach Hause gehen könnten, müssen sie nun vor dem Herrn „Kommandanten“ „Nacht“ stehen und die ermüdeten Knochen noch einmal strecken. Ja, ihr Werkstättenarbeiter! Wir glauben es euch, daß ihr das nicht einsehen könnt, aber wenn man euch zuschaut und die Sache beobachtet, so bemerkt man dies alles an dem Benehmen, welches dabei an den Tag gelegt wird. Würdet ihr eure müden Knochen euren Versammlungen zuwenden und die Feuerwehr, welche euch keinen Nutzen bringt, beiseite lassen, dafür aber eure Standesinteressen als Werkstättenarbeiter vertreten, so könnten die Verhältnisse in dieser Wube viele derartigen sein. Deswegen, ihr Werkstättenflauen, werft derartiges beiseite. Herr M e l o u n soll die Uniform jenen geben, welche in seinen Augen anständigere und bessere Arbeiter sind.

Simbach I. I. Staatsbahnen. (Interessante Zustände aus dem Simmelreich Oller.) Es gibt in unserem Heizhaus leider noch immer Leute genug, welche sich unter der Regie Oller sehr wohl befinden und glauben, daß die Bediensteten und Arbeiter noch immer zu wenig ausgebeutet werden.

Wir wollen uns diesmal in die Beschreibung des Systems Oller nicht allzusehr vertiefen, doch können wir nicht umhin, einmal einen von den bekannten Schmelzern und Viebedienern an den Pranger zu stellen. Es ist dies unser Herr Adjunkt Reichl, der sich unter allen Umständen die Günst seines Herrn und Meisters samt dessen Frau und Kindern erwerben will. So zum Beispiel ließ dieser Herr Reichl für die Kinder des Herrn Oller nächst dem Holz- und Materialmagazin einen Eislaufplatz errichten, wozu selbstverständlich während der Arbeitszeit einzelne Bedienstete oder Arbeiter verwendet wurden, um durch Besprechung des Eislaufplatzes mit der Feuerspritze das nötige Glatteis zu erzeugen. Auch Nachdienstleistungen wurden zu dieser Arbeit herangezogen, um den Herrschaften tagsüber genügend Glatteis zur Verfügung zu stellen. Das Sonderbare an der Sache ist aber, daß das alles unter den Augen des Ollers, ja sogar unter seiner persönlichen Mitwirkung geschieht.

Eines Tages als Herr Reichl ebenfalls einen Mann zur Berrichtung dieser überflüssigen Arbeit aufforderte (es war das

ein Heizer, der nach einer 16stündigen Dienstreise erst um halb 1 Uhr nachts nach Zug 825 nach Hause kam und am selben Tag schon wieder von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags laut Dienstturnus seine Maschine reinigen und dem Oberheizer behilflich sein mußte, wurde er selbst von diesem Bediensteten, der doch einer von den Royalisten ist, darüber belehrt, daß er zu Privatarbeiten keine Zeit habe und daß es in Braunau genug Leute gibt, welche Arbeit suchen — um leben zu können.

Aber Herr Reichl konnte diese traurige Abfertigung gar nicht begreifen, sondern fand noch den traurigen Mut, dem Heizer zu sagen, daß er das von ihm nicht gebacht hätte.

Wenn wir aber den Lesern des „Eisenbahner“ den Dienstturnus der Simbacher Reserveheizer zur Einsicht vorlegen, dann dürften sie es begreiflich finden, wenn diese ausgebeuteten Sklaven des gesegneten Rades nicht gefunden sind, sich von irgend einem Liebediener zu Privatarbeiten kommandieren zu lassen.

- Hier der Turnus der Reserveheizer:
1. Tag: Von 5 Uhr früh bis 6 Uhr abends, Verschiebereserve.
 2. Tag: Von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends, die Züge 2774 und 2775.
 3. Tag: Von halb 9 Uhr bis halb 1 nachts die Züge 2724/29 und 826/25.
 4. Tag: Von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags Heizhausarbeit und von 6 Uhr abends bis 12 Uhr nachts Nachterrese.
 5. Tag: Von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr früh Nachterrese und von 8 Uhr früh bis 10 Uhr vormittags Heizhausarbeit.

Das sind im Monat zusammen 366 Stunden Dienstleistung, dazu kommen noch (mit Ausnahme der Wintermonate) per Monat sechs Schotterzüge. Wenn nun jemand glauben wollte, daß dieser Turnus das Höchstmaß der Dienstleistung bedeutet, den wollen wir bei dieser Gelegenheit auf die Tatsache verweisen, daß dem nicht so ist. So zum Beispiel hatten ein Lokomotivführeranwärter und sein Heizer folgenden geradezu ungläublichen Dienst zu leisten. Am 6. Dezember 1908 Zug 2724 ab Simbach um 9 Uhr 30 Minuten vormittags und retour von Steindorf Zug 2729, Ankunft in Simbach 12 Uhr 50 Minuten nachmittags. Dann Zug 826 nach Neumarkt-Kallhamm ab Simbach 4 Uhr 13 Minuten nachmittags und retour Zug 825, Ankunft in Simbach um 11 Uhr 45 Minuten nachts. Am 7. Dezember Regiezug, ab Simbach um 7 Uhr 26 Minuten früh und retour um 12 Uhr 23 Minuten nachmittags; dann Vorspann bei Zug 824 ab Simbach 1 Uhr 30 Minuten zur Uebernahme des Regiezuges in Minning und retour als Vorpann des Zuges 813, Ankunft in Simbach um 8 Uhr 40 Minuten nachts und sofortige Uebernahme der Nachterrese und Tagterrese bis 8. Dezember 12 Uhr mittags. Das ist einschließend der Vorbereitungszeit eine 52stündige Dienstleistung, mit einer inzwischen nur sechsstündigen Ruhezeit. Ähnliche Dienstüberbürdungen sind nichts seltenes. Wir fragen nun, würde es Herr Oller verantworten, wenn infolge von Ermüdung des Lokomotivführers oder Heizers ein Unglück geschehen wäre? In der Tat, das sind Zustände, welche nach Abhilfe schreien. Während man einerseits jedes einzelne Individuum ausbeutet bis zum Grabe, können andererseits Bedienstete für Privatarbeiten verwendet werden.

Auch bei der Einteilung der Arbeit im Heizhause beginnen sich Uebelstände bemerkbar zu machen, welche geradezu rücksichtslos genannt werden müssen. So zum Beispiel muß derjenige Bedienstete, welcher auch beim Auswaschen der Maschinen mitzuhelfen hat, sofort mit den nassen Kleidern aus dem Heizhaus hinaus zur Kohlenarbeit; daß das bei der jetzt herrschenden Kälte der Gesundheit nicht zuträglich ist, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Insbesondere die Arbeitseinteilung der Reserveheizer läßt sehr viel zu wünschen übrig und wir glauben, daß es nicht nötig wäre, daß man den Heizer, welcher nach seiner 16stündigen Dienstzeit um 1 Uhr nachts zur Ruhe kommt, schon um 8 Uhr früh nach sechsstündiger Ruhezeit ins Heizhaus bestimmt, um dort die verschiedensten Arbeiten zu leisten. Wenn die Herrschaften schon auf einen Mann verzichten können, wenn sie jemandem zum Bespritzen des Eislaufplatzes benötigen, dann glauben wir, daß es auch nicht notwendig sei, daß man den Reserveheizer die ihnen gebührende Ruhezeit raubt. Auch sie wollen den Anspruch erheben — Menschen zu sein.

Herr Reichl aber raten wir, daß er sich die Günst seiner hohen Herrschaft in Zukunft nicht mehr auf Kosten der Arbeiter ergattern soll, sondern zu diesem Geschäft in erster Linie seiner eigenen Fleiß zum Ausdruck bringen möge.

Herr Oller ist unseres Wissens ein genauer Kenner der Instruktionen und verlangt von seinen Untergebenen auch in gewissen Fällen die Befolgung dieser Vorschriften, daher fühlen wir uns veranlaßt, Herrn Oller den § 20 der Dienstpragmatik zum Studium zu empfehlen, wo es heißt: Der Vorgesetzte hat seine Untergebenen in ihre Geschäfte einzuführen, ihnen die notwendigen Belehrungen zu erteilen und durch eine entsprechende Verteilung der Arbeiten einerseits die Ueberbürdung des einzelnen zu verhindern, andererseits auf eine vielseitige Ausbildung der Bediensteten bedacht zu sein z. z.

Nicht Unbesonnenheit, nicht Disziplinlosigkeit oder Uebermut ist es, wenn wir uns mit diesen Stellen in die Öffentlichkeit wagen, sondern das berechtigete Verlangen um ein Stück mehr Menschenwürde und mehr Gerechtigkeit. Gibt man uns das, dann können wir zufrieden sein.

Veramlungsberichte.

Briesen bei Saaz. Sonntag den 24. Jänner 1908 fand im Gasthaus zur Stadt Briesen eine Versammlung statt, in der die errungenen Erfolge vom Jahre 1900 bis heute von den einzelnen Rednern besprochen wurden. Wenn auch so manche Forderung der Bediensteten, zum Beispiel die Lohnerhöhung der Oberbauarbeiter, noch zu wünschen übrig läßt, so hoffen wir doch durch eine stramme Organisation eine Verbesserung unserer Verhältnisse herbeizuführen.

Um dies zu erreichen, müssen die Eisenbahnbediensteten sich besser um die eigene Lage als um Feuerwehr- und Veteranenvereine kümmern.

Weiters wurde beschlossen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und die uns interessierenden Fragen eingehend zu besprechen.

Bei der hierauf folgenden Wahl der Zahlstellenleitung wurden folgende Genossen gewählt: Edwin Meszer, Streckenwächter, als Zahlstellenleiter; Bernhard Bittner, Streckenwächter, als Kassier; Anton Kölbl und Franz Caba als Revisoren. Mit dem Appell, fest zusammenzuhaltend und die Versammlungen immer zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Stauding. Am 7. Februar 1909 fand in den Lokalitäten des Restaurants „zur Nordbahn“ eine § 2-Versammlung statt, welcher außerst zahlreich Bedienstete der Stauding-Stramberger Lokalbahn sowie der I. I. Nordbahn beigewohnt haben. Zum Vertrauensmann wurde neuerdings Genosse W a v r o s c h gewählt. Genosse D u s e l aus Wien behandelte in längerer Ausführungen in deutscher und tschechischer Sprache die Verhältnisse der Bediensteten obenerwähnter Lokalbahn und forderte dieselben auf, ihre Aufmerksamkeit mehr als wie bisher der Organisation zuzuwenden.

Klagenfurt. Am 10. Jänner 1909 um 2 Uhr nachmittags fand in Swatshinas Restauration (Musiksal) die ganzjährige Generalversammlung der Ortsgruppe Klagenfurt statt. Dieselbe wurde mit einem Freilichtchor des Arbeiter-Gesangsvereines Klagenfurt eröffnet. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Neuwahl der Ortsgruppenleitung. 3. Die Zustände der Eisenbahnministeriums sowie der Südbahndirektion und deren Durchführung. 4. Anträge und Wünsche. Obmann Genosse F l o r i a n erteilte zu den Berichten der Reihenfolge nach dem Schriftführer,

Kaffler und Bibliothekar das Wort; nachdem sich hierzu niemand zum Wort meldete, erstattete Obmann Genosse Florian den Jahresbericht, welchem wir folgendes entnehmen:

Der Mitgliederstand bei der letzten Generalversammlung am 6. Jänner 1908 war 316 Mitglieder; beigetreten sind 157, von anderen Ortsgruppen übertraten 14, zusammen 487 Mitglieder Ausgetreten sind bis 10. Jänner 1909 4, verstorben wurden 23, zu anderen Ortsgruppen übergetreten sind 9, wegen Rücktritt wurden ausgehoben 14, gestorben 1, zusammen 51, bleibt somit ein Mitgliederstand von 436 Mitgliedern.

Verhandlungen fanden statt: 1. Generalversammlung, 2. freie Eisenbahnerversammlungen, 9 S-Verhandlungen und 15 Monatsversammlungen. Referenten wurden von der Zentrale drei entsendet. Hierauf wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten. Genosse Waidich verlas die Kandidatenliste und empfahl den Mitgliedern die für die Ortsgruppenleitung vom Wahlkomitee aufgestellten Genossen, Einwendungen wurden nach Aufforderung des Genossen Florian keine erhoben und hierauf einstimmig folgende Genossen gewählt:

Josef Florian, Platzmeister der k. k. Staatsbahnen, Obmann, Johann Waidich, Lokomotivführer der k. k. Staatsbahnen, Josef Tschinkl, Oberkondukteur der Südbahn, Stellvertreter; Anton Lachner, Wagenführer der k. k. Staatsbahnen, Schriftführer, Peter Krube, Weichenwärter der k. k. Staatsbahnen, Franz Plattig, Magazinsarbeiter der k. k. Staatsbahnen, Stellvertreter; Franz Wabunig, Magazinsaufseher der k. k. Staatsbahnen, Kaffler, Josef Kopeck, Magazinsdiener der k. k. Staatsbahnen, für die Strecke Franz Heuberger, Kondukteur der Südbahn, Stellvertreter; Jakob Großnegger, Weichenwärter der k. k. Staatsbahnen, Bibliothekar, Friedrich Leeb, Kohlenarbeiter der k. k. Staatsbahnen, Julius Bad, Beschleiber der k. k. Staatsbahnen, Stellvertreter; Josef Wildling, Platzmeister der k. k. Staatsbahnen, Georg Waidlauer, Kondukteur der Südbahn, Josef Stöcklinger, Streckenwärter der Südbahn, Ausschüsse; Mathias Driner, Lokomotivführer der k. k. Staatsbahnen, Franz Heberiegler, Kondukteur der Südbahn, Benjamin Linder, Abwehrwärter der k. k. Staatsbahnen, Revisoren.

Hierauf erteilte Genosse Florian dem in Verhinderung des angeforderten Genossen Weigl erschienenen Genossen Adolf Müller aus Wien das Wort. Derselbe erstattete einen ausführlichen Bericht über sämtliche Zugstände und über die schwierigen Verhandlungen, welche mit den einzelnen Ministerien gepflogen wurden. Wenn, meinte Redner, nur gerade so viel als vor uns liegt für die Bediensteten erungen werden konnte, so ist es nicht schuld der mit dem Ministerium verhandelnden Vertrauensmänner, sondern sind jene schuld, welche wohl stets bereit sind zu nehmen, doch nie einen Finger rühren, um mitzuweisen, eine Verbesserung zu schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Uebergend zum Kauf der Eisenbahn legte Redner an der Hand statistischer Daten dar, daß einzig und allein durch die sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation für die Eisenbahner etwas erreicht werden konnte, und forderte wiederholt die Anwesenden auf, sich mehr um die Organisation zu kümmern, damit für die Zukunft neue Erfolge erungen werden können. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Genossen Müller. Sodann sprachen noch Genosse Waidich und Genosse Machne, welcher die Ortsgruppe Klagenfurt zu ihrer bisherigen fleißigen Arbeit, wodurch sie seit einem Jahr eine schöne Anzahl Mitglieder erworben hat, beglückwünscht und nochmals an die Versammlung appelliert, die Hände nicht in den Schoß zu legen, sondern wie bisher weiterzuarbeiten, damit wir kraft der Organisation unsere Lage verbessern können. Nachdem sich niemand mehr zum Wort meldete, schloß Obmann Genosse Florian mit Dankesworten an den Arbeiter-Gesangverein Klagenfurt für die gebrachte Begrüßung und für den guten Besuch der Versammlung.

Weiters geben wir den geehrten Mitgliedern bekannt, daß alle Zuschriften an den Obmann Josef Florian, Platzmeister der k. k. Staatsbahnen in Klagenfurt, St. Ruprecht, Felshofgasse 5, zu richten sind, und sich die Mitglieder in allen Geldangelegenheiten nicht mehr an Genossen Pirch, sondern an Genossen Franz Wabunig, Magazinsaufseher der k. k. Staatsbahnen in Klagenfurt, St. Ruprecht, Henngasse Nr. 3, zu wenden haben.

Den Mitgliedern der Ortsgruppe Klagenfurt auf der Strecke diene zur Kenntnis, daß der neugewählte Kaffler Genosse Franz Heuberger, Kondukteur der Südbahn, einzufassen wird.

Die Vereinsabende finden wie bisher am ersten und dritten Mittwoch eines jeden Monats im Vereinslokal statt, woselbst Eingehungen, Bibliotheksausgaben und Beitrittsanmeldungen entgegengenommen werden. Nachdem die Vereinsbibliothek neu ausgestattet ist, so ersuchen wir die Mitglieder, dieselbe besser zu benutzen.

Marburg. Am 27. Jänner fand im Vereinslokal der Ortsgruppe II des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines in Marburg eine sehr gut besuchte Zugbegleiterversammlung statt, in welcher die Deputation, welche bezüglich der Streichung der Fahrgebühren bei den schnellfahrenden Zügen bei der Verkehrsleitung vor sprach, ihren Bericht erstattete.

Als Vertreter der Zentrale war Genosse Weigl aus Wien anwesend. Aus dem Bericht der Delegierten war zu entnehmen, daß die Direktion von einer Streichung der Fahrgebühren überhaupt nichts weiß, daher diese Streichungen ganz willkürlich von einer ganz anderen Seite aus unternommen werden müssen. Wo steht also die Sache und mit welchem Recht erlaubt man sich, den Bediensteten ihr sauer verdientes Geld ganz einfach wegzunehmen? Außerdem ist es eine unbedingte Notwendigkeit, allen schnellfahrenden Zügen Manipulationen beizugeben. Davon will allerdings eine hohe Verkehrsleitung nichts wissen. Aber einmal muß es doch gemacht werden. Denn bei der kurzen Fahrzeit die Sicherheit zu verantworten, auf die Signale zu schauen und obendrein einen Meilenpaß von schriftlichen Arbeiten zu verrichten, ist unmöglich. Es möge das einmal ein Herr von der hohen Direktion versuchen, zusammenzubringen wird er es sicherlich nicht. Es würde ihn das Schicksal ereilen, auch einmal ein paar Kronen bledien zu müssen. Da muß unter allen Umständen Remedur geschaffen werden.

Denn wenn die Südbahn Tausende von Kronen zu spekulativen Zwecken bei der Bahnhaltung und den Werkstätten zum Fenster hinauswerfen kann, muß es auch möglich sein, den Forderungen der Bediensteten, welche täglich und stündlich ihr Leben bei den ungesunden Höllensfahrten riskieren, gerecht zu werden.

Genosse Weigl betrug in ausführlicher Weise den Standpunkt, welchen gegenwärtig die Südbahnverwaltung einnimmt sowie auch über die Aktionen, welche seitens der Zentrale eingeleitet wurden. Ferner über die Regulierung der Gehälter und Fahrgebühren bei den k. k. Staatsbahnen. Nach einer gründlichen Debatte, welche sich in den Ausführungen der Referenten angeschlossen und Genosse Weigl in Vertretung der Zentrale über die verschiedensten Interpellationen Klärung gab, wurde die Versammlung geschlossen.

Sache des Marburger Zugbegleitungsvereines wird es nun sein, alle ihm geeignet erscheinenden Schritte im Verein mit der Zentrale einzuleiten, um zu seinem Rechte zu gelangen. Unbekümmert um die Ansichten mancher Herren der Direktion, welche in jeder Forderung nach Abstellung eines Uebelstandes eine Verheugung des Personals erblicken.

Aus den Organisationen.

Lundenburg. Am 19. Jänner fand im Hotel P i a l a die diesjährige sehr zahlreich besuchte Generalversammlung der Section II (Lokomotivführer) der Ortsgruppe Lundenburg statt. Die organisierte Lokomotivführerschaft dieser Station hat nämlich dem feinerzeitigen Beschluß der Brüner Lokomotiv-

führerkonferenz Rechnung getragen und vor drei Jahren den früher bestandenen Klub der Lokomotivführer in die Section II der Ortsgruppe Lundenburg umgewandelt.

In diesem Zeitraum war es den mit der Leitung betrauten Vertrauensmännern dank dem Rückhalt, welchen dieselben in der allgemeinen Organisation fanden, durch ihr zielbewusstes Vorgehen und unermüdeliches Arbeiten gelungen, anerkanntswürdige Vorteile für das Lokomotivpersonal zu erringen, welche jedoch infolge der herrschenden Verhältnisse auf der Nordbahn nicht voll zur Geltung kamen.

Aus dem von dem Obmann erstatteten Jahresbericht war zu ersehen, daß der Section II 117 Lokomotivführer und 42 Lokomotivbeizler, mithin zirka 85 Prozent der hiesigen Lokomotivführer und 35 Prozent der Lokomotivbeizler, angehören.

In treffenden Worten charakterisierte derselbe bei dieser Gelegenheit das Verhalten jener Nachkollegen, die den Kreis des organisierten Personals fernstehen, die Vertrauensmänner desselben bei jeder Gelegenheit in ihrer Ehre besudeln, ihre gemeinnützige Tätigkeit herabsetzen und wenn von denselben etwas erreicht wird, die ersten sind, welche sich die Vorteile des Erreichten aneignen wollen.

Im abgelaufenen Vereinsjahr sind die hiesigen Vertrauensmänner in Verbindung mit dem Mitglied der Personalkommission Genossen Kubizek aus Prerau und den Vertretern der Organisation in wiederholten Fällen bei der k. k. Nordbahn direktion und im k. k. Eisenbahnamt vorstellig geworden und hierdurch Erhöhung des Brenn- und Schmierstoffausmaßes, Weiterentlohnung der Wechdienststunden, Regelung des Versuchsdienstes, Schaffung und Verbesserung von Personalnummern und dergleichen mehr erreicht, außerdem wurde in unglücklichen Angelegenheiten bei der vorgelegten Heizhausleistung zum Vorteil des Personals interveniert.

Auf humanitärem Gebiet werde, wie aus dem Bericht zu ersehen war, Bedeutendes geleistet. Außer den statutarischen Unterstützungen an Mitglieder wurde noch der Betrag von 504 Kr. durch freiwillige Sammlung aufgebracht und damit in dem ärmlichen Heim der Hinterbliebenen von zu früh verstorbenen oder tödlich verunglückten Eisenbahnern wohl so manche momentane Sorge gebannt.

Durch einen Beschluß der Generalversammlung wurde den organisierten Lokomotivbeizern das Recht eingeräumt, an dem bis nun nur für Lokomotivführer bestehenden Unterstützungsstellen teilzunehmen und hierdurch einem geäußerten Wunsche derselben Rechnung getragen.

In seinem Schlusswort forderte der Obmann die Anwesenden auf, durch strenge Pflüchterfüllung und energische Vertretung ihrer hierdurch erworbenen Rechte sich die Achtung und Anerkennung ihrer Vorgesetzten zu erringen, andererseits durch Aufklärung der indifferenten Kollegen im Sinne der Organisation und im Interesse unseres Berufes unermüdelich zu wirken, und empfiehlt die bestehenden Fachblätter, in welchen in vielen Fällen durch die Leitung zu Angelegenheiten, welche das Lokomotivpersonal im allgemeinen oder das der Station Lundenburg im besonderen betreffen, Stellung genommen und so mancher Klage des Personals Ausdruck verliehen wurde, zu eifrigem Studium.

Bei der stattgefundenen Wahl wurde Genosse Josef Pabst als Obmann einstimmig wiedergewählt, in die Leitung die Genossen Lokomotivführer, Travnizel, Wesseli, Danielowitz, Kubalek, Gustav Stangl, Eisinger, Dostal, Gehnie, Schaden, Heyer, Reiter, Gütler, Hauschek, Czerny, die Genossen Lokomotivbeizler Sieglitz, Schlißler und Hubner teils neu, teils wiedergewählt.

Zuschriften in allen Angelegenheiten des Lokomotivpersonals sind an Johann Pabst, Lokomotivführer, Lundenburg, zu richten.

Wien II. (Konferenz der Lokalausführgliedern der Betriebskrankenkasse der k. k. Staatsbahnen.) Am 24. Jänner d. J. tagte unter Vorsitz der Genossen Dickmann, Hartmann und Stella im „Arbeiterheim Karl Marx“, Wien II, eine Konferenz der Ausschussmitglieder der Wiener Lokalkommission der Betriebskrankenkasse der k. k. österreichischen Staatsbahnen, welcher auch Mitglieder des Zentralaus schusses, darunter auch die Genossen Tantsin und Knottel, ferner Genosse Dusek in Vertretung der Zentrale beigezogen haben. Die Konferenz befahte sich sehr eingehend mit der Organisation der Krankenkasse sowie mit einer Statutenänderung, deren Ausarbeitung einem Komitee übertragen wurde. Es wurde ferner beschlossen, das Laborat einer Konferenz von Delegierten der Lokalkommissionen, die am Sitz der Staatsbahndirektionen fungieren, zur Begutachtung und Beschlußfassung vorzulegen. Wir werden gelegentlich das fertiggestellte Laborat einer Besprechung unterziehen.

Reichstadt. Am 2. Februar l. J. fand im Gasthaus „zum Steinbruch“ die ganzjährige Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Genosse J a c k l eröffnete die Versammlung um halb 4 Uhr nachmittags mit der Tagesordnung: 1. Berlesung des Protokolls der konstituierenden Versammlung. 2. Bericht der Funktionäre. 3. Neuwahl der Ortsgruppenleitung. 4. Verschiedenes. Dem Bericht des Obmannes entnehmen wir, daß im Berichtsjahr 86 Mitglieder beigetreten sind, somit zählt die Ortsgruppe mit Jahresabschluss 239 Mitglieder. Ausschussitzungen haben 7 und Versammlungen 6 stattgefunden. Schriftstücke sind 211 angekommen und 378 abgegangen. Dem Kassendbericht ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen der Ortsgruppe Kr. 3300.00 betragen. An die Zentrale wurden abgeführt Kr. 2565.84, an das tschechische Fachblatt Kr. 28.44; an Unterstützung wurden ausgezahlt Kr. 98.12; Inventar, Postporto, Versammlungskosten, Diäten und Schreibmaterial macht zusammen Kr. 362.65, und das Barmvermögen von 245 Kr. ist in der Sparrasse Schönlinde angelegt. Die Kontrolle berichtet, daß die Bücher in bester Ordnung sind und stellt den Antrag, dem scheidenden Ausschuss das Abschlusprotokoll zu erteilen, was einstimmig angenommen wurde. Beim Punkt „Neuwahl“ wurde Genosse Josef J a c k l zum Ortsgruppenleiter gewählt.

Beim vierten Punkt („Verschiedenes“) wurden noch verschiedene Anfragen gestellt, welche zur Zufriedenheit der Anwesenden sowie aller Anwesenden erledigt wurden. Es wurde noch beschlossen, den Vereinsanzeiger des Wahlkreisorganes „Volksstimme“ zu benützen und dafür das Blatt für das Vereinsjahr 1909 mit 8 Kr. zu subventionieren. Da nichts mehr vorlag, schließt der Vorsitzende die so imposant und trotz der schlechten Witterung sehr gut besuchte Versammlung um 7 Uhr abends mit einem Appell: „Auf zu frischer Arbeit!“ Alle Zuschriften sind von nun an zu richten an Genossen Josef J a c k l, Reichstadt Nr. 78.

Jansbrud. (Konferenz der Wagenaufseher und Wagenmeister.) Bei der vor kurzem in Jansbrud stattgefundenen Konferenz wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute den 22. Jänner 1909 im Gasthaus „zum goldenen Stern“ in Jansbrud tagende Konferenz der Wagenaufseher und Wagenmeister erklärt über Anhörung des Referats des Zentralauschussmitgliedes Genossen Preis auf ihren Forderungen zu bestehen. Sie fordern insbesondere die Einführung eines Rangsystems analog dem der Lokomotivführer. Die Erreichung der Forderungen ist nur möglich durch Anschluß an die sozialdemokratische Gesamtorganisation, wie die letzten Ereignisse beweisen.“

Die hier anwesenden Kollegen verwerfen die Separierung durch ihren Klub, da er als Mitglied des Kartells von seinen Vertretern im Abgeordnetenhaus im Stiche gelassen wurde. Wir fordern die Kollegen auf, sich in die Reihen der kämpfenden Eisenbahner zu stellen, jeden Kaskengeist beiseite zu lassen, um durch die Macht der Organisation das zu erreichen, was unserem schmerzlichen und verantwortungsvollen Dienste entspricht.“

Die heute den 22. Jänner 1909 im Gasthaus „zum goldenen Stern“ in Jansbrud tagende Konferenz der Wagenaufseher und Wagenmeister erklärt über Anhörung des Referats des Zentralauschussmitgliedes Genossen Preis auf ihren Forderungen zu bestehen. Sie fordern insbesondere die Einführung eines Rangsystems analog dem der Lokomotivführer.

Die Erreichung der Forderungen ist nur möglich durch Anschluß an die sozialdemokratische Gesamtorganisation, wie die letzten Ereignisse beweisen.

Die hier anwesenden Kollegen verwerfen die Separierung durch ihren Klub, da er als Mitglied des Kartells von seinen Vertretern im Abgeordnetenhaus im Stiche gelassen wurde.

Wir fordern die Kollegen auf, sich in die Reihen der kämpfenden Eisenbahner zu stellen, jeden Kaskengeist beiseite zu lassen, um durch die Macht der Organisation das zu erreichen, was unserem schmerzlichen und verantwortungsvollen Dienste entspricht.“

Tannwald-Schumburg. Die hiesige Ortsgruppe hat am 24. Jänner d. J. die Generalversammlung abgehalten, wobei folgende Funktionäre gewählt wurden: Karl Bogner, Obmann, Albert Welda, Stellvertreter; Peter Kubernatsch und Johann Sahranicek, Schriftführer; Josef Zindrich und Emanuel Dostal, Bibliothekare; Karl Halbich, Johann Berka, Franz Pokorny und Franz Michel, Ausschussmitglieder; Johann Leder und Franz Heil, Schatzmänner; Josef Schlitjcha und Wenzel Kostba Revisoren.

Subkassiere sind gewählt für die Strecke Grünthal: Josef Kovar; für die Strecke Unter-Morchenstern: Albert Welda und für die Strecke Eisenbrod: Franz Michel.

Alle Zuschriften sind zu richten an die Adresse: Josef Perzan, Schumburg 268. Die Mitgliederversammlungen werden am ersten Sonntag im Monat abgehalten. Die Ausschussitzungen bestimmt der Obmann nach Notwendigkeit und werden die Mitglieder mittelst Einladung verständigt.

Murau. Unter sehr zahlreicher Beteiligung wurde Sonntag den 24. Jänner d. J. hier die konstituierende Versammlung der Ortsgruppe Murau des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich abgehalten. Schon vor der anberaumten Zeit war das große Gastlokal in Raubals Gasthof bis auf das letzte Plätzchen besetzt und als Genosse Stepanek, als Einberufer, um 2 Uhr nachmittags die Versammlung eröffnete, war auch das zweite Gastzimmer, von welchem die Verbindungstür ausgehängt worden mußte, mit Zuhörern gefüllt. Nach der Wahl der Genossen Pabst und Schloyer in den Vorsitz wurde zur Wahl des Ausschusses der neuen Ortsgruppe geschritten. Der Antrag des Genossen Stepanek, die bei der Lohnbewegung bewährten Vertrauensmänner in den Ausschuss zu wählen, wurde einstimmig angenommen. Die gewählten Genossen Fröhlich, Obmann, Pabst, Stellvertreter, Steirer, Schriftführer, Schloyer, Stellvertreter, Florian, Kaffler, Karobe und Wegnar, Revisoren, erklärten die Wahl anzunehmen. Hierauf erhielt Genosse Wegnar ein Mittelstück zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Konstituierung der Ortsgruppe Murau“ das Wort. In zündender, zweifelhinder, äußerst sachlicher und gemeinverständlicher Rede führte er uns das Wesen, den Zweck und Nutzen sowie die Erfolge einer guten und bewährten Organisation vor Augen; gab uns ausgezeichnete Ratschläge bezüglich unseres neuen Wirkungskreises als Ortsgruppe und beleuchtete an der Hand trefflicher Beispiele die Bestrebungen und das Entgegenarbeiten unserer Gegner. Mit besonderem Nachdruck forderte er die Mitglieder der neuen Ortsgruppe auf, fest und entschlossen der Organisation immer treu zu bleiben und unermüdelich an dem Ausbau der Organisation tatkräftig mitzuwirken; nur dann wird es ermöglicht werden, auch bei der Muraltalbahn bessere, geordnete Verhältnisse zu erlangen. Der allgemeine, stürmische Beifall, welcher den Ausführungen des Genossen Wegnar folgte, war der sprechendste Beweis, daß jedes Wort einen fruchtbaren Boden gefunden hat.

Amstetten. Am 31. Jänner 1909 fand im große Saale des Arbeiterheims die ganzjährige Generalversammlung statt. Der Obmann Genosse Schauer eröffnete um 5 Uhr nachmittags die Generalversammlung.

Die Verlesung des vorjährigen Generalversammlungsprotokolls wurde anstandslos zur Kenntnis genommen. Der Revisorenbericht wurde durch Erteilung des Abschlusprotokolls genehmigt. Der reichhaltige Bericht des Bibliothekars wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Genosse Somitsch erörterte in einem zweistündigen Referat das Verhältnis der sehr gleichgültigen Eisenbahner zur neuen Sozialversicherung, hauptsächlich Unfallversicherung und Krankenkassen, und errietete für seine, für jedermann leicht verständlichen Ausführungen reichen Beifall.

Genosse Michael P s a n d l wurde mittelst Akklamation einstimmig zum Obmann gewählt. Gewählt wurden ferner die Genossen: Wilhelm Schneckenteiner, Obmannstellvertreter; Anton Zindler, Kaffler; Rudolf Wigner, Schriftführer.

Alle Zuschriften sind an Michael P s a n d l, Amstetten, Alersdorf 4, zu richten.

Die Genossen werden auf diesem Wege nun zum drittenmal erucht, die Mitgliederbücher zur Bezeichnung der Revision abzugeben sowie die Sonntagvormittagsdiskussionen besser und die Vereinsabende an jedem ersten Samstag im Monat zahlreicher als bisher zu besuchen.

Neu-Algen. Protokoll über die am 24. Jänner 1909 getagte Eisenbahnerversammlung in Smunys Restauration, Neu-Algen, mit folgender Tagesordnung: 1. Die Organisation und deren Erfolge. 2. Bericht über die letzte Blocksignaldieners- und Wächterversammlung in Wien. Als Referent erschien Genosse Karl Hofbauer aus Wien, welcher in seiner zweistündigen Rede den Zweck und Nutzen der Organisation klar baulegte, die auch von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf erstattete Genosse Schallek Bericht über die letzte in Wien stattgefundene Wächters- und Blocksignaldienerversammlung. Zum Schluß dankte der Vorsitzende Genosse Wirth den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen und ersuchte alle die noch Ausstehenden, der Organisation beizutreten. Nach Schluß der Versammlung meldeten sich zehn Mitglieder an.

Als Funktionäre wurden folgende Genossen gewählt: Franz Wirth, Zahlstellenleiter; Josef Schallek, Kaffler; Anton Rothbauer, Schriftführer.

Literatur.

„Der Kampf“. Sozialdemokratische Monatschrift. Das Heft 5 des II. Jahrganges ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Otto Bauer: Politische Synthese. — W. Ellenbogen: Volksparlament und Verfassung. — Juraj Demetrowic (Agram): Dualismus oder Triasismus? — Josef Seliger: Die Parteiorganisation in Deutschböhmen. — Michael Bernstein: Aus Deutschböhmen. — Sultan C e f t e i n: Ein deutscher Professor auf dem Kriegspfad. — Julius Spielmann; Agrargebiete in Oesterreich. — Arnold Politischer; Die Regierungsvorlage für ein Trunkenheitsgesetz. — Jakob Neumann: Kranke- und Unfallversicherung für die Arbeiter der Gemeinde Wien. — Julius Deutsch; Tarifvertrag und Unternehmersorganisation. — Otto Weig; Die Abstammungslehre. — Bücherchau; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Verlag und Verwaltung, VI., Mariabühlstraße 89.

„Das Recht“. Volkstämmliche Monatschrift für östereichisches Rechtsleben. Herausgeber Dr. F. Zinger und Dr. J. Kosner. Die soeben erschienene Nummer 15 dieser Monatschrift hat folgenden Inhalt: Die Zerlegung der alten Ordnungen. Von Universitätsprofessor Doktor Eugen Ehrlich. — Rechtspflege; Verwaltungsrecht. — Bücher und Zeitschriften: Dr. Ignaz v. Huber; Beiträge zur Frage der Reform des Obersten Gerichtshofes. — allerlei aus dem Rechtsleben: Hoffnung auf Segen. — Die Unabhängigkeit des Richterstandes. — Jugendliche Arbeiter vor Herrn Winterstein. — Der Bopf, der hängt ihr hinten. — Ein neuer Polizeigeist. — Der pensionierte Kontraktant.

Diese Monatschrift erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Preis jährlich 6 Kr., die einzelne Nummer 30 S. Redaktion und Administration: Wien, VI., Kajetengasse 24.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 27. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Theorie vom blauen und roten Blut. — Entwicklungsgeschichtliches über die Montanindustrie. Von Otto Que. — Theorie und Praxis in der Gemeindepolitik. Von J. Simon (München). — Abschaffung der indirekten Verbrauchssteuern in den Gemeinden. Von Hans Schiller (Zürich). — Abschaffung aller indirekten Steuern. Von Og. Klämpfer (Zirndorf). — Gewerkschaftsbeamte und Partei. Eine Erwiderung.

Von Hermann Peters (Dortmund). — Das Ende des sächsischen Dreiklassenparlamentes. Von Gustav Rom. — Literarische Rundschau: Paul Hirsch, fünfundzwanzig Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde. Von Dr. R. Kuczyński. Die Entwicklung der gewerblichen Löhne. Von ad. br. — Notizen: Deutschland in der Welt voran! Von k. — Zeitschriften: „Die Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von Mk 3.25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteefestung am 23. Jänner 1909.
Es lagen 125 Unterstützungsanträge vor; für 109 Fälle wurden Unterstützungen im Betrage von 2810 Kr. bewilligt; 13 Fälle wurden abgewiesen, 2 Fälle an die betreffenden Ortsgruppen rückgeleitet, 1 Fall wurde zurückgestellt. Aus dem Hilfsfonds wurde eine Unterstützung in der Höhe von 40 Kr. bewilligt. Der Rechtschutz wurde für 70 Fälle bewilligt. Zur Begleichung von 162 Expensnoten wurde ein Betrag von Kr. 13.841.41 angewiesen. Hierauf wurden mehrere Personalangelegenheiten geregelt und die vorliegenden Zuschriften der Ortsgruppen und Zahlstellen erledigt.

Sprechsaal.

An das gesamte Personal der elektrischen Bahn Lana-Meran!

Kollegen! Genossen!
Infolge Ablaufes der Funktionsdauer der von den vereinigten Eisenbahnbediensteten im Jahre 1906 gewählten Delegierten und deren Erbsamänner sind laut § 8 und 9 des Statuts von dem gesamten Personal der elektrischen Bahn Lana-Meran ein Delegierter und ein Erbsamänner für die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen zu wählen.

Wir empfehlen daher sämtlichen Bediensteten der Lana-Meraner elektrischen Bahn ohne Unterschied der Kategorie nach folgende Kandidaten zur Wahl:

Als Delegierten:

Franz Unterrainer, Motorführer, Lana.

Als Erbsamänner:

Anton Raierhofer, Kondukteur, Lana.

Eisenbahner! Genossen! Kollegen! Wähler!

Es gilt, alles daran zu setzen, daß unsere Kandidaten gewählt werden. Die Regierung plant gegen die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt ein Attentat; man will, anstatt verbessern, noch verschlechtern; wir müssen daher auf der Hut sein.

Jeder einzelne muß für unsere Kandidaten agitieren. Versäumt eure Pflicht am Wahltag nicht und laßt euch nicht einschüchtern. Ihr habt freies Wahlrecht. Jeder Wähler hat einen unausgefüllten Stimmzettel zu bekommen.

Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Oesterreichs.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion Villach!

Die Wächter der k. k. Bahnerhaltungssektion Friesach haben bis heute noch immer keinen freien Tag und wurden die reinigen Stunden Sonntagsruhe noch weggenommen mit dem Bemerkten, daß der Bahnmeister Breitisch del keine Wächtersubstituten aufstellen kann. Die um den freien Tag gebrachten Wächter bitten um gütige Untersuchung dieser Angelegenheit und Gewährung des dienstfreien Tages.

An das k. k. Eisenbahnministerium!

Die Blockwächter der Station Pettschau erlauben sich an das k. k. Eisenbahnministerium die hiesige Anfrage zu richten, ob es bekannt ist, daß die von der Staatsbahndirektion Pilsen genehmigte und seit zehn Jahren geltende Dienstverteilung am 9. Jänner d. J. vom Herrn Stationsvorstand Pettschau eingestellt wurde. An deren Stelle wurde eine Dienstverteilung erlassen, die nach einem 17stündigen Dienst nur 7 Stunden Ruhe gewährt, dann wieder 17 Stunden Dienst u. j. m.

Da nun die kleinen Zugspausen auf den Lokalbahnen Natonsitz-Pettschau und Marienbad-Karlshad nicht hinreichen, 13 Weichen sowie die Stellriegel und Wechsellörper zu reinigen, die Semaphore und die Distanzsignale zu bedienen, so müssen diese Arbeiten während der siebenstündigen Ruhezeit gemacht werden. Infolgedessen sind die Blockwächter der Station Pettschau bei Antritt des Dienstes niemals ordentlich ausgeruht und dies bedeutet eine Gefahr für die Aufrechterhaltung eines gesicherten Betriebes. Die Blockwächter bitten deshalb, ein k. k. Eisenbahnministerium möge die frühere Dienst- und Ruhezeitverteilung, wie selbe vor dem 9. Jänner 1909 bestanden, auf den beiden Lokalbahnen anordnen.

An die k. k. Nordbahndirektion!

Ist es einer löblichen k. k. Nordbahndirektion bekannt, daß im Beständ der Ordinationskammer der Bahnärzte in der Station Lundenburg allmählich von einem Sängerbund Gesangsproben abgehalten werden?

Sollte die Stationsleitung dazu ihre Bewilligung erteilt haben, so bitten wir eine k. k. Direktion, dieselbe zu verhalten, auch die entsprechende Miets zu fordern, nachdem in dieser Station die Anrechnung der Platzmiete und des Lagergeldes für Parteigüter besonders strenge gehandhabt wird.

An das k. k. Eisenbahnministerium!

Die Rampen- und ambulanten Wächter der k. k. Bahnverwaltung Wien II hatten bis vor dem 21. Februar 1908 16 Stunden Dienst und 16 Stunden frei, überdies monatlich einen dienstfreien Tag. Am 21. Februar 1908 wurde der Turnus auf 18 Stunden Dienst, 18 Stunden frei und Wegfall des dienstfreien Tages herausgegeben, was eine Verschlechterung gegenüber dem früheren Turnus bedeutet, insofern der freie Tag entfällt.

Anfangs März 1908 sprach eine Wächterdeputation unter Führung des Reichsratsabgeordneten Genossen Tomšil und des Personalratsmitglied Genossen Blochbacher Genossen Hartl beim k. k. Eisenbahnministerium vor und übergaben ein mit zahlreichen Unterschriften gezeichnetes Gesuch um Einführung eines 16stündigen Dienstes mit darauffolgender 24stündiger Ruhezeit. Das k. k. Eisenbahnministerium sagte der Deputation eine Erleichterung zu, doch bis jetzt ist nichts geschehen. Die betroffenen Wächter bitten deshalb um baldige Erledigung.

An die k. k. Nordbahndirektion!

Ist die k. k. Nordbahndirektion geneigt, den in Mährisch-Oderfurth für nur 30 Angehörige des Lokomotivpersonals bestehenden, vom Herrn Maschinenoberkommissär Auzicht ohne

Zuziehung der Vertrauensmänner dieses Personals erstellten Dienstturnus aufzulösen und einen neuen im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern ausgearbeiteten, das Gesamtlokomotivpersonal umfassenden Dienstturnus aufzustellen?
Der bestehende Turnus ist eine krasse Ungerechtigkeit und öffnet der Protektion für die Günstlinge der Heizhausleitung Tür und Tor, da das übrige, nicht protegierte Personal nur auf die Nebendienste angewiesen ist und die schlechtesten Güterzüge fahren muß, wodurch es materiell auf das empfindlichste geschädigt ist. Durch diese eklatante Ungerechtigkeit und Zurücksetzung ist das Lokomotivpersonal in große Aufregung verlegt.

Gleichzeitig bittet das Lokomotivpersonal, das Kohlenausmaß für die Strecke Mährisch-Odrau-Dzieditz doch endlich einmal zu erhöhen, nachdem die Bewilligung bereits am 1. Oktober 1908 erfolgte, bis heute aber noch nicht verrechnet wird.

Das betroffene Lokomotivpersonal von Mährisch-Odrau-Oderfurth.

An die Direktion der Staatsbahngesellschaft!

Die Wagenaufseher der Sektion I haben trotz mehrmaligem Ansuchen immer noch keine andere Dienstverteilung bekommen, während in den Sektionen II und III bereits seit 14. Dezember 1908 der 12stündige Dienst mit darauffolgender 24stündiger Ruhezeit eingeführt ist. Da der Dienst in der Sektion I ebenso anstrengend wie in den anderen Sektionen ist, so erwarten die Wagenaufseher, daß die löbliche Direktion den 12stündigen Dienst auch auf die Sektion I ausdehnen möge.

An die k. k. Nordbahndirektion in Wien!

Die Aushilfskondukteure der Station Prerau erlauben sich an eine löbliche Direktion die Anfrage, warum wir in Prerau noch immer nicht mit Montur beteiligt sind.

In sämtlichen Stationen wurde dieselbe schon ausgefolgt, nur in Prerau ist von einer Ausfolgung keine Spur.

Nachdem wir uns in Prerau ebenfalls in einer mißlichen Lage befinden und mit denselben Teuerungszuständen zu kämpfen haben wie in Wien, Brunn, Lundenburg und dergleichen, so erlauben wir uns an eine löbliche Direktion höflichst die Bitte zu stellen, in dieser Angelegenheit so bald wie möglich Remedur zu schaffen.

An die k. k. Staatsbahndirektion Olmütz!

Ist einer löblichen Staatsbahndirektion bekannt, daß die Bediensteten der Bahnerhaltungssektion Jägerndorf bei der monatlichen Auszahlung keine Lohnzettel erhalten? Es wäre dies um so notwendiger, da seit zwei Monaten die Abzüge erhöht wurden und viele der Bediensteten nicht wissen, welcher Betrag nach der neuen Berechnung in Abzug zu bringen ist.

Ferner geben wir bekannt, daß sich am 24. Jänner d. J. auf der Strecke Troppau-Jägerndorf ein Bahnmeister Gürtler herumtrieb, angeblich um die Wächter zu kontrollieren.

Wir bitten, diesem Bahnmeister eine entsprechende Beschäftigung in Jägerndorf zu geben, damit derselbe nicht zum Verdruss der Wächter die genannte Strecke unsicher macht.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Marburg I. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Vereinsstunden für Samstag abends von 6 bis 8 Uhr und Sonntag vormittags von 9 bis 12 Uhr festgesetzt sind, wo auch gleichzeitig die Monatsbeiträge durch den Kassier entgegengenommen würden sowie Bücher aus der Ortsgruppenbibliothek zur Ausgabe gelangen. Weiters werden diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand sind, freundlichst ersucht, dieselben zu begleichen, da sie sonst aus der Ortsgruppenmitgliedschaft gestrichen werden und daher aller Ansprüche verlustig werden. Auch werden sämtliche Mitglieder ersucht, etwaige Wohnungsänderungen rechtzeitig beim Kassier zu melden, da wir des öfteren die traurige Erfahrung machten, daß sich Mitglieder beschwerten, daß sie das Fachblatt nicht erhielten und daher unndingterweise nach der alten Wohnungsadresse reklamiert wurde.

Ortsgruppe Gmünd. Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß ab Februar d. J. die Einzahlung der Mitgliedsbeiträge im Vereinslokal bei Herrn Karl Haal in Unter-Wielands jeden Samstag nach dem 1. und 18. von 7 bis 8 Uhr abends stattfindet.

Diejenigen Genossen, welche in Folge dienstlicher Verhinderung die Einzahlungsabende nicht besuchen können, wollen ihre Beiträge den Genossen Klopfi (Heizhaus), J. Bögl (Oberbau) und Johann Reiter (Bahnamt) übergeben.

Es sei jedoch ausdrücklich bemerkt, daß hierdurch keineswegs ein Präjudiz geschaffen wird, sondern es werden die Mitglieder im eigenen Interesse ersucht, ihre Mitgliedsbeiträge pünktlicher zu erheben und die Vereinsabende besser als bisher zu besuchen, da nur durch einen ständigen Kontakt mit den Mitgliedern und gründlicher Aussprache wichtige Fragen im gegenseitigen Interesse gelöst werden können.

Wiederholt werden die Genossen nur auf den Besuch ihres eigenen Lokals verwiesen und vor dem Besuch solcher gewarnt, in welchen unsere Organisation als ehrliche Vertreterin der Eisenbahner verhöhnt wird, woran in einem solchen Falle die Genossen selbst mitzufällig sind.

Ortsgruppe Aßling. Am 14. Februar 1909 findet im Gasthaus „zur Post“ um 2 Uhr nachmittags die diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Lokale Fragen. 4. Allfälliges. Um zahlreichen Besuch wird ersucht.

Zahlstelle Halbstadt. Die nächste Monatsversammlung findet am 28. Februar d. J. in Bobisch im Gasthaus des Herrn August Bang um 2 Uhr nachmittags statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Ortsgruppe Waidhofen a. d. Ybbs. Sonntag den 14. Februar 1909 um 2 Uhr nachmittags findet im Arbeiterheim (Hotel „goldener Reichsapfel“) die diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Bericht der Funktionäre. 3. Neuwahl. 4. Vortrag (Referent aus Wien). 5. Anträge und Anfragen. Die Mitglieder samt ihren Frauen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Ortsgruppe Aßling. Am 14. Februar 1909 findet die Generalversammlung um 2 Uhr nachmittags im Pötte Post in Aßling statt. Die geehrten Mitglieder werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher und Interimskarten beifügen Kontrolle an den Kassier abzugeben. Ausgeliehene Bibliotheksbücher sind zurückzustellen, die Gebühren sind zu begleichen. Der Tag der Wiederanforderung der Bibliotheksbücher wird bei der Generalversammlung festgesetzt.

Ortsgruppe Krems a. d. Donau. Sonntag den 21. Februar d. J. um 4 Uhr nachmittags findet in Herrn Karl Bogls Bahnhofhotel im Wachauer Keller (vis-à-vis dem Bahnhof) die ordentliche Generalversammlung der Zahlstelle statt. Nachdem in dieser Versammlung die Wahl für die bereits freierte Ortsgruppe Krems im Sinne des Vereinsstatuts (§ 7) erfolgt, so ist ein vollzähliges Erscheinen unbedingt Pflicht eines jeden Mitgliedes und wird gleichfalls ersucht, pünktlich zur festgesetzten Stunde zu erscheinen.

Sollte die Generalversammlung nicht beschlußfähig sein, so findet eine Stunde später selbe ohne Rücksicht auf Beschlußfähigkeit statt.

Zahlstelle Kleinreising. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher und Interimskarten zur Abstempelung abzugeben. Ferner werden die Mitglieder ersucht, die entliehenen Bibliotheksbücher zwecks Revision bis längstens 1. März zurückzugeben. Nach dem 1. März werden bis auf weiteres keine Bücher ausgefolgt.

Ortsgruppe Bruck a. d. Mur II. Es diene den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß am ersten Montag eines jeden Monats um 7 Uhr abends ein Diskussionsabend stattfindet und mögen sich die Genossen an diesem so zahlreich wie möglich beteiligen. Nehmt auch eure Frauen mit.

Weiters wird bekanntgegeben, daß die Subklassierte Genossen Franz Eschusch, Michael Fridhol, Rudolf Maindl und Bibliothekar Genosse Leitgeb bei der jeden Samstag stattfindenden Bibliotheksausgabe die Vereinsbeiträge sowie Mitgliederanmeldungen entgegennehmen. Um die Beiträge mit der Zentrale rechtzeitig abrechnen zu können, wird an die Mitglieder das Ersuchen gestellt, ihre Beiträge bis längstens 10. eines jeden Monats zu entrichten.

Ortsgruppe Wels. Samstag den 13. Februar d. J. findet im Saale des Herrn Bruchschweiger in Wels, Westbahnstraße, die Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: Die Durchführung der Zugständnisse auf den k. k. Staatsbahnen. Referent aus Wien.

Zahlstelle Kapogedl. Alle Zuschriften in Gelbangelegenheiten sind an Genossen Strakosch, in Vereinsangelegenheiten an Genossen Engel zu adressieren.

Ortsgruppe Tetschen. Die diesjährige Generalversammlung findet am Sonntag den 14. Februar 1909, nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus „zur Lanne“ in Tetschen statt.

Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls der vorjährigen Generalversammlung. 2. Vereinsberichte: a) des Obmannes, b) des Kassiers, c) der Revisoren, d) des Bibliothekars. 3. Neuwahl. 4. Eventuelles. Zahlreiches Erscheinen Pflicht.

Ortsgruppe Salzburg I. Am Sonntag den 14. Februar 1909, nachmittags 3 Uhr, findet in Herrn Koutz' Gasthaus „zum Pflanzmann“ die ganzjährige ordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Ausschusses. 2. Eventuelles. Alle dienstfreien Mitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.

Ortsgruppe Salzburg II. Die Ortsgruppe Salzburg II gibt ihren Mitgliedern bekannt, daß die Bibliothek ab 1. Februar d. J. den Mitgliedern zur Benutzung geöffnet ist. Die Ausfolgung, respektive Rückgabe der Bücher erfolgt gegen Vorweis der Mitgliedsbücher oder -Karten am ersten und dritten Donnerstag eines jeden Monats von 6 bis 8 Uhr abends in der Wohnung des Bibliothekars Genossen Max Schod in Jelling, Kreuzgasse 7.

Fällt auf die genannten Tage ein Feiertag, so findet der Umtausch am vorhergehenden Tage statt. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Bibliotheksordnung.

Ortsgruppe Rodenbach. Den werten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Monatsversammlung am 14. Februar 1909 mit Vortrag vom Genossen Bräuer abends 8 Uhr in der „Volksstube“ stattfindet.

Ortsgruppe Bischofshofen. Am 16. d. M., abends 8 Uhr, findet die diesmonatliche Vereinsversammlung beim Saffer statt. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Wahl eines Bibliothekars. 3. Allgemeine Organisationsangelegenheiten. 4. Allfälliges.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um möglichst zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht, dagegen bleibt die Versammlung aber auch auf Mitglieder — diesmal ausnahmsweise — beschränkt.

Die Mitgliedsbücher, beziehungsweise Mitgliedskarten sind mitzubringen, soweit sie in Händen der Mitglieder sich befinden. An die Genossen Ausschussmitglieder ergeht das Ersuchen, zwecks wichtiger Vorbesprechung bereits um halb 8 Uhr im genannten Lokal erscheinen zu wollen.

Ortsgruppe Wien II. Nordbahn. Die Jahresgeneralversammlung findet Samstag, 27. Februar, um 7 Uhr abends im Vereinslokal, „Arbeiterheim Karl Marx“, statt und werden die geehrten Mitglieder ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Ortsgruppe Aushg. Sonntag den 21. Februar 1909 um 8 Uhr abends im „Volksstube“ des neuen Vereinslokales Monatsversammlung mit Vortrag. Ferner werden die Mitglieder aufmerksam gemacht, daß die reichhaltige Vereinsbücherei von nun an ebenfalls im neuen Vereinsheim ist und daselbst jeden Montag abends von 7 bis 9 Uhr die Bücher ausgeliehen werden. Die Genossen werden ersucht, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ortsgruppe Linz. Am Samstag den 13. Februar um halb 8 Uhr abends im Gasthaus „zum Stahlradklub“, Untonsstraße, allgemeine zugängliche Vereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vereins- und Gewerkschaftsbericht. 2. Wahl eines Wahlkomitees für den nächstjährigen Ortsgruppenausschuss. 3. Anträge und Anfragen.

Ein zahlreicher Besuch wird erwartet, da über die Wohnungsreform Bericht erstattet wird.

Ortsgruppe Prerau I. Der Ausschuss der Ortsgruppe Prerau I hat beschlossen, eine Revision der Ortsgruppenbibliothek durchzuführen. Zu diesem Zweck werden die Mitglieder ersucht, die entliehenen Bücher bis längstens 15. Februar d. J. zurückzugeben. In der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1909 werden keine Bücher ausgegeben.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Ried im Inntal. Sonntag den 14. Februar um 3 Uhr nachmittags findet in Furthners Glasalon nächst dem Bahnhof eine freie, jedermann zugängliche Eisenbahnerversammlung statt. Tagesordnung: Die Durchführung der Zugständnisse auf den k. k. österreichischen Staatsbahnen. Referent aus Wien. Es wird daher ersucht, an dieser wichtigen Versammlung sich zahlreich zu beteiligen.

Bekanntmachung der Administration.

I. Aufruf!

Obwohl wir an dieser Stelle zu wiederholtenmalen an die sämtlichen Ortsgruppenfunktionäre das Ersuchen gestellt hatten, uns den Fragebogen über den Mitgliederstand nach Kategorien getrennt für das Jahr 1908 in allen feinen Details ausgefüllt einzusenden, müssen wir leider konstatieren, daß dies bei nachfolgenden Ortsgruppen bis zum 8. Februar 1909 keine Berücksichtigung gefunden hat:

Appetit

gesunden Magen, keine Uebelkeiten haben wir, seit wir Fellers abführende Rhabarber-Pillen m. d. M. „Elsapillen“ benutzen. — 6 Schachteln franko 4 Kronen. Beziehet von E. V. Feller in Stubica, Elisabethplatz Nr. 191 (Kroatien). *Elsa.*

Abelsberg, Ala, Beneschau, Bieltz, Boryslaw, Bregenz, Bruck an der Mur II, Chraft bei Pilsen, Gili, Gzarno, Gzernowiz, Delatyn, Divacca, Geiersberg, Götz I, Götz III, Galicz, Junsbrud II, Klagenfurt, Kolomea, Kopyczynce, Korczow, Kremfier, Krma-Neuborf, Lundenburg, Marburg I, Murau, Napajedl, Neu-Vigen, Neu-Sandec, Oberfurt, Oswieczim, Podbrdo, Prohnik, Przemysl, Raudnik, Rovereto, Rzeszow, Sedlez, Sucha, Schönbrunn, Schwarzenau, Schwegat, Stauding, Struj, Tarnopol, Trieste I, Wallern, Wien-Favoriten IV, Wiznit.

Damit nun die Fertigstellung des Berichtes keine Verzögerung zu erleiden braucht, ersuchen wir die Besitzer dieser Fragebogen um ehebaldigste Zusendung derselben.

II.

Es kommt öfters vor, daß die Genossen Funktionäre die bei der Administration bestellten Drucksorten nach ihrer Angabe erst nach wiederholter Reklamation erhalten, was ihnen den Anlaß zu Schimpfereien über das Anstiftungsbureau der Zentrale zu geben scheint. Wir können nicht unterzuchen, wie weit die einzelnen Auslassungen gerecht seien, machen aber die Genossen Funktionäre aufmerksam, daß dies vermieden werden kann, wenn von ihnen die Bekanntmachungen der Administration jedesmal gelesen werden.

Wir machen sie weiter aufmerksam, daß eine Bestellung, die mit einem kurzen Vermerk einem langen Schreiben, das an das Sekretariat, Rechtsschutzbureau oder an die Redaktion gerichtet ist, beigefügt wird, bei der Fülle der Arbeit leicht übersehen werden kann und an die zuständige Stelle gar nicht gelangt. Diese Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir die Genossen Funktionäre, die Bestellungen von nötigen Drucksorten auf einem separaten Blatt Papier unter Angabe der vollständigen Adresse des Bestellers einem Schreiben beizuschließen und dahin zu trachten, daß mit einer solchen Bestellung der Vorrat aller nötigen Drucksorten für längere Zeit ergänzt wird und nicht, wie es in der Regel geschieht, jede Drucksorte separat im Abstand von einigen Tagen zu bestellen, wodurch eine Unmenge von Arbeitszeit und Postporto unnütz verloren geht.

III.

An unsere Kalenderkolporteurs.

In dem die diesjährige Kalenderauflage längst vergriffen ist und über unser an die Ortsgruppen ergangenes Ersuchen um Retournierung der nicht verkauften Kalender keine mehr retourniert werden, ersuchen wir, keine Bestellungen mehr an uns zu richten, und schließen die Bitte an, die an uns schon abgeforderten Bestellungen nicht zu reklamieren, weil wir aus den angeführten Gründen nicht in der Lage sind, dieselben zu effektuieren. Gleichzeitig ersuchen wir, die bereits verkauften Kalender ehebaldigst zur Verrechnung zu bringen.

IV.

Nichtigstellung.

Wir haben in unserer letzten Nummer die Ortsgruppe Obertraun irrtümlich mit jenen Ortsgruppen ausgewiesen, die mit den Mitgliederbeiträgen sich im Rückstande befunden haben. Wir stellen nunmehr fest, daß dies auf einen Irrtum unsererseits beruht, was wir hiermit bekanntzugeben verpflichtet sind.

Briefkasten der Redaktion.

Mitglied Nr. 33. Die Witwe hat Anspruch auf 33% Prozent des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen; jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre (wenn es eheliche Kinder sind) auf 25 Prozent; die Witwen- und Waisenteile zusammen darf 83% Prozent des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen. In diesem Falle bekommt die Witwe samt drei Kindern eine 83% prozentige Rente. Außerdem gebührt der Witwe ein Rechenkostenbeitrag in der Höhe von 50 Kr. Ferner kann die Witwe bei der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsgesellschaft um eine außerordentliche Unterfützung im Gefuchtswege einkommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.	Inferate	Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.
---	-----------------	---

Nachruf!

Ein herzliches Lebenswohl rufen die Genossen von Bruck und Kapfenberg dem von Kapfenberg L. W. nach W.-Feistritz versetzten Lokomotivführer Anton W a u ch auf diesem Wege nach. Er wurde der guten Sache auch ferner wie bis jetzt treu bleiben.

Bruck a. d. Mur.

Ehrenterklärung.

H. Schlemmer, bedauer, auf der Korrespondenzkarte vom 2. Jänner 1909 die Maria Gruber, Gattin des in Ungarn, größtlich beleidigt zu haben, und letzte Absicht.

Leoben am 30. Jänner.

Schlemmer.

Maschinenführer erhalten dreifache Prämie

bei Verwendung meines erprobten Kohlenparazols - 300 Gramm genügen für 1000 Kilogramm Kohle - per Kilogramm 6 Kronen. Gebrauchsanweisung und 300 Gramm Probe bei der

Amerikanischen Agentie

Wien 9/2, Severingasse Nr. 15.

10.000 K Belohnung

für Bartlose und Kahlköpfige



Bart und Haar tatsächlich in 8 Tagen durch echt dänischen „Mos Balsam“ hervorgehen. Alt und Jung, Herren und Damen brauchen nur „Mos Balsam“ zur Erzeugung von Bart, Augenbrauen und Haar, denn es ist bewiesen worden, dass „Mos Balsam“ das einzige Mittel der modernen Wissenschaft ist, welches während 8 bis 14 Tagen durch Einwirkung auf die Haarpapillen dieselben derartig beeinflusst, dass die Haare gleich zu wachsen anfangen. Unschädlichkeit garantiert.

ist dies nicht die Wahrheit, zahlen wir
10.000 K bar

Jedem Bartlosen, Kahlköpfigen oder Dünnshaarigen, welcher Mos Balsam sechs Wochen ohne Erfolg benützt hat. Ob.: Wir sind die einzige Firma, welche eine derartige Garantie leistet. Aerztliche Beschreibungen und Empfehlungen. Vor Nachahmungen wird dringend gewarnt. Betreffend meine Versuche mit Ihrem „Mos Balsam“ kann ich Ihnen mitteilen, dass ich mit dem Balsam durchaus zufrieden bin. Schon nach acht Tagen erschien ein deutlicher Haarauswuchs, und trotzdem die Haare hell und weich waren, waren sie doch sehr kräftig. Nach zwei Wochen nahm der Bart langsam seine natürliche Farbe an und dann erst fiel die außerordentlich günstige Wirkung Ihres Balsams recht ins Auge. Dankend verbleibe ich I. C. Dr. Tvorg. Kopenhagen. 1 Paket „Mos“ 5 Gröden. Diskr. Verpackung. Durch Vorauszahlung oder Nachnahme zu erhalten. Man schreibe an das grösste Spezialgeschäft der Welt:

Mos-Magasinet, Kopenhagen 308, Dänemark.

Postkarten sind mit 10 Heller-Marken und Briefe mit 25 Heller-Marken zu frankieren.

Möbelhaus Eduard Arnstein

IX., Porzellangasse 60

gegenüber dem Franz Josefs-Bahnhof.

Solideste und beste Einkaufsquelle! Politerte Einrichtungen von K 110, 130, 210 aufwärts. Kücheneinrichtungen K 30, 40, 60. Komplette Schlaf- und Speisezimmer, altdeutsches und modern, von K 280 aufwärts. Ottomane, Diwans etc. Nur eigene Erzeugung.

Eisenbahner genießen besondere Ermässigung!

Provinzaufträge werden ebenso gewissenhaft expediert wie bei persönlicher Auswahl. Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken kostenfrei. Preiskurante gratis und franko.

Den p. t. Ortsgruppen und Fachvereinen der Eisenbahner

empfehl ich zur schleunigen und sorgfälligen Herstellung jeglicher Druckarbeiten

als: Briefungen, Werke, Broschüren, Vereinsblätter, Statuten, Aufträge, Birkulare, Einladungen etc. etc., und zur Lieferung von Papier jeglicher Gattung, Kuverts etc. etc. via

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Swoboda & Co.

Wien, VI., Mariahilferstraße 89A.

Druckerei der „Arbeiter-Zeitung“, des „Eisenbahner“ und vieler anderer sozialdemokratischer Blätter.

Konsumverein für Bedienstete der f. f. österreichischen Staatsbahnen registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

General-Versammlung

welche Sonntag den 7. März 1909 in den Stadtsälen (kleiner Saal) um 2 Uhr nachmittags stattfindet.

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Abrechnungsamtes auf Antrag des Aufsichtsrates. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl des Aufsichtsrates und dessen Erhaltungsmänner. 5. Erteilung der Protokolle an Bedienstete des Konsumvereines. 6. Abschreibung von Verlusten. 7. Ergänzung und Veränderung der Statuten. 8. Entscheidung über eventuelle Beschwerden gemäß Punkt 3 bis 24 des Genossenschaftsvertrages. (Eventuelle Anträge von Mitgliedern sind bis längstens 31. Jänner 1909 von mindestens 30 hinberichtigten Mitgliedern beim Vorstand schriftlich anzukommen.)

Zur Fälligkeit zur festgesetzten Stunde (laut Genossenschaftsvertrages § 25) die Generalversammlung beschlussfähig erscheint, findet die neue ordentliche Generalversammlung im selben Saal und am selben Tage um 3 Uhr nachmittags mit derselben Tagesordnung (§ 27) ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen, beziehungsweise vertretenen Mitglieder statt.

Für den Vorstand: Leopold Gsch. Johann Gruber.

Befreiung sofort! Glänzende Anerkennungen, ärztlich empfohlen. - Alter, Geschlecht angeb. Broschüre umsonst: Institut „Aesculap“ Stadthof 101a, Bayern.

Grammophonkäufer! Achtung!

Nebenstehender Apparat, Kasten 30x8x13 cm mit prachtvollem, goldverziertem Blumenrichter von 50-45 cm, ganze Höhe zirka 70 cm, mit Präzisionslaufwerk, während des Spielens seitwärts aufziehbar, große und kleine Platten geräuschlos und gleichmäßig ziehend, mit Tonarm u. Konzert-Membrane von kräftigster, reinster Wiedergabe, kostet jetzt nur

K 30.-

beziehungsweise mit 10 doppelseitigen, 25 cm grossen, garantierten Hartgummiplatten (also kein Papiermaché) **K 55.-** gegen Nachnahme. - Kolossales Platten- und Zubehörager. Für Wiederverkäufer erste und billigste Bezugsquelle. - Konkurrenzlos.

Landstrasser Grammophon-Versandhaus

Wien, III/1, Thomasplatz 8.

Billige böhmische Bettfedern!

5 Kilo neue, gefüllte Nr. 9/60, bessere 12 Kr., weiße, daunenweiche, gefüllte 18 und 24 Kr., daunenweiche, daunenweiche, gefüllte 30 und 36 Kr. Versand franco per Nachnahme. Umtausch und Rücknahme gegen Porto-Verhältnis gratis.

Benedikt Sachsel Lobes Nr. 170 bei Pilsen (Böhmen).

Haben Sie schon einen Phonographen gratis bekommen?

Um meine vorzüglichste neueste Starton-Goldmarkenplatte überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, 2500 Phonographen zu verschenken. Bedenken Sie gegen Einlösung von 10 H (in 25-leimarten) Prospekt und Sie können einen prächtvollen Konzert-Phonographen gratis und sofort erhalten.

I. Sprechmaschinen-Export „Lowin“ Wien, VI., Mollardgasse 26, Tür 60.

5000 Uhren Gratis

Katalog sende jedermann ohne jede Bezahlung unversehrt u. portofrei!

aronen	aronen	aronen	aronen
Kost.-Ballett 3.-	Biederuhr ... 2.40	3.-Beder ... 6.-	Pendeluhr, ... 7.-
216.-Kost. 6.-	Schallblatt ... 3.-	Schlagwerk ... 8.-	2.-armig ... 9.-
Eisen.-Kost. 7.-	Turmuhren ... 5.-	Prüf ... 10.-	mit Beder ... 10.-
silber-Doppel-mantel ... 8.-	Küchenuhr ... 2.-	6 Walzen ... 12.-	mit Musik ... 12.-

Original Omega, Schaffhausen, Glashütte, Helios, Amalfi, I. L. gerührt, von K 13.-, sowie Gold- und Silberwaren zu Original-Fabrikpreisen. 3 Jahre Garantie. Umtausch oder Geld retour.

Max Böhnell, Wien

IV., Margarethenstrasse 27/9, im eigenen Hause. Beeideter Schätzmeister und Sachverständiger. - Größte und älteste Firma. Gegründet 1841. - 5000 Bilderkatalog unversehrt und portofrei.

Aufruf an die Herren Eisenbahner! Wits für Möbelfeuer und Brautpaare! Wiens beste und billigste Einkaufsquelle für MOBEL ist die in Eisenbahnerkreisen altbekannte, langjährig bestehende

Fünfhäuser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142

Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

politerte Zimmereinrichtungen à Kr. 110, 130, 150, 170, 200 u. 240. Stücheneinrichtungen von Kr. 250 aufwärts. - Komplette Schlaf- und Speisezimmer von Kr. 280. - Moderne Stücheneinrichtungen, grau weiß, grün, à Kr. 70. - Einzelne Gegenstände billig in großer Auswahl. Kleine Bedienstete für die Provinz gratis. Großer Möbel-Katalog gegen 60 Heller Beizmarke franco.

Beifolgende Bestellungen streng kontrolliert bei persönlicher Auswahl. Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken kostenfrei.

Warten Sie genau auf in die Firma Fünfhäuser Möbelniederlage, da eine Konkurrenz meine Hausnummer als Preis misbraucht, um meine p. t. Kunden irrezuführen. Gelbe Firmatafel vor dem Geschäft.

Kaufe bei Kraus!

wer gediegene, schöne Leinwand schätzt!

1 Stück guten Hemden-Chiffon ... 84 cm breit, 20 m lang K 8.-
1 " beste Irlander ... 80 " " 23 " " 11.-
1 " Krausleinwand ... 60 " " 20 " " 16.-60

Krausleinwand (echtes Lulsianstuch) ist ein weicher, Haltbarkeit berühmt. 1 Dutzend Strapaz-Haandtücher (Leinen), 40 x 100 cm gross, K 3.-20, 6 Stück Leintücher ohne Naht, aus bester Flachleinwand, 150 x 200 cm gross, K 13.-20 oder 150 x 225 cm gross, K 14.-25.

Waschechte moderne Zephyre, Oxforde, Bettzeug, Tischwäsche etc. überraschend billig, versendet an Private gegen Nachnahme.

Mechanische Weberei und Leinenfabrik

JOS. KRAUS, Nachod VII, Böhmen.

Muster jeder Art Webwaren für Haushalt und Ausstattung kostenlos.

Bettmöbelen

Befreiung garantiert sofort. Auskunft kostenlos. Alter und Geschlecht angeben! Glänzende Dankschreiben. Aerztlich empfohlen.

Institut „Sanitas“ Velburg P. 103 Bayern.

Möbel

staunend billig. Politerte Zimmer K 120, Mitteleuropäisches Zimmer K 280, Küchenredenz K 18, Stücheneinrichtungen von K 28 aufwärts, 2 Walzenbetten K 30, Doppelchiffoniers K 30. Dekorationsbänke K 44, eintüriger Kasten K 18, vieles andere spottbillig. Eisler, Tischler- und Tapezierermöbel, Wien, XV., Sperrgasse 1. Straßenbahnhaltestelle Solzwarth.

Fertige Betten

auf rotem Bettlaken, gut gefüllt, 1 Duzent oder 1 Unterbett 180 cm lang, 116 cm breit, 10, 12, 15 und 18 Kr., 200 cm lang, 140 cm breit, 13, 15, 18 und 21 Kr. 1 Kopfkissen 80 cm lang, 58 cm breit, 3 Kr., Kr. 3-50 und 4 Kr., 90 cm lang, 70 cm breit, Kr. 4-50 und Kr. 5-50. Unterlegung auch nach jeder beliebigen Maßgabe. Dreiteilige Paarbetten auf ein Bett à 27 Kr., bessere 33 Kr. Versand franco per Nachnahme von 10 Kr. aufwärts. Umtausch und Rücknahme gegen Portovergütung gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 908 bei Pilsen (Böhmen).

WILHELM BECK & SÖHNE

k. und k. Hof-Uniformierungsanstalt und Uniformsortenfabrik

Uniformen, Kappen, Uniformsorten, Pelze Pelzblusen und Zivilkleider.

Fillialen: SARJEVO, BUDAPEST, INNSBRUCK, WIEN, WIEN, Langgasse 1. Burggraben Nr. 21. VI/3, Hirschengasse 25 LEMBE, G. Walowa 11 etc. etc.

Preiskataloge und Massanleitungen gratis. Provinzaufträge werden sofort effektiert.

Herausgeber Josef Tomschil. - Verantwortlicher Redakteur Franz Eil. Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Swoboda & Co. Wien, VI., Mariahilferstraße 89A.